



Geschäfte zu Bundesratszielen sowie Projekte und Vorhaben 2024

Auszug aus den Zielen des Bundesrates 2024
und
aus dem Voranschlag 2024 mit IAFP 2025–2027

Übersicht pro Departement

Dieser Auszug ergänzt die [Ziele des Bundesrates 2024](#). Im Gegensatz zu den Zielen ist er nach Departementen und Verwaltungseinheiten strukturiert. Das Dokument umfasst die Geschäfte mit Bezug zu einem der Bundesratsziele und die Projekte und Vorhaben der Verwaltungseinheiten (exkl. der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der unabhängigen Behörden und Gerichte), veröffentlicht im [Voranschlag 2024 mit IAFP 2025–2027](#). Es hat keinen offiziellen Charakter, sondern gibt den Leserinnen und Lesern lediglich einen Überblick über alle Planobjekte für das Jahr 2024.

Inhaltsverzeichnis

B+G	4
Bundeskanzlei (BK)	4
EDA	6
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	6
EDI	14
Generalsekretariat EDI (GS-EDI)	14
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)	16
Schweizerisches Bundesarchiv (BAR)	19
Bundesamt für Kultur (BAK)	20
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)	21
Bundesamt für Gesundheit (BAG)	24
Bundesamt für Statistik (BFS)	30
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	32
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)	35
Institut für Virologie und Immunologie (IVI)	37
EJPD	38
Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD)	38
Bundesamt für Justiz (BJ)	39
Bundesamt für Polizei (fedpol)	42
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)	44
Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)	45
Staatssekretariat für Migration (SEM)	46
Informatik Service Center ISC-EJPD (ISC-EJPD)	48
VBS	49
Generalsekretariat VBS (GS-VBS)	49
Unabhängige Aufsichtsbehörde über die ND Tätigkeiten (AB-ND)	51
Nachrichtendienst des Bundes (NDB)	52
Bundesamt für Sport (BASPO)	53
Bundesamt für Cybersicherheit (BACS)	55
Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)	57
Verteidigung (V)	60
Bundesamt für Rüstung armasuisse (armasuisse)	63
armasuisse Wissenschaft und Technologie (ar W+T)	64
armasuisse Immobilien (ar Immo)	65
Bundesamt für Landestopografie swisstopo (swisstopo)	66

EFD	69
Generalsekretariat EFD (GS-EFD).....	69
Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV).....	70
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS).....	72
Eidgenössische Münzstätte Swissmint (Swissmint)	74
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)	75
Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV).....	80
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)	83
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT).....	84
Eidgenössisches Personalamt (EPA).....	85
Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)	86
WBF	87
Generalsekretariat WBF (GS-WBF).....	87
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).....	88
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW).....	95
Agroscope (Agroscope)	98
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL).....	100
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO).....	102
Bundesamt für Zivildienst (ZIVI).....	104
Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS).....	106
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).....	107
Information Service Center WBF (ISCeco).....	111
UVEK	112
Generalsekretariat UVEK (GS-UVEK)	112
Bundesamt für Verkehr (BAV).....	113
Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)	115
Bundesamt für Energie (BFE).....	118
Bundesamt für Strassen (ASTRA)	122
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).....	126
Bundesamt für Umwelt (BAFU).....	129
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).....	134
Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST)	136
Regulierungsbehörden Infrastruktur (ReglInfra).....	137

B+G

BUNDESKANZLEI (BK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Legislaturplanung 2023–2027: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Legislaturplanung 2023–2027 zusammen mit dem Legislaturfinanzplan 2025–2027 verabschieden. Darin enthalten sind alle geplanten Erlasse sowie weitere Massnahmen für die Legislaturperiode, welche zur Zielerreichung erforderlich sind.

Soll-Termin: 31.01.2024

Bericht über den Ausbau der gemeinsamen Stammdatenverwaltung Bund: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht über den Ausbau der gemeinsamen Stammdatenverwaltung zur Kenntnis nehmen und die nächsten Schritte für den weiteren Ausbau beschliessen. Der Bericht zeigt die Ergebnisse aus der Umsetzung der Massnahmen zum Ausbau der Stammdatenbereiche «natürliche Personen», «Gebäude und Wohnungen» und «Gemeinsame Raumbezogene Stammdaten».

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger» (in Erfüllung des Po. Dandrès 21.4168): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Dandrès 21.4168 «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger» gutheissen. Der Bericht wird darlegen, wie Fehlinformationen, die der Bundesrat im Rahmen von Abstimmungskampagnen verbreitet, am besten angefochten oder korrigiert werden können.

Soll-Termin: 08.06.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (u.a. in Umsetzung der Mo. SPK-N 22.3371): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte verabschieden. Diese Teilrevision ermöglicht die Umsetzung der Motion SPK-N 22.3371 «Das Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle», die darauf abzielt, dass das Stimmgeheimnis bei nationalen Wahlen auch für sehbehinderte Personen gewährleistet werden kann, sowie die Durchführung weiterer Revisionen.

Soll-Termin: 20.09.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Cloud Enabling Büroautomation: Abschluss erste Etappe Einführung

Das Vorhaben baut eine Hybrid-Cloud Umgebung für den elektronischen Standard-Arbeitsplatz der Bundesverwaltung auf.

Die Einführung in den ersten 16 Verwaltungseinheiten wird Ende 2024 abgeschlossen. Die übrigen Einführungsprojekte der BIT-Kunden laufen bis 2025.

Soll-Termin: 31.12.2024

GEVER-Strategie 2025–2028: Verabschiedung durch den Bundeskanzler

Die GEVER-Strategie steuert die strategische Weiterentwicklung des Standarddienstes GEVER.

Nach dem Abschluss der Strategieperiode 2021–2024 wird die darauf folgende Strategieperiode mit allen relevanten Stakeholdern erarbeitet und verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Konsolidierung IKT für Webauftritte Bund: Abschluss SD Web Migration VBS

Das Programm stellt sicher, dass für die Webauftritte der zentralen Bundesverwaltung die bestehenden Content Management Systeme (CMS) konsolidiert, eine neue, gemeinsame Lösung beschafft und eingeführt wird sowie die bestehenden CMS-Webauftritte auf diese neue Lösung migriert werden. Für den Regelbetrieb wird ein neuer Standarddienst Web aufgebaut.

Gemäss Migrationsplan erfolgt im 2024 der Abschluss der VBS-Migration. Darauf folgend werden die EDA-Migration (2025) sowie die Migration der BIT-Leistungsbezüger (2026) abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beschaffung Maschinelle Übersetzung Bund: Einführung und Betrieb der beschafften Lösung

Das Projekt stellt eine beschaffungsrechtlich konforme Nachfolgelösung der seit 2019 freihändig erfolgten Vertragsvergabe für die maschinelle Übersetzung sicher.

Auf Basis des Zuschlags wird die Lösung vom Anbieter in einen Zustand überführt, in welchem sie in Betrieb genommen werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2024

EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN (EDA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision der Gesetzgebung zur internationalen Schifffahrt unter Schweizer Flagge: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Revision des Seeschiffahrtsgesetzes verabschieden. Mit der Verabschiedung der Botschaft unterstützt er die Stärkung der Attraktivität der Seeschiffahrt unter Schweizer Flagge und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Er hilft, der Schweizer Seeschiffahrt neue Impulse zu verleihen, und setzt damit einen der Schwerpunkte seiner «Maritimen Strategie 2023–2027» um.

Soll-Termin: 30.09.2024

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) 2024–2027: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) 2024–2027 genehmigen. Mit dem NAP setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass der Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Tätigkeiten verbessert wird. Er stützt sich dabei auf die drei Pfeiler der UNO-Leitprinzipien: a) die staatliche Schutzpflicht, b) die Unternehmensverantwortung und c) den Zugang zur Wiedergutmachung. Der neue NAP 2024–2027 wird auf den Erkenntnissen der externen Evaluation des NAP 2020–2023 aufbauen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Strategie Landeskommunikation 2025–2028: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Strategie Landeskommunikation 2025–2028 verabschieden. Es handelt sich um eine thematische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Ziel der Landeskommunikation ist es, die Interessenwahrung der Schweiz im Ausland mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Dies geschieht, indem sie zu einer positiven und differenzierten Wahrnehmung unseres Landes beiträgt. In der Strategie Landeskommunikation legt der Bundesrat die inhaltlichen Prioritäten für die Periode 2025–2028 fest.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie des Bundesrats gegen die Korruption 2025–2028: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 eine neue Strategie gegen die Korruption verabschieden. Es handelt sich um eine Aktualisierung auf der Grundlage einer Bilanz der bisherigen Strategie. Ebenfalls wird der Bundesrat aus einer Lagenanalyse neue Ziele und Massnahmen ableiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken» (in Erfüllung des Po. Gredig 22.3751): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Gredig 22.3751 betreffend die Personalstrategie im EDA gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat prüfen, inwiefern das Karrieresystem im EDA angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten einer Anpassung bedarf.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag ans UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) 2025–2026: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag ans UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) beschliessen. Mit dem Beitrag wird der Bundesrat die Unterstützung des UNO-Flüchtlingshilfswerks fortsetzen. Das UNHCR setzt sich weltweit dafür ein, Leben zu retten, Rechte zu schützen und eine bessere Zukunft für Flüchtlinge, Vertriebene und Staatenlose aufzubauen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie Multilateralismus und Gaststaat 2026–2029: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 erstmals eine Strategie Multilateralismus und Gaststaat verabschieden. Es handelt sich um eine thematische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Die Strategie wird die Rückwirkungen der Machtverschiebungen und weltpolitischen Fragmentierung auf das multilaterale System analysieren und Prinzipien für einen wirksamen und fokussierten Multilateralismus definieren. Ebenso werden Ziele und Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat identifiziert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China (Whole of Switzerland)» (in Erfüllung der Mo. APK-SR 21.3592):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung der Motion APK-SR 21.3592 zur Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China gutheissen. Gemäss der Motion soll der Bundesrat darlegen, wie er den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft institutionalisieren will, um die Koordination im Umgang mit China zu stärken.

Soll-Termin: 30.06.2024

Beitrag der Schweiz an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2025: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über den Beitrag an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) entscheiden. Der Beitrag soll grundsätzlich dem Beitrag 2022–2024 entsprechen, den die Schweiz dem UNDP für die Umsetzung seines Strategieplans (2022–2025) leistet. Mit diesem Beitrag setzt der Bundesrat seine Unterstützung für das UNDP fort. Das UNDP ist die führende Organisation der Vereinten Nationen, und setzt sich für die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Klimawandel ein.

Soll-Termin: 31.12.2024

Schlussbericht der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Schlussbericht über die Resultate der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (2021–2024) zur Kenntnis nehmen. Der Schlussbericht wird Rechenschaft für die Periode 2021–2024 ablegen und Schlussfolgerungen für die neue Strategieperiode (2025–2028) ziehen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Beitrag an die Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) 2025–2027:
Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag an die Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) beschliessen. Mit dem Beitrag unterstützt der Bundesrat die Bereitstellung wissenschaftlicher Ergebnisse und innovativer Lösungen, um die Länder mit nachhaltigen und widerstandsfähigen Lebensmittel-, Land- und Wassersystemen auszustatten. Damit soll ein nachhaltiger Lebensunterhalt gewährleistet werden. Es handelt sich um die einzige Agentur für landwirtschaftliche Forschung und Innovation. Sie ist in über 80 Ländern präsent.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag zur 13. Wiederauffüllung des International Fund for Agricultural Development (IFAD) 2025–2027: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag zur 13. Wiederauffüllung des International Fund for Agricultural Development (IFAD) 2025–2027 beschliessen. Der IFAD ist ein wichtiger Partner der Schweiz bei der Umsetzung der Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit. Mit seinem Beitrag unterstützt der Bundesrat namentlich eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, um zur Bekämpfung von Armut und Hunger beizutragen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag an Education Cannot Wait (ECW) 2025–2028: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag an Education Cannot Wait (ECW) beschliessen. Bei ECW handelt es sich um den globalen Fonds der Vereinten Nationen für Bildung in Notsituationen und langwierigen Krisen mit Sitz in Genf. Mit seinem Beitrag wird der Bundesrat Lernergebnisse von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen fördern und zum Ziel beitragen, dass niemand zurückgelassen wird.

Soll-Termin: 31.12.2024

Aussenpolitische Strategie 2024–2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den strategischen Rahmen für die Aussenpolitik der kommenden vier Jahre festlegen und die Aussenpolitische Strategie (APS) 2024–2027 verabschieden. Die APS erläutert die Grundlagen und Instrumente der Aussenpolitik und legt Schwerpunkte mit entsprechenden Zielen fest. Sie bildet das Dachdokument für eine Reihe von geografischen und thematischen Folgestrategien, die der Bundesrat während der Legislatur verabschieden wird. Er stärkt damit die Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik.

Soll-Termin: 30.06.2024

Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028 verabschieden. Inhaltlich stehen die folgenden vier Ziele im Vordergrund: (1) Menschliche Entwicklung, (2) Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, (3) Klima und Umwelt; (4) Frieden und Gouvernanz. Ziel ist es, in einem sich stark wandelnden Umfeld einen Beitrag zur Linderung von Not und Armut, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie zu leisten.

Soll-Termin: 30.06.2024

Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) 2024–2027: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Beitrag zur zweiten Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF), einem der grössten globalen Klimafonds, beschliessen. Damit wird der Bundesrat im Sinne des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 zu einem emissionsarmen und klimaresilienten Wandel beitragen. Die besonders verletzlichen Entwicklungsländer werden vom GCF speziell berücksichtigt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie» (in Erfüllung des Po. Friedl 21.3122): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Friedl 21.3122 gutheissen. Darin wird aufgezeigt, welche Massnahmen für die aktive Teilhabe von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz getroffen werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag an die Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) 2025–2028: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag an die Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds der Asian Development Bank (ADB) beschliessen. Mit dem Beitrag wird sich der Bundesrat für einen wohlhabenden, widerstandsfähigen und nachhaltigen Asien- und Pazifikraum einsetzen und die Bemühungen zur Beseitigung der extremen Armut fortsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kapitalerhöhung der Weltbank: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Kapitalerhöhung der Weltbank verabschieden. Aufgrund zusätzlicher Finanzierungsbedürfnisse im Zusammenhang mit globalen Krisen, namentlich der Auswirkungen des Ukrainekrieges, der Klimakrise, zunehmender Fragilität, und Pandemien steht bei der Weltbank eine mögliche Kapitalerhöhung im Raum. Konkretisiert sich das Unterfangen, wird der Bundesrat eine Beteiligung der Schweiz an einer Kapitalerhöhung der Weltbank beantragen. Kapitalbeteiligungen sind Investitionen, welche aus spezifisch dafür vorgesehenen Verpflichtungskrediten finanziert werden. Diese gehört zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Wiederaufbau Ukraine: Erarbeitung Roadmap und Steuerung des Schweizer Beitrags

Zwecks Erarbeitung einer Roadmap und Steuerung des Schweizer Beitrags leitet das EDA eine interdepartementale Arbeitsgruppe und stellt die Kontakte zu Kantonen und der Privatwirtschaft sicher. Weiter ist die Gruppe in Kontakt mit internationalen Organisationen und Entwicklungsbanken, um ein koordiniertes Vorgehen zu garantieren.

Soll-Termin: 30.06.2024

Europäische Sicherheit: Konkrete Beiträge der Aussenpolitik

Basierend auf dem Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates und den Vorgaben der Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 identifiziert das EDA konkrete Beiträge zur Stärkung der europäischen Sicherheit. Dies mit dem Ziel, den sicherheitspolitischen Dialog sowie die Kooperation mit der NATO, der EU und bilateralen Partnern zu stärken. Die Schweiz setzt sich auch für den Erhalt der OSZE als inklusive Dialogplattform ein.

Soll-Termin: 30.06.2024

Beteiligung der Schweiz an EU-Massnahmen zur Förderung von Frieden und Demokratie: Fallweiser Ausbau der Zusammenarbeit

Die Schweiz beteiligt sich fallweise an EU-Krisenbewältigungsmissionen und entsendet zivile Experten an EU-Wahlbeobachtungsmissionen. Zusammenarbeit in der zivilen Friedensförderung soll dort fortgeführt werden, wo es im gegenseitigen Interesse ist.

Soll-Termin: 31.12.2024

Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten: Genehmigung und Unterzeichnung der noch hängigen Umsetzungsabkommen

Der Bundesrat wird von der Genehmigung der verbleibenden fünf Umsetzungsabkommen (mit Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik, Slowenien und Tschechien) Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 30.06.2024

EU-Mitgliedstaaten: Strategische Verankerung der Europapolitik

Die Kohärenz zwischen EU-Politik und den bilateralen Beziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten (namentlich Nachbarn) wird gestärkt. Mit den Nachbarstaaten liegt ein weiterer Fokus auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Soll-Termin: 31.12.2024

Aktualisierung bestehender bilateraler Binnenmarktabkommen mit der EU:

Unterzeichnung entsprechender Beschlüsse durch die Gemischten Ausschüsse

Bestehende Binnenmarktabkommen mit der EU sollen 2024 aktualisiert werden. Die entsprechenden Beschlüsse müssen von den zuständigen Gemischten Ausschüssen genehmigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Übernahme und Umsetzung der Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitzstandes:

Fristgerechte Notifikationen an die EU

In den Mitverhandlungen neuer Schengen/Dublin-relevanter EU-Rechtsakte und in bilateralen Verhandlungen allfälliger Zusatzvereinbarungen CH-EU sind die jeweiligen Interessen der Schweiz zu definieren und zu wahren. Die fristgerechte Übernahme und Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in der Schweiz ermöglicht es, die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit fortzuführen und weiter zu vertiefen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Einsitz im UNO-Sicherheitsrat: Präsidentschaft der Schweiz

Das übergeordnete Ziel der Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat (UNSR) ist eine glaubwürdige Einsitznahme auf der gesamten Bandbreite der Agenda des Rats. Der Vorsitz des UNSR im September oder Oktober 2024 bietet eine gute Möglichkeit, die vom Bundesrat definierten Prioritäten aktiv zu bewirtschaften. Gleichzeitig gilt es, die mandatierten Aufgaben und aktuellen Entwicklungen effizient zu bearbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kandidatur als Mitglied des Menschenrechtsrats 2025–2027: Profil und Kampagne

Die Schweiz strebt ihren vierten Einsitz im MRR für den Zeitraum 2025-27 an. Die Wahl findet 2024 statt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Demokratie: Verabschiedung von EDA-Leitlinien

Auf der Grundlage der APS 24-27 und in Umsetzung des entsprechenden Verfassungs- und Gesetzesauftrages klären die Leitlinien die Begrifflichkeit und die Ziele und Instrumente der Schweizer Demokratieförderung und definieren konkrete und operationelle Aktionslinien.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wirksame IZA-Bearbeitung der Themen Berufsbildung, Gouvernanz, Migration und Einflussnahme in multilateralen Organisationen: Evaluationen

Zwei Evaluationen zu den Arbeiten der IZA in den Themenbereichen Gouvernanz und Berufsbildung werden abgeschlossen und zwei Evaluationen in den Themenbereichen Migration und Einflussnahme in multilateralen Organisationen werden umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

IC Forum: Profilierung des Formats

Das International Cooperation (IC) Forum findet jährlich statt und ist die wichtigste Veranstaltung, um Prioritäten der IZA der Schweiz in einem nationalen und internationalen Kontext zu präsentieren und zu diskutieren.

Soll-Termin: 30.06.2024

Konkretisierung der sicherheitsrelevanten Anforderungen an die konsularischen Dienstleistungen:

Aktionsplan zur Umsetzung von Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen auf den Auslandvertretungen

Die künftigen Schengen-Applikationen im Migrations- und Sicherheitsbereich, die sich aktuell in der Entwicklung befinden, erfordern Begleitmassnahmen im Bereich der konsularischen Dienstleistungen. Das EDA stellt mittels Aktionsplan Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen sowie die erforderlichen Anpassungen in den Arbeitsprozessen sicher.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umgang mit verschiedenen Rechtssphären: Schaffung erhöhter Rechtssicherheit für Unternehmen

Insbesondere die EU und die USA erlassen immer mehr Gesetze mit extraterritorialen Effekten (z.B. im Bereich der Digitalpolitik, im Sanktionsbereich oder in der Finanzmarktregulierung). Dies führt zu Unsicherheit bei Schweizer Unternehmen, welchen Rechtsnormen sie unterstehen. Es sollen mögliche Massnahmen und Instrumente entwickelt werden, wie mit Rechtskonflikten umzugehen ist.

Soll-Termin: 31.12.2024

EDI

GENERALSEKRETARIAT EDI (GS-EDI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Beseitigung der Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (BehiG) verabschieden. Ziel ist die Verbesserung des Schutzes vor Benachteiligungen, insbesondere im Erwerbsleben und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Weiter werden die drei Schweizer Gebärdensprachen anerkannt.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

eESA: Umsetzung Riskengine im Betrieb

Das Hauptziel des Projekts «eESA» ist die gesetzlichen Aufsichtsarbeiten künftig soweit wie möglich auf elektronischem Weg und automatisiert abwickeln zu können.

Der operative Einsatz der Riskengine wird vom Projekt begleitet und die Daten werden schrittweise aufbereitet und das Tool angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2024

Schwerpunktprogramme Behindertenpolitik 2023 - 2026: Umsetzung beginnt

Der Bundesrat hat das EDI (EBGB) am 10. März 2023 beauftragt, in den Bereichen "Arbeit", "Dienstleistungen", "Wohnen" und Partizipation in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesstellen anderen Departementen sowie mit den Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft bis Ende 2023 Programme zu entwickeln und ab 2024 bis Ende 2026 umzusetzen.

Die Umsetzung der vom Bundesrat Ende 2023 genehmigten Programme in den Bereichen "Arbeit", "Dienstleistungen", "Wohnen" und Partizipation beginnt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesstellen anderer Departementen sowie mit den Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft.

Soll-Termin: 31.12.2024

Programm DTI (Unternehmensarchitektur): Projekt Aufbau Daten-, und Informationsarchitektur EDI: Projektstart

Das Programm DTI ist ein zentral vom GS-EDI geführtes Projekt zur Standardisierung und Harmonisierung der Daten-, und Informationsarchitektur als integraler Teil der Unternehmensarchitektur EDI (bspw. Vernetzung zu IT-Anwendungen).

Mit dem Start der Aufbauarbeiten sollen die Grundlagen zur Standardisierung, Harmonisierung und Umsetzung erarbeitet werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

eSubventionen: Minimum viable product

Das Projekt muss die bestehende Subventionslösung ablösen. Ziel ist es, die Prozesse medienbruchfrei und automatisiert abzuwickeln. Die Anwendung muss so aufgebaut sein, dass sie auch für weitere Ämter nutzbar sein muss.

Erstellen eines "Minimal Value Product" um die Migration für erste Ämter zur Verfügung zu stellen.

Soll-Termin: 31.10.2024

Consultation: Betriebsphase

Die Vernehmlassungen und Konsultation sollen durch ein Tool den Vernehmlassungsteilnehmern wie auch den durchführenden eine einfache, medienbruchfreie Rückmeldung und Auswertung ermöglichen.

Die Betriebsphase ist aktiv und die Planung für die Weiterentwicklung und die Ausweitung auf weitere Verwaltungseinheiten ist erstellt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Schwerpunkteplanung Rassismusbekämpfung 2024–2027: Umsetzung startet

Die 2023 erarbeitet die FRB eine Schwerpunkteplanung zur Rassismusbekämpfung in den Jahren 2024-2027. Die Schwerpunkteplanung orientiert sich an strategischen Zielen und ermöglicht die zielgerichtete Verwendung der vorhandenen Ressourcen bei der Umsetzung von Massnahmen in Bereichen mit Handlungsbedarf.

Die Umsetzung der bis Ende 2023 genehmigten Schwerpunkteplanung beginnt anfangs 2024.

Soll-Termin: 31.12.2024

EIDG. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN (EBG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Zwischenbericht zum 6. Staatenbericht zum CEDAW-Übereinkommen: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Zwischenbericht zum 6. Staatenbericht der Schweiz zum CEDAW-Übereinkommen genehmigen. Der Bericht wird Auskunft geben über den Umsetzungsstand der vier Empfehlungen an die Schweiz: 1) Stärkung der Kenntnisse der Justizbehörden betreffend die direkte Anwendbarkeit und Nutzung der Konvention im Rechtsverfahren; 2) Beseitigung der kantonalen Unterschiede bei der Finanzierung der Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter und Sicherstellung, dass jeder Kanton über eine Gleichstellungsfachstelle verfügt; 3) Revision des Tatbestands der Vergewaltigung und anderer Sexualstraftatdelikte; 4) Revision der Härtefallregelung in Fällen häuslicher Gewalt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Regelmässige Präventionskampagne gegen Gewalt (in Umsetzung der Mo. Maret 21.4418, de Quattro 21.4470, Funicello 21.4471 und WBK-N 22.3011): Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie über die Lancierung und regelmässige Durchführung einer schweizweiten Präventionskampagne gegen Gewalt ab 2025 entscheiden. Die Erarbeitung der Studie erfolgt in Zusammenarbeit mit Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft. Sie wird neben einer Kostenanalyse, Angaben zu Inhalten, Form, Reichweite, Periodizität und Zielpublikum enthalten. Der Beschluss setzt die Motionen Maret 21.4418, de Quattro 21.4470, Funicello 21.4471 und WBK-N 22.3011 um.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie des Bundes für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Umsetzung

Der Bundesrat hat am 28. April 2021 die Gleichstellungsstrategie 2030 verabschiedet. Sie fokussiert auf die Handlungsfelder "Berufliches und öffentliches Leben"; "Vereinbarkeit und Familie", "Geschlechtsspezifische Gewalt" und "Diskriminierung". Zusammen mit dem Ende 2022 erstellten Aktionsplan beinhaltet sie über 180 Massnahmen des Bundes (alle Departemente und Bundeskanzlei, der Kantone und Städte [Stand Ende 2022]), die in Umsetzung stehen.

2024 wird das EBG ein halbjährliches Monitoring der Umsetzung aller Massnahmen des Bundes, der Kantone und Städte sicherstellen und in seinem Zuständigkeitsbereich neue Massnahmen prüfen bzw. an die Hand nehmen; dies mit Blick auf die Erreichung der Ziele der Strategie und die 2025 anstehende Zwischenbilanz. Gleichzeitig wird das EBG die zuständigen Bundesstellen, ebenso wie die Kantone, Städte und Gemeinden ermutigen, in ihren Zuständigkeitsbereichen ebenfalls die erforderlichen Massnahmen zu prüfen bzw. an die Hand zu nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kontrollen zur Lohngleichheit im Beschaffungswesen in Unternehmen unter 100 Personen: Umsetzung

Bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen berücksichtigt der Bund nur Anbietende, die unter anderem die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann einhalten. Das EBG leitet dazu jährlich 30 neue risikobasierte Kontrollen ein.

Das EBG wird im ersten und zweiten Halbjahr insgesamt 30 neue Kontrollen zur Einhaltung der Lohngleichheit im Beschaffungswesen des Bundes einleiten. Der Bund beschafft Güter und Dienstleistungen im Wert von gegen 7 Milliarden Franken und schliesst jährlich rund 150'000 Verträge ab. Dabei dürfen nur Anbieterinnen berücksichtigt werden, die unter anderem die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann einhalten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Prüfinstrumente zur Lohngleichheit für öffentliche und private Anbieter: Umsetzung

Das EBG stellt zur Überprüfung der Lohngleichheit öffentlichen und privaten Anbietern das Standard-Analysetool Logib frei zugänglich und kostenlos zur Verfügung.

Im Rahmen der Stärkung der Charta zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor (in Umsetzung Po. WBK-N 20.4263) wird das EBG im ersten und zweiten Halbjahr eine neue Funktionalität zur Erstellung eines geschlechtsneutralen Funktions- und Lohnsystems entwickeln und lancieren. Weiter wird eine freiwillige Kennzeichnung im Standard-Analysetool Logib des Bundes eingeführt und bekanntgemacht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Charta zur Lohngleichheit für den öffentlichen Sektor: Umsetzung

Die Unterzeichnenden der Charta bekräftigen, die Lohngleichheit in ihrem Einflussbereich umzusetzen. Bis Anfang 2023 sind der Bund, 17 Kantone, 131 Gemeinden und 94 staatsnahe Betriebe beigetreten. 2024 wird im Rahmen der Stärkung der Charta der Massnahmenplan in Erfüllung des Po. WBK-N 20.4263 umgesetzt. Das EBG unterstützt 2024 im Rahmen des Massnahmenplans zur Stärkung der Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor (in Umsetzung des Po. WBK-N 20.4263) Gemeinden bei der Durchführung von Lohngleichheitsanalysen. Zudem wird das EBG eine öffentliche Plattform erstellen, die unter anderem auch ein Monitoring beinhaltet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Einrichtung eines 24-Stunden-Beratungsangebots für von Gewalt betroffene Personen (in Erfüllung der Mo. 20.4451 Funicello, der Mo. 20.4452 Vincenz-Stauffer und der Mo. 4463 Herzog): Umsetzung

Der Bund wird zusammen mit den Kantonen ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot für Opfer von Gewalt und davon mitbetroffene Personen einrichten. Es soll die Anforderungen von Artikel 24 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) erfüllen.

2024 erfolgt auf der Grundlage eines Machbarkeitskonzepts unter der Federführung der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) eine erste Phase der Umsetzung des schweizweiten professionellen 24h-Beratungsangebots für Opfer von Gewalt und davon mitbetroffene Personen in den einzelnen Kantonen. Das Angebot wird für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden. Das EBG ist als Fachbehörde in der Begleitgruppe der SODK vertreten.

Soll-Termin: 31.12.2024

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV (BAR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ablösung des Digitalen Archivs DIR: Start der Realisierungsphase

Das aktuelle Digitale Archiv wird durch eine neue zukunftsfähige Applikation abgelöst. Im ersten Halbjahr 2024 wird die Konzeptphase sowie der Proof of Concept der neuen Lösung abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Ablösung des Archivinformationssystems AIS: Start der Realisierungsphase

Das bisherige Archivierungs-Informationssystem AIS, welches die Standorte und beschreibenden Daten der Archivadossiers verwaltet, wird erneuert. Im ersten Halbjahr 2024 werden die Testinfrastruktur sowie die Einführungsmassnahmen realisiert.

Soll-Termin: 30.06.2024

Weiterentwicklung Online-Zugang: Weiterentwicklung gemäss Kundenbedürfnissen

Verbesserung des Online-Zugangs zu den Unterlagen des Bundesarchivs entlang der Kundenbedürfnisse von Öffentlichkeit und Verwaltung. Ermöglichung des Zugriffs auf eigene Unterlagen ohne Smartcard, Verbesserung der Viewer-Infrastruktur, Lesesaalreservationssystem.

Soll-Termin: 31.10.2024

Ausbau Digitalisierung: Erhöhung Digitalisierungskapazität

Ausbau der Betriebsorganisation und Weiterentwicklung der Systeme, um sämtliche bestellten analogen Unterlagen fortlaufend digitalisieren zu können. Steigerung des Digitalisierungsausgangs auf 2.5 Mio. Seiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Security Architecture for Archivesystems (SecArA): Prüfen der Auswirkungen der neuen Gesetze DSG & ISG auf die Sicherheitsarchitektur BAR

Die Sicherheitsarchitektur der zukünftigen Applikationslandschaft BAR wird erstellt. Im ersten Halbjahr 2024 liegen neue Sicherheitsvorgaben für die zukünftige Entwicklung der Applikationslandschaft BAR vor.

Soll-Termin: 30.06.2024

BUNDESAMT FÜR KULTUR (BAK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Förderung der Kultur in den Jahren 2025–2028: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025–2028 (Kulturbotschaft 2025–2028) verabschieden. Damit legt er die Zielsetzungen und die Finanzierung der Kulturpolitik des Bundes für die nächste Förderperiode fest. Die drei bisherigen strategischen Handlungsachsen – kulturelle Teilhabe, der gesellschaftliche Zusammenhalt sowie Kreativität und Innovation – werden beibehalten. Der Bund wird in der neuen Förderperiode die Schwerpunkte seiner Tätigkeit ergänzend auf sechs Handlungsfelder und die damit verbundenen Ziele ausrichten.

Soll-Termin: 30.06.2024

Vierter Staatenbericht zur Umsetzung der Konvention der UNESCO über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in der Schweiz: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den vierten Staatenbericht der Schweiz zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen gutheissen. Der Bericht über die Periode 2020–2023 wird eine Auswahl guter Praktiken zur Förderung der Vielfalt präsentieren und die Herausforderungen in der weiteren Umsetzung identifizieren.

Soll-Termin: 30.06.2024

Aktionsplan der interdepartementale Arbeitsgruppe Baukultur (IDAG Baukultur): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den für die Jahre 2024–2027 revidierten Aktionsplan Baukultur gutheissen. Der Aktionsplan setzt die interdepartementale Strategie Baukultur des Bundes um. Er umfasst Massnahmen von insgesamt 15 Bundesstellen.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitale Langzeitarchivierung Schweiz. Nationalbibliothek: Durchführung einer WTO-Beschaffung

Erteilung des Zuschlags zur WTO-Beschaffung von Access
Ablösung der aktuellen Langzeitarchivumgebung durch diverse WTO-Beschaffungen, 2023 wird die Beschaffung des Vermittlungssystems (Access) abgeschlossen und der Zuschlag publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE (METEOSCHWEIZ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie (MetV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Totalrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie (MetV) gutheissen und in Kraft setzen. Insbesondere geht es um die Abschaffung der Bestimmungen betreffend Gebühren für meteorologische und klimatologische Daten sowie um die Anpassung der Nutzungsbedingungen dieser Daten. Damit wird der Grundsatz Open Government Data (OGD) umgesetzt, welcher durch das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) und die damit verbundene Revision des Bundesgesetzes über die Meteorologie und Klimatologie (MetG) – verabschiedet durch die eidgenössischen Räte am 17. März 2023 – eingeführt werden soll.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung des Open Government Data-Artikels des Bundesgesetzes über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) im Bereich der meteorologischen und klimatologischen Daten: Sicherstellung des Probebetriebes von Open Government Data (OGD) bei MeteoSchweiz über eine maschinenlesbare Datenschnittstelle

Basierend auf dem neu geschaffenen Gesetz EMBAG wird der OGD-Grundsatz für meteorologische und klimatologische Daten eingeführt. Dies erfordert umfangreiche technische und prozedurale Anpassungen bei der Datenvertriebs- und Zugangsinfrastruktur.

OGD ist bei MeteoSchweiz am Ende des zweiten Halbjahrs 2024 präoperationell eingeführt, d.h. der Zugriff auf Open Data funktioniert im Probebetrieb. Die Verbreitung der aktuellen MeteoSchweiz-Messdaten über eine maschinenlesbare Datenschnittstelle, die das Herunterladen von Dateien erlaubt (ein sogenanntes STAC-API) der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI), oder einer anderen, EMBAG-konformen Schnittstelle, ist im Probebetrieb implementiert. Voraussetzung dafür ist die Sicherstellung der Betriebsfinanzierung der BGDI.

Soll-Termin: 31.12.2024

Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Unwetterwarnungen für die Schweiz: Ablösung des Systems zur Aufbereitung der Warnungen

MeteoSchweiz warnt vor den Gefahren des Wetters. Das Warnkonzept und die gegenwärtig betriebenen Produktionsapplikationen wurden vor über einem Jahrzehnt aufgebaut und eine vollständige Erneuerung steht an. Dafür sollen die neuesten natur- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Entwicklungen berücksichtigt werden.

Das alte System zur Aufbereitung und Verteilung der Warnungen ist bis Ende des zweiten Halbjahrs 2024 durch ein neues, cloud-fähiges System ersetzt. Dies ist auch eine Vorbereitung für die geplante Überführung in die Cloud und schafft die Grundlage für die Weiterentwicklung der Warnprodukte und der Nutzung der fortschreitenden technologischen Entwicklung. Zudem sind weitere regelmässige Videobriefings eingeführt. Damit sind die Behörden vor Ausgabe einer Warnung eingehender über erwartete Unwetter informiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Ablösung des Wettervorhersagemodells COSMO durch das Nachfolgemodell ICON:

Operationelle Einführung und Migration von Kundenprodukten und Fachanwendungen

Numerische Wettermodelle sind ein zentraler Bestandteil der Wertschöpfungskette von MeteoSchweiz und bilden die Datengrundlage für Wettervorhersagen und Warnungen. Als Teil der Umsetzung der Strategie von MeteoSchweiz (Teil «Data as a service / Wir modernisieren unsere Mess-, Modell- und Dateninfrastruktur über die gesamte Wertschöpfungskette») wird in diesem Projekt das Vorhersagemodell «COSMO» durch das moderne Vorhersagemodell «ICON» ersetzt.

Die Inbetriebnahme der neuen Wettermodelle sowie den dafür benötigte Hochleistungsrechner am CSCS ist im ersten Halbjahr 2024 abgeschlossen. Danach wird mit der Migration der Kundenprodukte und Fachanwendungen begonnen. Die Ausserbetriebnahme von COSMO und des aktuellen Hochleistungsrechners am CSCS ist bis Ende Jahr umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neue Klimaszenarien für die Schweiz: Realisierungsphase mit Forschungspartnern abgeschlossen

Das Projekt behandelt die Erarbeitung und Aufdatierung der physikalischen Grundlagen des Klimawandels in der Schweiz. Diese Grundlagen werden zeitübergreifend (Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft) zusammengebracht, quantifiziert und eingeordnet. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der ETH Zürich umgesetzt.

Die wissenschaftlichen Arbeiten zum Klimawandel der Vergangenheit und Zukunft sind im zweiten Halbjahr 2024 grösstenteils abgeschlossen. Anschliessend kann mit der Erstellung der Produkte begonnen werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Ausfallsichere Rechenleistung und Transformation Informations- und Kommunikationstechnologie:
Produktiver Betrieb erster meteorologischer Fachanwendungen in der Public Cloud

Im Projekt geht es um die Bereitstellung einer skalierbaren Hostinglandschaft, bestehend aus Bundes-Rechenzentren und cloudbasierten Plattformen (Cloud-Anbieter), für den Betrieb der Fachanwendungen von MeteoSchweiz. Damit wird ein ausfallsicherer Betrieb der geschäftskritischen Anwendungen geschaffen (Prio A EFK-Empfehlung).

Die Basis-Dienste der Public Cloud sind für die MeteoSchweiz-spezifische Cloud-Plattform definiert und die Sicherheits- und Nutzungskonzepte abgenommen. Erste meteorologische Fachanwendungen werden produktiv in der Public Cloud betrieben und weiterentwickelt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Vollständige Erneuerung der Datenerfassung des Bodenmessnetzes mittels Cloudnutzung:
Umsetzung und Operationalisierung von 50 Bodenstationen

Die Datenerfassung und -übermittlung der Stationen des Bodenmessnetzes werden erneuert und als Cloud-basierte Lösung umgesetzt.

Bis Ende zweites Halbjahr 2024 erfolgt die erste Phase der Umsetzung und Operationalisierung von 50 von insgesamt ca. 300 Stationen. Dabei werden die Stationen von einer zentralen Datenerfassung auf eine Instrumenten-zentrierte, Cloud-basierte Lösung umgestellt und abgenommen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Automatisierung der Flugwettermeldungen 24/7 an den Flughäfen Genf und Zürich:
Definitive Einführung der automatischen Wetterbeobachtungen am Flughafen Genf

Ziel des Projekts ist, dass die regelmässigen Flugwettermeldungen am Flughafen Genf und Zürich automatisch generiert und verteilt werden. Damit werden die internationalen Vorgaben und diejenigen des BAZL erfüllt.

Bis Ende zweites Halbjahr 2024 wird das neue automatische System am Flughafen Genf in Betrieb genommen. Dafür muss die neue Betriebsorganisation eingeführt werden und die manuellen Beobachtungen werden aufgehoben. Am Flughafen Zürich wird die Konzeptphase gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT (BAG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zum Kostendämpfungspaket 2 und zu den Kostenzielen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zum Kostendämpfungspaket 2 und zu den Kostenzielen (indirekter Gegenvorschlag zur Kostenbremse Initiative) eröffnen. Die Massnahmen fokussieren auf die Kompetenzen des Bundes bezüglich der Vergütung medizinischer Leistungen und von Arzneimitteln, damit diese zukünftig kostengünstiger erbracht werden können. Die Umsetzung der verschiedenen Kostendämpfungsmassnahmen ist Teil des bundesrätlichen Kostendämpfungsprogramms und soll dazu beitragen, die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf ein medizinisch erforderliches Mass zu beschränken.

Soll-Termin: 31.12.2024

Versorgungssicherheit in normalen Lagen: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 aufgrund des Prüfschlussberichts «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen» vom 1. Februar 2022 einen Entscheid fällen. Es wird darum gehen, welche Rolle der Bund im Vergleich zu den Kantonen künftig bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln, Impfstoffen und Medizinprodukten wahrnimmt, mit welchen Instrumenten (z.B. zur Förderung der Erforschung, Entwicklung, Produktion und Lagerhaltung) er zur Versorgungssicherheit beiträgt und welche gesetzlichen Bestimmungen hierfür angepasst werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bundesgesetz über seltene Krankheiten (in Umsetzung der Mo. SGK-S 21.3978 und Mo. SGK-N 22.3379): Eröffnung der Vernehmlassung

In Umsetzung der Motionen SGK-S 21.3978 und SGK-N 22.3379 eröffnet der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf zur nachhaltigen Sicherung der Umsetzung der Massnahmen des nationalen Konzepts seltene Krankheiten durch die beteiligten Organisationen des Gesundheitswesens.

Soll-Termin: 31.12.2024

Gesamtkredit und Ziele des Bundesrates 2025–2028 zur Sicherung und Förderung der Qualität der Leistungen: Verabschiedung

Der Bundesrat wird - in Umsetzung der Artikel 58 und 58f KVG - im zweiten Halbjahr 2024 die Finanzmittel für die Aufgaben und den Betrieb der Eidgenössischen Qualitätskommission sprechen sowie die Ziele für die Jahre 2025–2028 verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) eröffnen. Damit sollen die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW-Kriterien), die für die Prüfung und Bezeichnung aller von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommenen Leistungen verwendet werden, auf Verordnungsstufe besser verankert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Optimierung und Weiterentwicklung des Medizinprodukterechts (in Umsetzung der Mo. Müller 20.3211): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über die Weiterentwicklung des Medizinprodukterechts, namentlich über die Umsetzung der Motion Müller 20.3211 entscheiden. Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Gesetzgebung so anzupassen, dass in der Schweiz auch Medizinprodukte ausser-europäischer Regulierungssysteme zugelassen werden können. Die Zulassungs-/Zertifizierungssysteme für Medizinprodukte ausserhalb der EU unterscheiden sich stark vom aktuell geltenden Zertifizierungssystem in der EU und der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung der Pflegeinitiative (2. Etappe): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat hat am 12. Januar 2022 beschlossen, die Pflegeinitiative in zwei Etappen umsetzen. Die zweite Etappe nimmt die restlichen Anliegen der Pflegeinitiative auf und umfasst insbesondere Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung, den kompetenzgerechten Einsatz sowie die angemessene Abgeltung. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zum neuen Bundesgesetz über anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur Revision des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG) eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Verlängerung der Nationalen Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD):
Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über die Verlängerung der NCD-Strategie entscheiden, den angepassten Massnahmenplan, sowie einen Vorgehensvorschlag zur allfälligen Anpassung oder Erarbeitung einer Nachfolgestrategie verabschieden und die Evaluation der Strategie zur Kenntnis nehmen. Die Strategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Ziels «Gesund älter werden» der bundesrätlichen Strategie Gesundheit 2030. Mehr Menschen sollen unabhängig vom sozioökonomischen Status gesund bleiben oder trotz nichtübertragbarer Krankheit eine hohe Lebensqualität haben und die gesundheitlichen Folgen für die Erkrankten sollen gemildert werden. Der Massnahmenplan ist angepasst worden und wird ab 2025 mit den Kantonen und weiteren Partnern umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verlängerung der Nationalen Strategie Sucht: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über die Verlängerung der Strategie Sucht entscheiden, den angepassten Massnahmenplan, sowie einen Vorgehensvorschlag zur allfälligen Anpassung oder Erarbeitung einer Nachfolgestrategie verabschieden und die Evaluation der Strategie zur Kenntnis nehmen. Die Strategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Ziels «Gesund älter werden» der bundesrätlichen Strategie Gesundheit 2030. Mehr Menschen sollen unabhängig vom sozioökonomischen Status gesund bleiben oder trotz einer Suchterkrankung eine hohe Lebensqualität haben und die gesundheitlichen Folgen für die Erkrankten sollen gemildert werden. Der Massnahmenplan ist angepasst worden und wird ab 2025 mit den Kantonen und weiteren Partnern umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Teilrevision des Epidemiengesetzes (EpG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum revidierten Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) verabschieden und die zugehörigen Verordnungen in Kraft setzen. Die Erkenntnisse aus der Covid-19-Krise sowie zukünftige Herausforderungen der öffentlichen Gesundheit, wie antimikrobielle Resistenzen oder die Stärkung der Versorgungssicherheit mit medizinischen Gütern, wurden mit der Revision adressiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verordnung über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPV): Inkraftsetzung

Das neue Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) wurde am 1. Oktober 2021 vom Parlament verabschiedet. Es regelt neben Tabakerzeugnissen auch elektronische Zigaretten und pflanzliche Raucherwaren, insbesondere THC-arme Hanfrauchwaren mit CBD. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Verordnung zum Tabakproduktegesetz verabschieden und in Kraft setzen. Die neue Verordnung konkretisiert die Bestimmungen des Gesetzes. Dazu gehören beispielsweise die Details zu kombinierten Warnhinweisen, Testkäufen oder der Meldung von Produkten an das BAG.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Situation der älteren Bevölkerung und der Bewohnerinnen und Bewohnern in Heimen in Zeiten der Corona-Pandemie» (in Erfüllung der Po. Wehrli 20.3724, Gysi Barbara 20.3721 und Graf 20.4253): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung der Postulate Gysi 20.3721, Wehrli 20.3724 und Graf 20.4253 gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, wie sich die Covid-19-Pandemie auf ältere Menschen und Menschen in Heimen ausgewirkt hat und welche Massnahmen daraus abgeleitet werden können.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern» (in Erfüllung des Po. SGK-N 22.3867): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats SGK-N 22.3867 gutheissen. Der Bericht wird eine Analyse der Situation beinhalten und aufzeigen, mit welchen Massnahmen die Finanzierung der Betreuung und Pflege von Menschen mit Demenz verbessert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung der Pflegeinitiative (1. Etappe): Inkraftsetzung

Der Bundesrat hat am 12. Januar 2022 beschlossen, die Pflegeinitiative in zwei Etappen umzusetzen und dem Parlament den Gegenvorschlag unverändert als erste Etappe vorzulegen. Die erste Etappe umfasst insbesondere eine Ausbildungsoffensive sowie die Möglichkeit zur direkten Abrechnung gewisser Leistungen über die Sozialversicherungen. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 das Ausführungsrecht in Kraft setzen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Gesundheit der Frauen» (in Erfüllung des Po. Fehlmann Rielle 19.3910): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Fehlmann Rielle 19.3910 gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, in welchen Bereichen Frauen in der medizinischen Wissenschaft, Prävention und Versorgung benachteiligt werden und welche Massnahmen anzustossen wären, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Soll-Termin: 30.06.2024

**Bericht «Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben»
(in Erfüllung des Po. Maret 21.3232): Genehmigung / Gutheissung**

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Maret 21.3232 gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, welchen Nutzen und Kosten die Massnahmen aufweisen, die Unternehmen ergriffen haben, um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung zu verbessern und allenfalls Empfehlungen formulieren, um solche Massnahmen zu fördern.

Soll-Termin: 31.12.2024

Teilrevision des Strahlenschutzgesetzes (StSG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zu einer Teilrevision des Strahlenschutzgesetzes (StSG) verabschieden. Damit soll die Kostentragung bei der Finanzierung der Jodtabletten-Kampagnen, bei der Immissionsüberwachung der Radioaktivität, bei notwendigen Sanierungsmassnahmen von radioaktiv kontaminierten Standorten und Liegenschaften und bei der Entsorgung von radioaktiven Abfällen geregelt werden. Zusätzlich werden die Rechtsgrundlagen betreffend die Datenbearbeitung geschaffen und die Strafbestimmungen angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2024

Teilrevision des Verordnungsrechts zum Humanforschungsgesetz (HFG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Kenntnis nehmen und das teilrevidierte Verordnungsrecht zum Humanforschungsgesetz in Kraft setzen. Damit trägt der Bundesrat dem digitalen Wandel bei der Erfassung und Verwaltung der informierten Zustimmungen der Menschen in der Humanforschung (E-Consent, Dynamic Consent) Rechnung, schafft durch die Veröffentlichung von Studienresultaten mehr Transparenz und gleicht die Anforderungen an die einzureichenden Unterlagen bei der klinischen Prüfung mit Humanarzneimitteln denjenigen der EU an (EU Clinical Trials Regulation, CTR), was namentlich bei internationalen Studien den Forschenden Erleichterungen gewährt.

Soll-Termin: 31.12.2024

**Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zur Sicherstellung des flächendeckenden «Once-Only-Prinzip» für alle Daten-Adressaten im stationären Bereich:
Eröffnung der Vernehmlassung**

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) eröffnen. Zur Sicherstellung des flächendeckenden «once-only-Prinzip» bei den Datenerhebungen für alle Daten-Adressaten im stationären Bereich sind die Bestimmungen in der Kranken- und Unfallversicherung anzupassen und so das im Rahmen des Programms Nationale Datenbewirtschaftung konzipierte Projekt SpiGes umzusetzen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umfassende Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG):
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur umfassenden Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) verabschieden. Die Revision bezweckt die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des elektronischen Patientendossiers (EPD), um den Nutzen des EPD für alle Beteiligten erhöhen zu können.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Schlussbericht zuhanden des Bundesrates über "die Bilanz des Aktionsplans Radium 2015–2023":
Kenntnisnahme Bericht

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht zum Aktionsplan Radium gutheissen. Der Bericht über "die Bilanz des Aktionsplans Radium 2015–2023", erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem UVEK, soll die Situation erfassen und die wichtigsten Erkenntnisse darlegen.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Datenbearbeitungsverordnung: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die neue Datenbearbeitungsverordnung gutheissen. Die Verordnung übernimmt gewisse Regelungen zweier bestehenden Verordnungen im Statistikbereich. Zusätzlich legt sie übergreifende Grundsätze für die Bearbeitung von Daten der Bundesverwaltung fest, namentlich den Prozess zur Harmonisierung von Administrativdaten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Statistisches Mehrjahresprogramm des Bundes 2024–2027: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 das Statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2024–2027 verabschieden. Dieses Mehrjahresprogramm ist das zentrale Planungsinstrument der öffentlichen Statistik und wird unter der Federführung des Bundesamts für Statistik (BFS) zusammen mit den übrigen Statistikproduzenten des Bundes und den wichtigen Stakeholdern der Bundesstatistik erarbeitet. Es definiert Ziele und Schwerpunkte der Bundesstatistik für die laufende Legislaturperiode.

Soll-Termin: 31.01.2024

Bericht «Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung der Mo. FK-N 20.4260): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht «Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» in Erfüllung der Motion FK-N 20.4260 im zweiten Halbjahr 2024 gutheissen. Es soll jährlich über die Arbeiten berichtet werden, die durchgeführt wurden, um einen zentralen und standardisierten Zugang zu den digitalen Daten und Prozessen der Bundesverwaltung zu schaffen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Evaluationsbericht zum Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 eine Evaluation des Kompetenzzentrums für Datenwissenschaften basierend auf den Erfahrungen des Bundesamts für Statistik (BFS) und der anderen Bundesstellen aus den ersten Betriebsjahren verabschieden, welche auch Aussagen über das Kosten-Nutzen Verhältnis enthält. Das Kompetenzzentrum für Datenwissenschaft (DSCC) stellt als Dienstleistungsanbieter innerhalb der Bundesverwaltung dem öffentlichen Sektor und den Verwaltungen der Schweiz (Bund, Kantone, Gemeinden) sein Fachwissen im Bereich Datenwissenschaft zur Verfügung.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht Datenwissenschaft zur Wahrung der Privatsphäre: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 von einem Bericht Kenntnis nehmen, welcher ein Konzept über die Anwendung von Datenwissenschaft zur Wahrung der Privatsphäre bei der gemeinsamen Nutzung von Daten in der Bundesverwaltung enthält. Datenwissenschaftliche Ansätze unter Einhaltung des Datenschutzes und des Datensparsamkeitsprinzips erlauben es, Erkenntnisse aus Daten zu Einzelpersonen zu generieren, ohne dass die Daten dieser Personen übermittelt werden müssen.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktualisierung der Raumgliederungen: Aktualisierung

Aktualisierung der Agglomerationsdefinition und der Gemeindetypologie 2020.
Die neuen Perimeter der Agglomerationen werden im zweiten Quartal durch das BFS veröffentlicht.

Soll-Termin: 30.06.2024

Konzept kollaborative Datenwissenschaftsplattform: Erarbeitung des Konzepts

Erstellung eines Konzepts für eine "kollaborative Datenwissenschaftsplattform".
Erarbeitung eines Konzepts im zweiten Halbjahr 2024 durch BK (DTI) und EDI (BFS), in Zusammenarbeit mit den Informatik-Leistungserbringern der Bundesverwaltung. Das im Auftrag des Bundesrats erstellte Konzept zuhanden des Digitalisierungsrats Bund beschreibt ein Standardprodukt für eine «kollaborative Datenwissenschaftsplattform».

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (in Umsetzung der Mo. SGK-N 18.3716): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) betreffend betreutes Wohnen verabschieden. Ziel ist die Festlegung der neu durch die EL zu vergütenden Leistungen für das betreute Wohnen (zu Hause oder in Institutionen) von Personen mit einer Ergänzungsleistung zur Altersrente. Diese Leistungen sollen das selbständige Wohnen zu Hause fördern und Heimeintritte verzögern.

Soll-Termin: 30.06.2024

Digitale Kommunikation in den Sozialversicherungen (DIKOS): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Vorlage Digitale Kommunikation in den Sozialversicherungen eröffnen. Mit dieser Vorlage soll die digitale Kommunikation insbesondere zwischen den Versicherten und den Versicherern der 1. Säule ermöglicht werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz (EOG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 das Vernehmlassungsverfahren bzgl. einer Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz (EOG) eröffnen. Die Ziele dieser Revision sind die Angleichung der Leistungen, die im Dienst und während des Elternurlaubs gewährt werden, und die Ausweitung des Betreuungsurlaubs auf Situationen, in denen ein Kind im Krankenhaus liegt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Hinterlassenenrenten): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur nächsten Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) im Zusammenhang mit der Anpassung der Hinterlassenenrenten verabschieden. In der AHV sollen Witwen und Witwer gleiche Leistungen erhalten. Mit den Änderungen wird das AHVG an das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 11. Oktober 2022 «B. gegen die Schweiz» angepasst. Der Gerichtshof erachtet es als diskriminierend, dass der Anspruch auf eine Witwerrente mit der Volljährigkeit des letzten Kindes erlischt, während eine Witwe in der gleichen Situation weiterhin Anspruch auf eine Rente hat.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht zu den Ergebnissen der Nationalen Plattform gegen Armut 2019–2024: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht zu den Ergebnissen der Nationalen Plattform gegen Armut 2019–2024 zur Kenntnis nehmen. Der Bericht dokumentiert die seit 2019 umgesetzten Massnahmen sowie die Ergebnisse der externen Evaluation. Er beschreibt den aktuellen Handlungsbedarf und skizziert das weitere Vorgehen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision der Kinder- und Jugendförderungsverordnung (KJFV) (in Umsetzung der Mo. Noser 19.3633): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die revidierte Kinder- und Jugendförderungsverordnung (KJFV) verabschieden. Durch die Änderung kann, in Erfüllung der Motion Noser 19.3633, ein nationales Kinderrechtsinstitut geschaffen werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung (in Umsetzung der Pa. Iv. WBK-N 21.403): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Ergebnisse der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Kenntnis nehmen sowie die Verordnungsbestimmungen verabschieden. Das Gesetz sieht vor, dass die Betreuungskosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung gesenkt und die Kantone in der Weiterentwicklung des Angebots über Programmvereinbarungen unterstützt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bundesgesetz und Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG und JSFVV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 das Gesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) und die entsprechende Verordnung (JSFVV) in Kraft setzen. Das JSFVG regelt den Schutz von Minderjährigen vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen, die ihre Entwicklung gefährden können. Mit der JSFVV werden die notwendigen Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung des Gesetzes erlassen. Dieses ist als Koregulierung ausgestaltet und verpflichtet die Branchen, Bestimmungen zu Alters- und Inhaltsangaben sowie zur Alterskontrolle bei Filmen und Videospielen zu erarbeiten und dem Bundesrat innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung vorzulegen.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zur Umsetzung Motion 19.3702 Ettlín «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen»:
Verabschiedung Verordnungsänderungen

Die Motion Ettlín vom 19. Juni 2019 beauftragt den Bundesrat, die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit Inhaber und Inhaberinnen von 3a-Konten und 3a-Policen, die in früheren Jahren nicht die Maximalbeiträge in die Säule 3a einzahlen konnten, solche Beitragslücken in der Säule 3a durch einen Einkauf nachträglich ausgleichen können. Ständerat und Nationalrat haben die Motion am 12.09.2019 bzw. 02.06.2020 angenommen.

Die Vernehmlassung soll im 1. Quartal 2024 durchgeführt und die Verordnung im 4. Quartal verabschiedet werden, so dass die Änderungen am 01.01.2025 in Kraft treten können.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (BLV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnungsbestimmungen «Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden» (in Umsetzung der Mo. WBK-S 20.4267): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Verordnungsbestimmungen zur Umsetzung der Motion WBK-S 20.4267 «Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden» verabschieden. Diese beauftragt den Bundesrat, die Kundentransparenz bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu verbessern, indem Produktionsmethoden, die in der Schweiz verboten sind, der Deklarationspflicht unterstellt werden. Diese Deklarationspflichten sollen völkerrechtskonform sein.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung der Tierschutzverordnung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Änderung der Tierschutzverordnung verabschieden. Mit der Änderung der Tierschutzverordnung sollen Anpassungen aufgrund von parlamentarischen Vorstössen (z.B. Interpellation Munz 21.3362 «Skrupellosen Welpenhandel einfach und effektiv bekämpfen») vorgenommen werden. Zudem sollen Aktualisierungen aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der Tierhaltung vorgenommen werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung der Verordnung über tierische Nebenprodukte: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Änderung der Verordnung über tierische Nebenprodukte verabschieden. Die Verordnung über tierische Nebenprodukte ist an neue Bestimmungen des EU-Rechts anzupassen, damit die im Rahmen des Veterinäranshangs (Anhang 11 des bilateralen Landwirtschaftsabkommen mit der EU) vereinbarte Äquivalenz aufrechterhalten werden kann. Dabei geht es insbesondere darum, die Möglichkeiten zu erweitern, tierische Proteine an Nutztiere zu verfüttern.

Soll-Termin: 30.06.2024

Änderung der Pflanzenschutzmittelverordnung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Änderung der Pflanzenschutzmittelverordnung verabschieden. Mit der Änderung sollen die Verbesserungen des Zulassungsverfahrens, die im Rahmen der externen Evaluation identifiziert wurden, insbesondere zu Transparenz und Kommunikation, umgesetzt werden. Weiter soll das Zulassungsverfahren durch eine stärkere Annäherung an die EU optimiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Ernährungsstrategie 2025–2028: Verabschiedung durch das EDI

Die Ernährungsstrategie 2025–2028 fördert eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit. Sie basiert auf den strategischen Zielen der Nationalen Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD).

Das EDI wird im zweiten Halbjahr 2024 die Ernährungsstrategie 2025–2028 verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Informationssystem entlang der Lebensmittelkette (Ecosystem LMK 2025+): Start Phase Konzept

Das Informationssystem entlang der Lebensmittelkette dient der Bearbeitung der Daten, die Bund und Kantone zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Tierarzneimittelsicherheit sowie Lebensmittelsicherheit im Veterinärbereich benötigen. Mit dem Ecosystem LMK 2025+ soll die heute heterogene Anwendungslandschaft in ein homogenes Ecosystem überführt werden.

Der Projektauftrag ist freigegeben und die Phase Konzept ist gestartet. Allfällig vergaberechtliche Massnahmen sind in Umsetzung.

Soll-Termin: 31.12.2024

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE (IVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Aufbau von Expertise im Bereich Bioinformatik: Team Biosicherheit ist operativ

Zur Unterstützung der Forschung und Verbesserung der Diagnostik im Bereich von neu auftretenden Tierseuchen soll die Next Generation Sequencing (NGS)-Technologie im IVI etabliert werden. Dazu wird ein Bioinformatik-Team aufgebaut, das abteilungsübergreifend tätig ist. Aufbau des neuen Teams ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.03.2024

EJPD

GENERALSEKRETARIAT EJPD (GS-EJPD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Urheberrechtsgesetzes: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Medienunternehmen sollen für die Nutzung journalistischer Leistungen durch grosse Online-Dienste künftig eine Vergütung erhalten. Davon sollen auch die Medienschaffenden profitieren.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung Schengen Dublin: Durchführung Zwischenevaluation

Die Programmleitung sorgt für die Abwicklung des Programms, die Herbeiführung von Entscheidungen, die termingerechte Berichterstattung, die Einhaltung der Budgets, der Ziele und Termine. Im Programmkoordinationsausschuss (PKA) erfolgt die Koordination und Abstimmung auf der operativen Ebene zwischen den beteiligten Verwaltungseinheiten.

Im Rahmen der Programmführung wird die jährliche Zwischenevaluation (QR-Bericht) durchgeführt. Für 2024 bestehen gemäss Planung der EU noch keine stabilen Einföhrungstermine für die in Weiterentwicklung stehenden Anwendungen. In der Pipeline stehen die Interoperabilitätsprojekte sowie das Europäische Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS).

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (BJ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Verwaltungsstrafrecht (in Umsetzung der Mo. Caroni 14.4122):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) verabschieden. Ziel ist eine umfassende Überarbeitung des VStrR, um den Entwicklungen im Strafverfahren seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1974 Rechnung zu tragen. Mit dieser Revision kann der Bundesrat die Motion Caroni 14.4122 «Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht» umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung des Obligationenrechts (Anpassung der Bestimmungen zur Transparenz über nichtfinanzielle Belange): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung über die Anpassung der Bestimmungen zur Transparenz über nichtfinanzielle Belange im Obligationenrecht eröffnen. Das Ziel ist, eine Angleichung an die neusten Entwicklungen des EU-Rechts zu erreichen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht) (in Umsetzung der Mo. Nantermod 20.3066 und Mo. Silberschmidt 21.3180): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Vereinfachung des Handelsregisterrechts) eröffnen. Mit dieser Vorlage will der Bundesrat die Motionen Nantermod 20.3066 und Silberschmidt 21.3180 umsetzen. Ziel ist es, die Prozesse für die Handelsregistereintragungen zu optimieren und zu vereinfachen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erleichterung der Stiefkindadoption: Anpassung des Familienrechts) (in Umsetzung der Mo. RK-N 22.3382): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Anpassung des Zivilgesetzbuches (ZGB) eröffnen. Mit der Motion RK-N 22.3382 «Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption» wurde der Bundesrat beauftragt, das Familienrecht anzupassen. Die Voraussetzung des einjährigen Pflegeverhältnisses als Adoptionsbedingung soll entfallen, wenn ein leiblicher Elternteil bereits seit Geburt des Kindes mit dem Adoptionswilligen zusammenlebt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht zu einer künftigen Revision des Familienverfahrensrechts in der Schweiz (in Erfüllung der Po. Schwander Pirmin 19.3478, Müller-Altarmatt 19.3503 und RK-N 22.3380): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 einen Bericht mit einer Auslegeordnung für eine künftige Revision des Familienverfahrensrechts in der Schweiz in Erfüllung der Postulate Schwander Pirmin 19.3478, Müller-Altarmatt 19.3503 und der RK-N 22.3380 gutheissen. Der Bericht beinhaltet die Prüfung und Erarbeitung von Vorschlägen für eine Neuregelung des Familienverfahrensrechts und der Familienjustiz unter dem Fokus des Kindeswohls sowie der besseren Berücksichtigung der Besonderheiten von familiären Konflikten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) (in Umsetzung der Mo. Bulliard-Marbach 19.4632): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis nehmen und die Botschaft zur Anpassung des Zivilgesetzbuches (ZGB) verabschieden. Mit der Motion Bulliard-Marbach 19.4632 «Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern» wurde der Bundesrat beauftragt, im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) einen Artikel aufzunehmen, indem für Kinder das Recht auf gewaltfreie Erziehung verankert wird.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung (Stockwerkeigentum) (in Umsetzung der Mo. Caroni 19.3410): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuches und der Grundbuchverordnung eröffnen. Mit der Motion Caroni 19.3410 «55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update» wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Das Stockwerkeigentumsrecht hat sich gesamthaft betrachtet durchaus bewährt, in einigen Bereichen bestehen jedoch verbesserungswürdige Regelungen.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Rechtshilfevertrag Singapur: Genehmigung

Vertragsverhandlungen mit Singapur über einen Rechtshilfevertrag in Strafsachen finden sich in der Liste der priorisierten Vertragsgeschäfte der «Strategie Staatsvertragsnetz im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen» von 2016. Singapur verfügt wie die Schweiz über einen wichtigen internationalen Finanzplatz, und von Seiten der Strafverfolger besteht ein Interesse an einer vertraglichen Grundlage für die Bekämpfung insbesondere von Geldwäscherei und Finanzkriminalität.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Singapur über Rechtshilfe in Strafsachen genehmigen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Europäische Herausgabe- und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel im Strafrecht (e-Evidence-Verordnung): Grundsatzentscheid

Im Bereich des grenzüberschreitenden Zugriffs auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren muss die Schweiz eine gesetzliche Anpassung vornehmen. Das BJ hat 2021 das System des US-CLOUD-Act evaluiert.

Derzeit wird die e-Evidence-Vorlage der EU analysiert. Im zweiten Halbjahr 2024 wird der Bundesrat dazu einen Grundsatzentscheid zu möglichen Optionen (Verhandlungen mit der EU oder den USA, eigenes Gesetzgebungsprojekt, andere Optionen) fällen.

Soll-Termin: 31.12.2024

UNO - Übereinkommen über Cyberkriminalität: Abschluss der Verhandlungen

Das künftige Übereinkommen widmet sich in erster Linie der Kriminalisierung von Cybercrime (also von Delikten gegen Computersysteme, aber auch gewisser Delikte, welche mithilfe eines Computers begangen werden), der Regelung von prozeduralen Fragen (innerstaatliches Instrumentarium bei der Prävention und Verfolgung von CC) sowie einer verbesserten internationalen Kooperation. Die Ausgestaltung der einzelnen Kapitel und deren Inhalt ist Teil der laufenden Verhandlungen (Wien und NYC).

Die Schweiz wird sich im Rahmen der Verhandlungen und der anschliessenden diplomatischen Konferenz dafür einsetzen, dass die Arbeiten zu diesem Übereinkommen erfolgreich abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Zusammenarbeit mit der Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa): Genehmigung

Im Europarat (PC-OC) laufen Arbeiten hin zu einem Instrument i.S. Rechtshilfe auf der Grundlage des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens und dessen Zusatzprotokollen zwischen den Mitgliedstaaten dieses Übereinkommens und der EUSTa.

Je nach Verlauf dieser Arbeiten wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2024 dieses Instrument genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Anpassung des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz RAG - Definition der Gesellschaften des öffentlichen Interesses): Eröffnung Vernehmlassung

Mit dieser Revision soll das Po. GPK-S 19.4389 betreffend Anerkennung der bundesnahen Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne des Revisionsaufsichtsgesetzes umgesetzt werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2024

BUNDESAMT FÜR POLIZEI (FEDPOL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Übernahme und Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II):

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II) eröffnen. Der aktuelle Änderungsvorschlag enthält nützliche technische und operative Verbesserungen. Mit der beantragten Verordnung sollen dem bereits bestehenden automatisierten Austausch biometrischer Daten neue Datenkategorien hinzugefügt werden, wie zum Beispiel Gesichts- bilder von Verdächtigen und verurteilten Straftäterinnen und Straftätern sowie Kriminalakten. Die Verordnung sieht auch die Verwendung zentraler Router vor (den Prüm-II-Router und das Europäische Kriminalaktennach- weissystem [EPRIS]). Europol würde fester Bestandteil des Prüm-Rahmens werden. Schliesslich sieht die Verordnung die Standardisierung der Übermittlung von Personendaten (Phase II) im Anschluss an eine bestä- tigte Übereinstimmung (z. B. Vorname, Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Geburtsort) innerhalb von 48 Stunden vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) über den Informationsaustausch zwischen Strafver- folgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates verabschieden. Die Richtlinie (EU) wurde eingeführt, um den bestehenden Rechtsrahmen zu modernisieren und den Informationsaustausch innerhalb des Schengen-Raums zu vereinheitlichen. Sie legt verschiedene Fristen für die Beantwortung von Informa- tionsersuchen eines anderen Staates sowie Aufgaben, Kompetenzen, Organisation und Zusammensetzung des SPOC (Single Point Of Contact = einzige Kontaktstelle) fest. Der Datenschutz ist ein wichtiger Bestand- teil der Richtlinie, insbesondere aufgrund des Verweises auf die Richtlinie (EU) 2016/680, die die Schweiz übernommen hat. Einige Bestimmungen müssen in das SIaG überführt werden. In diesem werden nicht nur die Modalitäten, sondern auch die Bedingungen des Informationsaustausches geregelt. Ebenso werden die zum Informationsaustausch berechtigten Behörden festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Erneuerung System AFIS 2026: Vertragsabschluss mit Lieferanten

Im Jahr 2026 erreicht das Automatisierte Fingerabdruck-Identifikations-System AFIS sein End-of-Life. Eine Neubeschaffung ist notwendig, um die biometrische Identifikation von Personen und Spuren auf nationaler und internationaler Stufe zuverlässig fortzuführen. Dabei soll vom erheblichen technologischen Fortschritt bei den Erkennungsverfahren profitiert werden, was auch die Beschaffung eines Moduls für den Gesichtsbildabgleich umfasst.

Der Vertrag zur Beschaffung des Systems (Fingerabdruck- und Gesichtsbildvergleich) und Dienstleistung ist bis Ende 2024 abgeschlossen. Damit ist die Inbetriebnahme im Jahr 2026 sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kompetenzzentrum Bund Digitale Forensik: Anpassung und Genehmigung OV-EJPD

Aufgrund einer Empfehlung der EFK soll bei fedpol ein Kompetenzzentrum Digitale Forensik geschaffen werden.

Für die Schaffung dieses Kompetenzzentrums muss die OV-EJPD entsprechend angepasst und vom Bundesrat genehmigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG (SIR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Bestimmung von Indikatoren zur Umsetzung der strategischen Ziele des Bundesrates:

Für jedes strategische Ziel werden mindestens 2 Indikatoren definiert

Der Institutsrat und, im Anschluss, die Direktion werden eine genaue Planung zur Umsetzung dieser Zielsetzung durch die Bibliothek und die juristische Abteilung erarbeiten, inkl. qualitativer und quantitativer Indikatoren.

Für jedes strategische Ziel werden bis am 31.12.2024 mindestens 2 Indikatoren definiert, welche soweit angemessen die Gutachtens- und Forschungstätigkeit des Instituts sowie die Dienstleistungen der Bibliothek abbilden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung Kommunikationsstrategie: Anpassung von mindestens drei Kommunikationsmittel

Der Institutsrat hat im April 2023 die Kommunikationsstrategie des Instituts verabschiedet. Diese zielt darauf ab, die Kommunikation stärker an den Stakeholdern auszurichten. Vor diesem Hintergrund werden die Kommunikationsmittel angepasst, unter besonderer Berücksichtigung der Stakeholder in der Deutschschweiz. Bis am 31.12.2024 ist die Anpassung von mindestens drei der aktuellen Kommunikationsmittel abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2024

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION (ESBK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Betriebsaufnahme der Spielbanken per 01.01.2025: Prüfung der Voraussetzungen

Der Bundesrat wird im Herbst 2023 die ab 01.01.2025 geltenden Spielbankenkonzessionen neu vergeben. Bevor die Konzessionärinnen den Spielbetrieb aufnehmen können, muss die ESBK die Betriebsaufnahmeveraussetzungen prüfen und die Spielbewilligungen erteilen. Hierfür fordert die ESBK von den Spielbanken Informationen ein und nimmt Kontrollen vor Ort in den Betrieben vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Überarbeitete Strategie der integrierten Grenzverwaltung (Integrated Border Management; IBM-Strategie): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Strategie der Integrierten Grenzverwaltung zur Kenntnis nehmen. Die europäische Kommission hat die Vorgaben für die Integrierte Grenzverwaltung Anfang 2023 publiziert. Sie fordert die Mitgliedstaaten und die Schweiz auf, ihre Strategien gemäss den Vorgaben zu aktualisieren. Die integrierte Grenzverwaltung fasst die Funktionen zusammen, mit denen das Überschreiten der Aussengrenze gesteuert, potenzielle Bedrohungen der Aussengrenze bewältigt und ein Beitrag zur Bekämpfung schwerer und grenzüberschreitender Kriminalität geleistet wird.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (in Erfüllung des Po. der APK-N 20.4333): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den «Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats der APK-N 20.4333 gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Schutzstatus S: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Entscheid zur Weiterführung bzw. Aufhebung des Schutzstatus S (und zu den damit zusammenhängenden Aspekten wie Rückkehrhilfe, Nothilfe, Ausreisefrist, Integrationsprogramm) treffen. Dies unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf europäischer Ebene sowie, im Falle einer Aufhebung, nach Durchführung der gesetzlich vorgesehenen nationalen Konsultationen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht über die Gesamtschau Förderung inländisches Arbeitskräftepotenzial: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht über die Gesamtschau Förderung inländisches Arbeitskräftepotenzial genehmigen und über die Opportunität der Einführung weiterer Massnahmen unter Berücksichtigung des politischen Kontexts (u.a. Zuwanderungsdiskurs, Fachkräftemangel) entscheiden. Der Bericht beruht auf der Motion Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP 16.4151 sowie auf dem gesetzlichen Auftrag gemäss Art. 21a Abs. 8 AIG, ein Monitoring zu den Auswirkungen der Umsetzung von Art. 121a BV auf die Zuwanderung durchzuführen und dem Parlament weitere arbeitsmarktbezogene Massnahmen vorzuschlagen, sollten die Massnahmen nicht die gewünschte Wirkung erzielen oder sich neue Probleme ergeben.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

EU-Asylagentur (European Union Agency for Asylum, EUAA) - Anpassung des EASO-Abkommens: Genehmigung

Die Europäische Asylagentur (EUAA) ist die Nachfolgerin des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO). EUAA ist ein wichtiger Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Dieses hat zum Ziel, die Harmonisierung der Asylsysteme innerhalb der EU voranzutreiben und die Zusammenarbeit unter den Staaten zu fördern.

Der Bundesrat wird 2024 das Ergebnis der Verhandlungen über eine Anpassung der bestehenden Vereinbarung über die Teilnahme der Schweiz an EASO genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2024

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD (ISC-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung «Ausbau und Betrieb des Verarbeitungssystems zur Fernmeldeüberwachung sowie der polizeilichen Informationssysteme des Bundes» (Programm FMÜ): Abschluss Programm FMÜ und der darin enthaltenen Projekte

Das EJPD passt mit dem Programm FMÜ das Verarbeitungssystem für die Fernmeldeüberwachung (VFMÜ) des Dienstes ÜPF sowie die polizeilichen Informationssysteme des Bundesamtes für Polizei (fedpol) an die aktuellen Bedürfnisse an und bereitet diese auf absehbare zukünftige Herausforderungen vor. Die in den einzelnen Projekten realisierten Komponenten sind im Dienst ÜPF sowie im fedpol produktiv. Nach der Übergabe an die Stammorganisationen sollen der Betrieb und der Support sowie auch die technischen und gesetzlichen Weiterentwicklungen durch diese sichergestellt werden. Dies bildet die Basis, um das Programm FMÜ im ersten Halbjahr 2024 abzuschliessen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Software-Referenzarchitektur V5: Anwendung der Software-Referenzarchitektur V5 bei sämtlichen Neuentwicklungen und Migration von mindestens 25 % der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die Private Cloud (PaaS)

Das EJPD steuert seit 2003 die Entwicklung seiner Individual-Fachanwendungen mittels der EJPD Software-Referenzarchitektur. Damit lassen sich eine hohe Standardisierung und eine grosse Homogenität in der Anwendungslandschaft mit Skaleneffekten in Entwicklung und Betrieb erzielen. Die Versionen 1-3 der Software-Referenzarchitektur basierten auf den JEE-Technologien (Java Enterprise Edition). Mit der Version 4 wurde das Microservice-Architekturmuster eingeführt, die Anwendungen werden aber noch konventionell betrieben. Die Software-Referenzarchitektur V5 basiert auf Microservices, welche standardisiert in sogenannten Containern auf einer Private Cloud resp. auf einer PaaS (Plattform as a Service) betrieben werden können. Erste bedeutende Anwendungen werden seit 2022 auf der neuen Plattform erfolgreich betrieben. Alle neuen Anwendungen werden gemäss Software-Referenzarchitektur V5 entwickelt und auf der Private Cloud (PaaS) betrieben. Bis Ende 2024 sollen mindestens 25 % der nach früheren Versionen entwickelten Anwendungen auf die PaaS migriert sein.

Soll-Termin: 31.12.2024

VBS

GENERALSEKRETARIAT VBS (GS-VBS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht zur Umsetzung des Alimentierungsberichts, Teil 2: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den erarbeiteten Bericht über Varianten zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems genehmigen. Der Bericht behandelt insbesondere die Varianten «Sicherheitsdienstpflicht» und «Bedarfsorientierte Dienstpflicht» und enthält gegebenenfalls Anträge für die Umsetzung. Die Variante «Sicherheitsdienstpflicht» würde eine Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes in einer neuen Organisation bedeuten. Bei der Variante «bedarfsorientierte Dienstpflicht», würde die Dienstpflicht auf Frauen ausgeweitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen» (in Erfüllung des Po. SiK-N 22.3006): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Postulatsbericht zur Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen gutheissen. Der Bericht zeigt auf, inwiefern die Schweiz von Beeinflussungsaktivitäten bzw. Desinformationskampagnen betroffen ist und enthält Massnahmen, mit welchen der Bedrohung zu entgegenen ist.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Subsidiarität und Cybersicherheit» (in Erfüllung des Po. SiK-N 22.3368): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Postulatsbericht zur Subsidiarität und Cybersicherheit gutheissen. Der Bericht legt dar, wie der Subsidiaritätsbegriff im VBS neu geprüft wird und wie dieser insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdienstleistungen im Cyberbereich anzuwenden ist.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Übergeordnete Cyber-Teststrategie im VBS» (in Erfüllung des Po. Dobler 22.4081): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Postulatsbericht zur übergeordneten Cyber-Teststrategie im VBS gutheissen. Der Bericht wird darlegen, wie eine übergeordnete, umfassende Cyber Test-Strategie entwickelt und eingeführt werden kann, welche die zivilen, militärischen und föderalen Bereiche privater und staatlicher Natur abdeckt. Der Zweck dieser Strategie ist es, mittel- und langfristig die Resilienz zu erhöhen, Knowhow aufzubauen, die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche zu verbessern und zu trainieren.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Entflechtung Fachanwendungen: Weiterführung der Entflechtungsarbeiten

Es geht um die schrittweise Entflechtung von IKT-Fachanwendungen Basis und Zusatzfunktionen im Kartenwesen (AWB-Multicard).

Die Arbeiten zur Entflechtung der IKT-Fachanwendungen Basis und der Zusatzfunktionen im Kartenwesen (AWB) werden weitergeführt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Cybersicherheit VBS: Standortbestimmung und Vorschlag für Weiterentwicklung Cyber VBS

Die ganzheitlichen Auf- und Ausbauarbeiten im Bereich Cybersicherheit VBS werden weitergeführt. Eine Standortbestimmung zur Strategielandschaft und den Bedürfnissen für Cyberdefence und Cyber im VBS ist erfolgt. Ein Vorschlag für die weitere Realisierung von strategischen Entwicklungen liegt vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

Cloud Enabling Büroautomation (CEBA): Vorbereitung der Migration

Die Cloud Enabling Büroautomation (CEBA), konkret Microsoft Windows 365 soll schrittweise im VBS eingeführt werden.

Die Einführungsplanung für CEBA (Microsoft 365) ist erstellt und die Migration vorbereitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung des Informationssicherheitsgesetzes (ISG): Vorliegen Klassifizierungskataloge

Das Informationssicherheitsgesetz (ISG) wird umgesetzt. Ziel des Gesetzes ist einerseits die sichere Bearbeitung von Informationen, für die der Bund zuständig ist, andererseits der sichere Einsatz der Informatikmittel des Bundes.

Die für den Vollzug der gesetzlichen Vorgaben notwendigen Klassifizierungskataloge des VBS liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

UNABHÄNGIGE AUFSICHTSBEHÖRDE ÜBER DIE ND TÄTIGKEITEN (AB-ND)

PROJEKTE UND VORHABEN

IKT Lösung AB-ND: Vorliegen Entscheid zum weiteren Vorgehen

Die IKT Lösung AB-ND soll eine sicherheitskonforme Digitalisierung sämtlicher Prüfhandlungen des AB-ND ermöglichen.

Basierend auf den bestehenden Sicherheitsvorgaben wird entschieden, ob und wie die Digitalisierung sämtlicher Prüfhandlungen realisiert werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2024

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES (NDB)

PROJEKTE UND VORHABEN

Beurteilung der Bedrohungslage durch den BR: Kenntnisnahme Bericht

Der NDB erstellt einen jährlichen Bericht zur Bedrohungslage und legt diesen dem BR zur Kenntnis vor. Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist durch den BR zur Kenntnis genommen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Beobachtungsliste NDB: Unterbreitung an BR zur Verabschiedung

Die Beobachtungsliste enthält Organisationen und Gruppierungen, bei denen die begründete Annahme besteht, dass sie die innere oder äussere Sicherheit bedrohen (Art. 72 NDG). Die Beobachtungsliste 2024 wird dem BR zur Verabschiedung unterbreitet.

Soll-Termin: 31.08.2024

BUNDESAMT FÜR SPORT (BASPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Zukunftsorientierte Breitensportförderung» (in Erfüllung des Po. WBK-S 21.3971):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Zukunftsorientierte Breitensportförderung» (in Erfüllung des Po. WBK-S 21.3971) gutheissen. Im Bericht wird aufgezeigt, wie durch subsidiäre Finanzhilfen des Bundes und Beratung innovative Sportanlagen sowie bewegungs- und sportfreundliche öffentliche Räume für den Breitensport gefördert und unterstützt werden könnten.

Soll-Termin: 15.12.2024

Bericht «Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht» (in Erfüllung des Po. Baume-Schneider 21.4521): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, welche die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht» (in Erfüllung des Po. Baume-Schneider 21.4521) gutheissen. Im Bericht wird aufgezeigt, wie Sportlerinnen und Sportler, die die Schweiz an Sportgrossanlässen wie den Olympischen Spielen, den Paralympics oder Weltmeisterschaften vertreten, unterstützt werden.

Soll-Termin: 30.11.2024

Bericht «Wie kann Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden?» (in Erfüllung des Po. Dobler 21.4509): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Wie kann Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden?» (in Erfüllung des Po. Dobler 21.4509) gutheissen. Im Bericht wird aufgezeigt, wie Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport funktionieren. Es wird eine Einschätzung der aktuellen Situation vorgenommen und allfällige Verbesserungspotenziale werden aufgezeigt.

Soll-Termin: 30.11.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Kinder- und Jugendsportförderung: Abschluss der Konzeptphase

Die Kinder- und Jugendsportförderung wird vorangetrieben.
Die Konzeptphase des Projekts zur Weiterentwicklung von Jugend und Sport J+S wird planmässig abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Erwachsenen- und Seniorensport: Abschluss der Analyse

Die Aus- und Weiterbildung im Erwachsenen- und Seniorensport wird weiterentwickelt.
Eine Analyse zur Förderung des Erwachsenen-/Seniorensports liegt vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

Zugang zu Raum: Ausschreibung Modellvorhaben

Der Zugang zu Raum für Bewegung und Sport wird gesichert und ausgebaut.
Die Ausschreibung eines Modellvorhabens «Raum für Sport und Bewegung: Innovative Ansätze für eine sport- und bewegungsfreundliche Siedlungsplanung» ist vorbereitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Ethik im Schweizer Sport: Erarbeitung Massnahmen zur Umsetzung

Der Schweizer Sport garantiert ein von ethisch korrektem Verhalten geprägtes Umfeld.
Die Massnahmen zur Umsetzung von Ethik Massnahmen beim BASPO und zur Sicherstellung der Aufsicht gegenüber Swiss Olympic sind erarbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR CYBERSICHERHEIT (BACS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen verabschieden. Die Verordnung konkretisiert insbesondere den Adressatenkreis der meldepflichtigen Organisationen und die meldepflichtigen Cyberangriffe.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe» (in Erfüllung des Po. Graf-Litscher 21.4512): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht zum Postulat Graf-Litscher 21.4512 «Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe» gutheissen. Der Bericht zeigt auf, welche Vorgaben für Organisationen mit öffentlichem Auftrag gelten sollen, ob eine Meldepflicht bei Lösegeldzahlungen eingeführt werden soll und wie der Informationsaustausch zwischen dem Bund, den Strafverfolgungsbehörden der Kantone, den privaten Security Incident Response Firmen und den Versicherungen gestärkt werden kann.

Soll-Termin: 31.10.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Personelle Ressourcierung neues Bundesamt BACS: Besetzung der gesprochenen Stellen

Das NCSC ist mit den notwendigen personellen Ressourcen zur Ausführung der operativen Tätigkeiten ausgestattet.

Die im Kern- und Supportbereich gesprochenen Stellen sind besetzt und einsatzfähig.

Soll-Termin: 30.06.2024

Meldestelle Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen: Meldestelle ist für Meldungen einsatzbereit

Die Stelle dient zur Meldung von Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen.

Die Meldestelle ist instituiert, kommuniziert und für Meldungen online.

Soll-Termin: 31.12.2024

Ausbau Cyber Security Hub: Informationen für unterschiedliche Bedarfsgruppen verfügbar

Der Cyber Security Hub (CSH) soll zu einer zentralen Austauschplattform zu Cyberbedrohungen ausgebaut werden.

Nebst den kritischen Infrastrukturen finden auch andere Bedarfsgruppen entsprechende Informationen zu Cyberbedrohungen über den Cyber Security Hub (CSH).

Soll-Termin: 31.12.2024

Sensibilisierungskampagnen 2024: Lancierung neue Kampagne

Durch Sensibilisierungskampagnen soll die Aufmerksamkeit gegenüber Cyberbedrohungen national erhöht werden.

Eine sektorspezifische Kampagne soll lanciert werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Nationale Cyberstrategie: Umsetzungsvorhaben definiert und zugewiesen

Die Nationale Cyberstrategie beinhaltet Absichten, Ziele und Massnahmen zur Gewährleistung der Cybersicherheit.

Die für 2024 spezifisch für die Bundesverwaltung geplanten Vorhaben sind definiert und den verantwortlichen Stellen zugewiesen.

Soll-Termin: 30.06.2024

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (BABS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem (MSK): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassungsunterlagen zur Botschaft inkl. Finanzplan zum Aufbau und Betrieb des MSK verabschieden. Mit MSK geht es darum, über eine krisenresistente und ausfallsichere breitbandige Datenkommunikation in Krisen- und Katastrophensituationen zu verfügen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem (MSK): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird, unter Voraussetzung beziehungsweise in Realisierung des Grundsatzentscheides 2023, in der zweiten Jahreshälfte 2024 die Botschaft über ein mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem (MSK) verabschieden. Bei dem MSK geht es darum, über eine krisenresistente und ausfallsichere breitbandige Datenkommunikation in Krisen- und Katastrophensituationen zu verfügen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz, Teil 1: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Alimentierungsbericht Armee und Zivilschutz Teil 1 verabschieden. Diese beinhaltet einerseits die Verpflichtung von Zivildienstpflichtigen, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht in einer Zivilschutzorganisation mit dauerndem Unterbestand zu leisten. Andererseits berichtet sie über die Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf Armeeangehörige, die ohne Absolvierung der RS aus der Armee entlassen werden oder nach Abschluss der RS militärdienstuntauglich werden. Weiter enthält die Botschaft Änderungen wie Übertragung von Aufgaben im Bereich der Alarmierung (Sirenen) an die Kantone sowie rechtliche Grundlagen für den Koordinierten Sanitätsdienst.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision der Bevölkerungsschutzverordnung (BevSV): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über die Revision der Bevölkerungsschutzverordnung (BevSV) und deren Inkraftsetzung entscheiden. Die Revision der BevSV erfolgt aufgrund der Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (Umsetzung Alimentierungsbericht I und weitere Änderungen). Die Revisionsvorlage wird Ausführungsbestimmungen betreffend Übertragung von Aufgaben im Bereich der Alarmierung (Sirenen) an die Kantone und betreffend den Koordinierten Sanitätsdienst enthalten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitritt zum EU-Katastrophenschutzverfahren (UPCM): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Grundsatzentscheid zum Beitritt zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Union Civil Protection Mechanism, UPCM) treffen. Der UCPM stärkt die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den neun teilnehmenden Staaten (Drittstaaten), um auf Ereignisse wie Naturkatastrophen, technische Gefährdungen (Bsp. Strommangellage) und gesellschaftliche Risiken (Pandemien bis bewaffnete Konflikte) zu reagieren.

Soll-Termin: 31.12.2024

Finanzierung von Schutzbauten: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 einen Grundsatzentscheid zu den Schutzbauten fällen. Der Werterhalt der Schutzräume für die Bevölkerung und der Schutzanlagen für die Führungsorgane und Zivilschutzorganisationen sowie der sanitätsdienstlichen Schutzanlagen soll nachhaltig sichergestellt und ihre Funktionsfähigkeit langfristig erhalten werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Werterhalt Polycom 2030: Migration von weiteren Teilnetzen

Das Projekt "Werterhalt Polycom 2030" soll die Nutzung des Systems bis mindestens 2030 sicherstellen. Weitere Teilnetze sollen planmässig migriert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Sicheres Datenverbundnetz plus (SDVN+): Start der Phase Realisierung

Das sichere Datenverbundnetz SDVN ist ein Teil des Projekts Sicheres Datenverbundsystem SDVS. Der Start der Phase Realisierung soll gemäss Planung umgesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neuausrichtung Koordinierter Sanitätsdienst (KSD): Vorliegen Vorsorgekonzept Gesundheitswesen im Ereignisfall

Die Integration der Geschäftsstelle des KSD in das BABS basiert auf einer Empfehlung im Bericht des Sicherheitsverbands Schweiz (SVS) von 2019, wonach der KSD verstärkt in das Verbundsystem Bevölkerungsschutz eingebunden werden soll. Der Bericht sieht neben der Neuunterstellung auch eine Anpassung der Aufgaben vor.

Die nationalen Vorsorgekonzepten und Krisenreaktionspläne für das Gesundheitswesen bei Katastrophen und Notlagen sowie die Vorbereitung der Partner für einen Ereignisfall liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie sanitätsdienstliche Schutzanlagen: Vorliegen Strat. Eckwerte und Umsetzungskonzept

Die Strategie "Sanitätsdienstliche Schutzanlagen" überprüft den Bedarf an geschützten Spitälern und geschützten Sanitätsstellen und erarbeitet Vorschläge für eine bedürfnisgerechte Modernisierung der Anlagen.

Die Strategischen Eckwerte und das Umsetzungskonzept liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

VERTEIDIGUNG (V)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Armeebotschaft: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Armeebotschaft 2024 für die Legislaturperiode 2024–2027 verabschieden. Darin wird erstmals die Beschaffung von Rüstungsgütern entlang der fähigkeitsorientierten Streitkräfteentwicklung behandelt. Diese orientiert sich an Fähigkeiten, welche die Armee erhalten oder aufbauen soll, um künftige Bedrohungen und Gefahren bewältigen zu können.

Soll-Termin: 29.02.2024

Revision Militärgesetz (MG) und Armeeorganisation (AO): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Revision des Militärgesetzes (MG) und der Armeeorganisation (AO) verabschieden. Die bestehenden Alimentierungsprobleme bei Armee und Zivilschutz, die Sicherung der Bestände der Armee sowie weitere Herausforderungen auf Grund des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels mitsamt den sich veränderten Bedrohungsformen verlangen nach weiteren gesetzlichen Anpassungen.

Soll-Termin: 24.04.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Alimentierung der Armee: Kurzfristige Massnahmen und mittelfristige Optionen

Sicherstellung des personellen Bestandes der Armee.
Kurzfristige Massnahmen sowie mittelfristige Optionen zur Verbesserung der Alimentierung sind in der Umsetzung.

Soll-Termin: 31.12.2024

Alimentierung der Armee: Aufzeigen Verbesserungen im Ausbildungsmodell

Mögliche Verbesserungen im Ausbildungsmodell der Armee sind aufgezeigt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Streitkräfteentwicklung: Erarbeitung Fähigkeitsorientierte Armeebotschaft

Längerfristige Ausrichtung und Weiterentwicklung der Armee.

Die fähigkeitsorientierte Armeebotschaft für die Legislaturperiode 2024 - 2027 ist unter Berücksichtigung aller relevanten Stakeholder erarbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Cyber: Sicherstellung Fähigkeitsaufwuchs

Fähigkeitsaufwuchs Cyber.

Der Fähigkeitsaufwuchs entlang der Option 3 der Gesamtkonzeption Cyber ist sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Cyber: Sicherstellung personelle Alimentierung

Die personelle Alimentierung der Cyber-Milizformationen sowie die vordienstliche Cyber-Ausbildung sind sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Programm FITANIA: Überführung in Cluster VERDAVA

Zusammenfassendes Programm zum Aufbau der Rechenzentren VBS/Bund, des Führungsnetzes Schweiz und der Telekommunikation der Armee.

Das Programm FITANIA ist in den Cluster VERDAVA überführt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Betriebsausgaben der Armee: Stabile Ausfinanzierung

Die Betriebs- und Investitionsausgaben der Armee müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Als Grundlage für eine stabile Ausfinanzierung der Armee sind im Rahmen der Streitkräfteentwicklung die zu erwarteten Betriebskosten berücksichtigt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Betriebsausgaben der Armee: Ausbau finanzieller Handlungsspielraum

Der militärstrategische finanzielle Handlungsspielraum ist im Rahmen der finanziellen Mittel gegenüber dem Vorjahr ausgebaut und ausgewiesen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie und Umwelt Schweizer Armee: Umsetzung und Kommunikation Zielbild und Strategie

Umsetzung der Strategie unter Berücksichtigung von Beiträgen zur Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung des Zielbilds und der Strategie Schweizer Armee erfolgt fortlaufend, konsequent und ist kommuniziert. Die prioritäre Ausrichtung der Ausbildung auf die Verteidigung ist dabei berücksichtigt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Eigenschutz der Armee und der Gruppe Verteidigung: Anpassung und Planung für weitere Erhöhung

Die Armee und die Gruppe Verteidigung müssen einen an die aktuelle sicherheitspolitische Lage angepassten Eigenschutz gewährleisten.

Der Eigenschutz der Armee und der Gruppe Verteidigung ist an die aktuelle sicherheitspolitische Lage angepasst. Für eine mögliche, weitergehende Erhöhung des Eigenschutzes ist die Planung erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Internationale Kooperation: Festlegung Ambitionsniveau und Start der Umsetzungsmassnahmen

Die Internationale Kooperation soll auf den Zusatzbericht zum sicherheitspolitischen Bericht 2021 ausgerichtet werden.

Ausgerichtet auf den Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 ist das Ambitionsniveau hinsichtlich Interoperabilität neu festgelegt. Die Umsetzungsmassnahmen zur Vertiefung der internationalen Kooperation sind lanciert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Ausbildung: Absprachen mit Kantonen

Geeignete Bedingungen für die Ausbildung der Armee.

Mit mehreren Kantonen sind Absprachen bezüglich des möglichen Erwerbs von geeignetem Übungsgelände für den "Kampf im überbauten Gelände" für Stufe Truppenkörper geführt.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE (ARMASUISSE)

PROJEKTE UND VORHABEN

NKF und Bodluv-System: Erbringung Beiträge 2024 gemäss Planung

Planmässige Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs sowie des Bodluv-Systems.
Erreichung der definierten Meilensteinziele 2024 der Projekte NKF und Bodluv GR zwecks Einführung der neuen Systeme.

Soll-Termin: 31.12.2024

ERP-Systeme Verteidigung/armasuisse: Beitrag von armasuisse zur Roadmap ERPSYSVAR

Die ERP-Systeme Verteidigung/armasuisse werden planmässig aufgebaut.
Die vereinbarten Beiträge der armasuisse zur Roadmap ERPSYSVAR sind planmässig erbracht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Erreichung der definierten Ziele 2024

Die Arbeiten zur Umsetzung des Klimapakets und der Umweltmassnahmen VBS werden planmässig fortgeführt.

Die definierten Ziele 2024 sind erreicht. Die Fortsetzung der Beschaffung von E -Fahrzeugen mit dem Ziel, einen Anteil von 40 % zu erreichen, ist sichergestellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

ARMASUISSE WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE (AR W+T)

PROJEKTE UND VORHABEN

Cyber-Defence Campus: Umsetzung Massnahmen und Lieferobjekte zur Strategie Cyber VBS

Der Auf- und Ausbau des Cyber-Defence Campus erfolgt planmässig.
Die Massnahmen und Lieferobjekte der Strategie Cyber VBS 2021–2024 sind gemäss Masterplanung für das Jahr 2024 umgesetzt respektive geliefert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Innovationsräume VBS: Steigerung Anzahl Vorhaben und Intensivierung Zusammenarbeit

Der weitere Auf- und Ausbau der Innovationsräume VBS wird planmässig fortgeführt.
Steigerung der Innovationsvorhaben und Intensivierung der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Forschungsprogramm Weltraum: Etablierung des Forschungsprogramms

Das Forschungsprogramm wird unter Einbezug der Akademie und nationalen Industrie weiter etabliert.
Erste Schritte zur Etablierung des Forschungsprogramms Weltraum unter Einbezug der Akademie und der nationalen Industrie sind realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Klimapaket VBS, Pilot- und Leuchtturmprojekt: Baubeginn der Wasserstoffanlage

Die Pilot- und Leuchtturmprojekte zum Klimapaket VBS werden fortgeführt.
Es wird mit dem Bau der Wasserstoffanlage (Defence Future Mobility Demonstrators VBS) in Thun begonnen.

Soll-Termin: 31.12.2024

ARMASUISSE IMMOBILIEN (AR IMMO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Immobilienprogramm Armeebotschaft 2024: Genehmigung Immobilienprogramm im Rahmen der Armeebotschaft

Das Immobilienprogramm wird im Rahmen der Armeebotschaft 2024 dargelegt.
Das Immobilienprogramm 2024 wird im Rahmen der Armeebotschaft 2024 genehmigt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Harmonisierung der Immobilienprozesse / ERP Systeme V/ar: Umsetzung und Datenmigration

Die Harmonisierung der Immobilienprozesse im Rahmen des Programms ERPSYSVAR wird fortgeführt.
Die Umsetzung der Datenbereinigung und der Datenmigration und Konzipierung des operationalen Change Managements ist planmässig umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Fortsetzung des Ersatzes von Ölheizungen und des Baus von Photovoltaikanlagen

Das Klimapaket und die Umweltmassnahmen VBS werden planmässig fortgeführt.
Die Fortsetzung des Ersatzes von Ölheizungen und des Baus von Photovoltaikanlagen erfolgt gemäss Plan.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO (SWISSTOPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Teilrevision des GeolG eröffnen. Das Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG) beinhaltet neu die rechtlichen Grundlagen für die neue Verbundaufgabe «Leitungskataster Schweiz».

Soll-Termin: 31.03.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) verabschieden. Das GeolG beinhaltet neu die rechtlichen Grundlagen für die neue Verbundaufgabe «Leitungskataster Schweiz». Es erfolgt eine Koordination und Vereinheitlichung auf nationaler Ebene zur Ver- und Entsorgung. Dadurch werden die Schadensrisiken an Infrastrukturen im Untergrund reduziert, die Digitalisierung im Sinne der E-Government Strategie unterstützt und ein Beitrag zur sicheren Versorgung mit Energie, Wasser und Kommunikation sowie zur Entsorgung geleistet. Bund und Kantone werden die Kosten zu gleichen Teilen (je 50 %) tragen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG): Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkung (ÖREB-Kataster) eröffnen. Es geht dabei um Anpassungen der rechtlichen Grundlagen des ÖREB-Katasters als Folge der im Jahr 2021 durchgeführten Evaluation. Im Detail werden die drei Punkte, «Auflösung von Doppelspurigkeiten mit dem Grundbuch», «Ersatzlose Streichung der Haftungsregelung» und die «Ergänzung des ÖREB-Katasters mit behördenverbindlichen Beschränkungen» neu geregelt.

Soll-Termin: 30.09.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Realisierung Pilot

Die Bundesgeodaten-Infrastruktur (BGDI) wird als Teil der NGDI und im Einklang mit der Strategie Geoinformation Schweiz weiterentwickelt.

Die nutzerorientierte Weiterentwicklung erfolgt als Teil der NGDI und im Einklang mit der Strategie Geoinformation Schweiz. Bis Ende 2023 wurden ein Konzept und Prototyp des NGDI-Portals erarbeitet. Dazu bezog man diverse Betroffene und Nutzende in Workshops ein. Darauf aufbauend wird bis Ende 2024 ein Pilot des NGDI-Portals entwickelt und der erste Release realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Konzept geologisches 3D Modell

Der geologische Untergrund soll durch die Bereitstellung von digitalen, flächendeckenden und harmonisierten Daten digitalisiert werden.

Umsetzung im Rahmen des Aktionsplans «Digitalisierung des geologischen Untergrunds» des Bundesrats. Dazu gehört, dass die volumetrische 3D-Modelle im Internet visualisiert und abgefragt werden können. Das Gittermodell im Pilotgebiet 1 des geologischen 3D-Modelles «Jura3D» wird fertiggestellt. Das Konzept für das geologische 3D-Modell «Alpen3D» wird fertiggestellt und die Realisierung geplant. Sowie die geologischen Archive in drei Kantonen werden digitalisiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie «Geoinformation Schweiz»: Weiterentwicklung der digitalen Plattform «Geoinformation Schweiz»

Mit der «Strategie Geoinformation Schweiz» wollen Bund und Kantone gemeinsam mit allen Beteiligten verlässliche, detaillierte, aktuelle und interoperable Geoinformationen zugänglich machen.

Die rollende Definition und Umsetzung der Massnahmen erfolgen nach Aktionsplan. Unter anderem wird die Förderung der Innovation für das «Ökosystems Geoinformation» sowie die Weiterentwicklung der digitalen Plattform im Vordergrund stehen, unter der Federführung des Koordinationsorgans für Geoinformation des Bundes (GKG) und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kompetenzzentrum Exploration: Start Aufbau Kompetenzzentrum

Aufbau und Etablierung des Kompetenzzentrums Carbon Capture and Storage (CCS), Geothermiepotenziale. Die Landesgeologie bei swisstopo startet mit dem Aufbau eines Kompetenzzentrums für CCS. Zusammen mit dem BFE, dem BAFU, Hochschulen und Partnern aus der Industrie wird abgeklärt, ob in der Tiefbohrung Trüllikon 1 (ZH) der Nagra die Realisierung einer CO₂-Injektion im Rahmen eines Pilotprojektes durchgeführt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neue Produktionsinfrastruktur (NEPRO): Beginn der Erneuerung und Start der Querschnittprojekte

Die Umsetzung der neuen Produktionsinfrastruktur (NEPRO) wird in der 2. Phase ordentlich und unter Berücksichtigung der EFK Empfehlungen weitergeführt.

Die umfassende Erneuerung der neuen Produktionsinfrastruktur hat begonnen. Die Querschnittsprojekte mit nachgewiesen erhöhtem Bedarf und Nutzen werden in Abstimmung mit den betroffenen Stakeholdern gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2024

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 einen Grundsatzentscheid in Bezug auf die Ausgestaltung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung, insbesondere betreffend die Mandatsbreite, die Verbindlichkeit der Entscheide sowie die rechtliche Struktur der Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» treffen.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Prüfung einer möglichen Klage gegen die Führungsorgane der CS (Po. 23.3439):

Rechtliche Auslegeordnung erstellt

Mit dem Postulat 23.3439 wird der Bundesrat aufgefordert, eine rechtliche Auslegeordnung vorzunehmen, um mögliche Verantwortlichkeiten von früheren und aktiven Führungsorganen der Credit Suisse aus Sicht des Staates und von Privaten für den vorliegenden Fall abzuklären. Diese Auslegeordnung soll sowohl zivil-, straf- und öffentlich-rechtliche Grundlagen berücksichtigen.

Die rechtliche Auslegeordnung (gemäss Po. 23.3439) ist erstellt.

Soll-Termin: 31.03.2024

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Wiederaufnahme des Projekts «Aufgabenteilung Bund-Kantone»: Entscheid zum weiteren Vorgehen

Im Juni 2019 hatten der Bundesrat und die Plenarversammlung der KdK das Mandat für ein Projekt «Aufgabenteilung II» gutgeheissen. Das Projekt wurde insbesondere wegen der Verschiebung der politischen Prioritäten aufgrund der Pandemie am 19. März 2021 sistiert. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Entscheid zum weiteren Vorgehen treffen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, ob die Arbeiten zu einer Aufgabenentflechtung wieder aufgenommen werden sollen, allenfalls mit einem veränderten Fokus.

Soll-Termin: 31.12.2024

Stabilisierung der Bundesfinanzen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einer Vorlage zur Stabilisierung der Bundesfinanzen eröffnen, um die Vorgaben der Schuldenbremse auch mittelfristig einhalten zu können.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wirksamkeitsbericht 2020–2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen: Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Wirksamkeitsbericht 2020–2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen gutheissen. Der Bericht beurteilt die Zielerreichung des Finanzausgleichs im Zeitraum 2020–2025 und schlägt Massnahmen zur Anpassung des Systems vor. Gleichzeitig wird der Bundesrat eine Vernehmlassung zum Bericht eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Wirksamkeitsbericht 2020–2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen:

Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2020–2025 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen zur Kenntnis nehmen und einen Entscheid zum weiteren Vorgehen fällen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Eidgenössische Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» und zum direkten Gegenentwurf verabschieden. Die Volksinitiative fordert, den Artikel 99 der Bundesverfassung zur Geld- und Währungspolitik dahingehend zu ergänzen, dass zum einen der Bund sicherstellt, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen, und zum andern ein Ersatz des Frankens durch eine andere Währung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden muss.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2024 erreicht

Das heute in der BVerw eingesetzte SAP R/3 wird nur bis Ende 2027 gewartet und deshalb mit SAP S/4HANA ersetzt. Dieser Technologiewechsel sowie die gleichzeitige Modernisierung und Standardisierung der Supportprozesse erfolgen in der BVerw mit dem Programm SUPERB. Der Umsetzung dieser Zielsetzungen in der EFV widmet sich der Cluster Finanzen SUPERB (Finanzen, Analytics) gemäss detaillierter Planung. Die Basis bilden die entsprechenden Umsetzungsaufträge.

Optimierungen zur Erreichung der Zielprozesse (Zielkernel) sind realisiert. Betriebsorganisation "Stammdaten" nach Projektabschluss ist aufgebaut. Rolle der EFV im Zusammenhang mit der Einführung von DevOps ist geklärt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Finanzstatistik: Beschaffung der Finanzdaten der Kantone und Gemeinden via E-Portal:

Go-Live E-Portal Finanzstatistik

Um die Beschaffung der Finanzdaten der Kantone zu automatisieren und die Produktion der Finanzstatistik zu beschleunigen, soll eine neue Datenbeschaffungsplattform entwickelt und an das E-Portal EFD angebunden werden.

Die Datenbeschaffungsplattform der Finanzstatistik ist realisiert und die technische Weisung des EFD ist in Kraft getreten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Überprüfung Eignerstrategien der verselbstständigten Einheiten des Bundes; Umsetzung Corporate Governance Leitsatz 17: Überprüfung der ersten Einheit per 31.12.2024 realisiert

Umsetzung des vom BR im Rahmen des Berichts zum Po. Abate 18.4274 ergänzten Corporate Governance Leitsatzes 17: Regelmässige Überprüfung der Eignerstrategie, der aktuellen Grundsätze der Corporate Governance sowie des öffentlichen Interesses an der Aufgabenerfüllung durch die verselbstständigte Einheit. Überprüfung gemäss Corporate Governance-Leitsatz 17 in Bezug auf die erste Einheit ist erfolgt; über die Resultate wird im Rahmen der CG-Berichterstattung Anfang 2025 informiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Electronic Exchange of Social Security Information (EESSI), Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit): Ende des Projekts

Für die EU-Mitgliedsstaaten gelten seit dem 1. Mai 2010 die neuen Gemeinschaftsverordnungen zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit. Die Schweiz wendet diese Verordnungen seit dem 1. April 2012 im Rahmen des Anhangs II des Personenfreizügigkeitsabkommens und seit dem 1. Januar 2016 im Rahmen der Beziehungen mit den EFTA-Mitgliedern an. Gemäss diesen Verordnungen müssen Papierformulare durch ein elektronisches Datenaustauschsystem zwischen den Sozialversicherungsträgern (EESSI) ersetzt werden. Das damit verbundene Projekt, das sich nach der mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vereinbarten Agenda richtet, hat zum Ziel, den Datenaustausch mit unseren EU/EFTA-Partnern auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um ein Grossprojekt, das die Anbindung an das EESSI-System sowie die notwendigen Anpassungen des IT-Systems der ZAS umfasst. Die Schnittstelle muss eine Vielzahl von verschiedenartigen Datenströmen bewältigen und eine hochkomplexe Fachlogik einbetten.

Das Projekt wird zum Ende des dritten Quartals 2024 abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.09.2024

UPI | eCH-V2, Harmonisierung von Sonderzeichen in amtlichen Registern: Projektabschluss

Ziel des Projekts ist es, die Namen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die Sonderzeichen enthalten (Norm ISO 8859 1 + Lateinisch, erweitert A), mit den richtigen, bzw. originalen Schriftzeichen in die amtlichen Register einzutragen.

Das Projekt wird Ende April 2024 abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.04.2024

MOSAR, Modernisierung des elektronischen Austauschs zwischen den AHV-Ausgleichskassen und dem Versichertenregister, Verbesserung Datenqualität und Geschäftsprozesse sowie neue Dienstleistungen für die Versicherten: Ende der Konzeptionsphase

Ziel dieses Projekts ist es, den elektronischen Austausch zwischen den AHV Ausgleichskassen und dem Versichertenregister zu modernisieren. Dabei geht es insbesondere darum, die Qualität der von den Ausgleichskassen an die Register gelieferten Daten zu verbessern, die Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten und den Versicherten neue Dienstleistungen anzubieten (Modernisierung von InfoRegister).

Die Konzeptphase des MOSAR-Projekts wird gemäss Planung des BSV Mitte 2024 abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Digitalisierung EO, Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: Aufbau einer Organisation mit dem BSV und den Nutzern in der Schweiz, um die Risiken im Zusammenhang mit der Einführung auf ein Minimum zu reduzieren.

Ziel des Projektes ist es die Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen (EO) mit allen beteiligten Partnern zu automatisieren bzw. den Datenfluss zu digitalisieren. Das Projekt ist Teil des BSV Programms «EO Digitalisierung».

Die ZAS wird bis Ende 2024 in Zusammenarbeit mit dem BSV und den Nutzern in der Schweiz eine Organisation aufbauen, mit der die Risiken im Zusammenhang mit der Einführung minimiert werden sollen.

Soll-Termin: 31.12.2024

AHV 21: Diese Reform zielt auf die Stabilisierung der AHV ab: Ende des Projekts

Das Projekt wird zum Ende des ersten Quartals abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.03.2024

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung der Münzgestaltung: Inbetriebnahme einer neuen Laserquelle und Anpassungen bei Stellenprofilen

Funktionsanpassungen und Modernisierung bei Maschinen.
Neue Maschinen werden in Betrieb genommen und Stellenprofile angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2024

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Informationsaustausch länderbezogener Berichte eröffnen. Mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen wird die Änderung des massgebenden Mindeststandards der OECD- und G-20-Staaten ins Schweizer Recht überführt. Damit setzt die Schweiz ihre Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz und zur Schaffung eines level playing field, d.h. gleich langer Spiesse, bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen fort.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bundesgesetz über die Transparenz von juristischen Personen und die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 eine Gesetzesvorlage zur erhöhten Transparenz und erleichterten Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen vorlegen. Die Vorlage wird ein zentrales Register zur Identifikation wirtschaftlich Berechtigter und neue Pflichten zur risikobasierten Aktualisierung von Informationen über effektiv Berechtigte beinhalten. Zudem werden Massnahmen zur Stärkung des Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei in die Gesetzesvorlage aufgenommen. Mit Vorlage der Botschaft wird der Bundesrat zugleich die Abschreibung des Postulates APK-N 22.3394 «Transparenz von Finanzflüssen» sowie der Motion Hurni 21.4396 «Zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung muss ein Register über die wirtschaftlich Berechtigten an juristischen Personen und Trusts eingeführt werden» beantragen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Änderung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Änderung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Informationsaustausch eröffnen. Mit der Vorlage wird die Änderung des massgebenden Standards der OECD ins Schweizer Recht überführt. Damit kommt die Schweiz ihrer internationalen Verpflichtung im Bereich der Steuertransparenz nach, was entscheidend zur Glaubwürdigkeit und Reputation des Schweizer Finanzplatzes beiträgt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen mit den Partnerstaaten: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) nach dem revidierten Standard (Common Reporting Standard; CRS) sowie ggf. zur Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs über Krypto-Vermögenswerte (Crypto-Asset Reporting Framework; CARF) mit den Partnerstaaten eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2024

FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einem FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA eröffnen. Mit dem neuen Modell-1-Abkommen würden Daten von den Finanzinstituten via die zuständigen Behörden automatisch auf gegenseitiger Basis ausgetauscht. Unter dem aktuellen Modell-2-Abkommen melden schweizerische Finanzinstitute die Kontodaten mit Zustimmung der betroffenen US-Kunden direkt an die US-Steuerbehörde. Daten über nicht zustimmende US-Kunden müssen die USA heute auf dem Amtshilfeweg (FATCA-Gruppenersuchen) anfordern. Zudem erhält die Schweiz heute keine Daten von den USA. Mit einem FATCA-Abkommen nach dem Modell 1 wären keine FATCA-Gruppenersuchen mehr notwendig und die Schweiz würde von den USA auch Daten über Schweizer Kunden erhalten.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision der Amtshilfebestimmungen des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Revision der Amtshilfebestimmungen des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG) eröffnen. Mit der Revision der Amtshilfebestimmungen im Finanzbereich bzw. insbesondere des FINMAG wird beabsichtigt, die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit von Schweizer Behörden und von Schweizer Finanzdienstleistern mit ausländischen Behörden zu verbessern.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Beschluss

Der Bundesrat wird die Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht «Digital Finance: Handlungsfelder 2022+» zur Verbesserung der Standortqualität für Digital Finance weiter verfolgen und im zweiten Halbjahr 2024 das weitere Vorgehen festlegen. Durch eine einfache und rechtssichere Nutzung digitaler Technologien sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Finanzdienstleistern, Technologieanbietern und weiteren Akteuren soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Finanzplatzes gestärkt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Beschluss

Die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort soll weiter gefestigt werden. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten, inkl. in der G20 und im Internationalen Währungsfonds (IWF). Auf der Grundlage einer Information zum Stand der Entwicklungen, insbesondere bezüglich Arbeiten zu Transparenz in den Bereichen Klima und Biodiversität, sowie zu Greenwashing, wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2024 das weitere Vorgehen, einschliesslich zu Massnahmen zur Stärkung der Schweizer Position als nachhaltiger Finanzstandort, festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes (FinfraG): Eröffnung Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Revision des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes eröffnen. Angesichts der Erfahrungen, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 2016 gemacht wurden, sowie der nationalen und internationalen Entwicklungen, sollen Transparenz und Rechtssicherheit in bestimmten Regulierungsbereichen weiter gestärkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Anpassung des Finanzmarktrechts im Hinblick auf innovative Geschäftsmodelle der Finanzinstitute (Bewilligungsformen für Fintech): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 eine Vernehmlassung zur Anpassung des Finanzmarktrechts eröffnen. Er kam in seinem Bericht vom 16. Dezember 2022 zum Schluss, dass der Schutz der Publikums-einlagen im Falle des Konkurses eines Instituts mit Bewilligung nach Art. 1b (Innovationsförderung) des Bankengesetzes ungenügend ist. Er erachtet deshalb eine Anpassung der Finanzmarktregulierung als notwendig. Zudem ist eine Erweiterung der Bewilligungsformen im Finanzmarktrecht zu prüfen, um dem Eintritt neuer Akteure Rechnung zu tragen. Ebenso sollen störende Hindernisse für technologische Lösungen (RegTech / SupTech) beseitigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht gemäss Art. 52 des Bankengesetzes (BankG) («Too-big-to-fail»): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den nächsten Bericht des Bundesrates zu den systemrelevanten Banken gemäss Artikel 52 des Bankengesetzes gutheissen. Die Ereignisse, welche zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS und den ergriffenen staatlichen Massnahmen geführt haben, sollen aufgearbeitet und das bestehende «Too-big-to-fail» Regelwerk umfassend evaluiert werden. Die Analyse wird externe Gutachten einbeziehen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage zur Finanzierung von Gebäudeschäden im Falle eines Erdbebens: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Ergebnisse der Vernehmlassung betreffend die Änderung der Bundesverfassung zur Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage zur Finanzierung von Gebäudeschäden im Falle eines Erdbebens zur Kenntnis nehmen. Die Kompetenz zur Regulierung von Naturgefahren, unter welche auch die Erdbeben fallen, liegt heute bei den Kantonen. Die neue Bundeskompetenz ebnet den Weg für eine Regulierung der Finanzierung von Gebäudeschäden im Falle eines Erdbebens auf Stufe Bund gestützt auf die Motion UREK-S 20.4329 «Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung».

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Steuerfragen aufgrund von Homeoffice: Begleitung innerstaatlicher Genehmigungsprozesse; Vertretung CH-Interessen in internationalen Gremien

Die Entwicklungen im Bereich des grenzüberschreitenden Homeoffice führen zu einer Vielzahl steuerlicher Fragen sowohl auf Seiten der Arbeitnehmenden als auch auf Seiten der Arbeitgebenden. Die Schweiz als Nettoimporteurin von Arbeitskräften ist von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Das EFD steht in engem Kontakt mit den Nachbarstaaten und hat namentlich mit Frankreich eine entsprechende Lösung vereinbart. Überdies begleitet das EFD die diesbezüglichen Arbeiten in internationalen Gremien. Das EFD begleitet die notwendigen innerstaatlichen Genehmigungsprozesse und vertritt die Interessen der Schweiz in internationalen Gremien.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verbesserung Marktzugang für Finanzinstitute mit ausgewählten Partnerstaaten: Verbesserung der Rahmenbedingungen mit einem Partnerstaat

Es geht um den Einsatz gegenüber ausgewählten Partnerstaaten für den Erhalt der Zugangsbedingungen und Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für das von Finanzinstituten grenzüberschreitend erbrachte Geschäft. Das EFD wirkt darauf hin, dass mit Partnerstaaten praktikable Lösungen zur des Marktzuganges erzielt werden können.

Die Rahmenbedingungen für das grenzüberschreitende Geschäft von Finanzinstituten sind mit einem Partnerstaat verbessert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Revision des DBA mit den USA: EFD hat die Verhandlungen durchgeführt

Das DBA CH-USA wurde 1996 unterzeichnet. 2009 wurde auf Ersuchen der USA ein Änderungsprotokoll verhandelt, welches 2019 von den USA ratifiziert wurde. Das Schweizer Interesse besteht in der Einführung des Nullsatzes auf Dividenden und der Anpassung des DBA an die aktuelle Abkommenspolitik beider Staaten. Der Nullsatz ist sowohl für in den USA tätige Schweizer Konzerne als auch für den Standort Schweiz von hoher Bedeutung.

Das EFD hat die Verhandlungen mit den USA zur Revision des DBA durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Erfüllung der Pflichten der Mitgliedschaft in der FATF: Projektorganisation ausgearbeitet, Bedarf ermittelt; ggf. Antrag an BR gestellt

Im Zuge der fünften Evaluationsrunde wird die Schweiz einen bedeutend grösseren Beitrag an die Personalressourcen des FATF-Prozesses leisten müssen. Zudem wird für die Länderprüfung der Schweiz ein zusätzlicher Personalaufwand anfallen.

Das EFD hat eine Projektorganisation ausgearbeitet, den Bedarf ermittelt und im gegebenen Fall dem Bundesrat Antrag gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Prüfung Rechtsgrundlagen zu Sonderziehungsrechten des IWF: EFD hat Anpassungsbedarf geprüft

Als Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhält die Schweiz sogenannte Sonderziehungsrechte (SZR) zugewiesen. Zuteilung, Charakter und Verwendung dieser SZR sind in den geltenden Schweizer Rechtsgrundlagen nur teilweise explizit geregelt. Im Hinblick auf eine mögliche künftige Verwendung von SZR sollen die entsprechenden rechtlichen Grundlagen überprüft werden.

Das EFD hat den Anpassungsbedarf betreffend die Rechtsgrundlagen geprüft.

Soll-Termin: 30.06.2024

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» und zum indirekten Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) verabschieden. Das Einkommen und das Vermögen jeder erwachsenen Person sollen einzeln besteuert werden. Die Höhe der Steuer bei einem Ehepaar bestimmt sich folglich grundsätzlich nach dem Einkommen und dem Vermögen des Individuums und nicht nach dem Gesamteinkommen und -vermögen der Eheleute. Mit der Individualbesteuerung werden Erwerbsanreize gesetzt und die Chancengleichheit von Mann und Frau verbessert.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbstständig Erwerbstätigen:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbstständig Erwerbstätigen verabschieden. Im Vordergrund steht die steuerliche Gleichbehandlung der mobilen Arbeitsformen und der Arbeit am Arbeitsplatz. Ausserdem soll der administrative Aufwand sowohl bei der steuerpflichtigen Person wie auch bei den Steuerbehörden verkleinert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bundesgesetz über die Besteuerung des mobilen Arbeitens im internationalen Verhältnis:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung des mobilen Arbeitens im internationalen Verhältnis verabschieden. Im Hinblick auf die Umsetzung des Zusatzabkommens zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich zur Besteuerung des Homeoffice wird eine explizite Norm im nationalen Recht geschaffen, um die Besteuerung von im ausländischen Homeoffice erwirtschaftetem Erwerbseinkommen in der Schweiz sicherzustellen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen» (in Erfüllung des Po. WAK-N 22.3384): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen» in Erfüllung des Postulats WAK-N 22.3384 gutheissen. Gemäss Postulat soll der Bundesrat prüfen, welche Vor- und Nachteile für die Schweiz bei einer Teilnahme am EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der Mehrwertsteuer bei elektronischen Gütern und Dienstleistungen resultieren können. Insbesondere sollen das Potenzial für neue digitale Dienstleistungen, die mögliche Entlastung für Schweizer KMU, notwendige Anpassungen gesetzlicher Grundlagen sowie die Bedeutung eines allfälligen Souveränitätsverlusts beleuchtet werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden» (in Erfüllung des Po. WAK-N 22.3396): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden» in Erfüllung des Postulats WAK-N 22.3396 gutheissen. Gemäss Postulat soll der Bundesrat im Bereich der Verrechnungssteuer eine Auslegeordnung zur schweizerischen Besteuerungspraxis vornehmen, die unterschiedlichen Konsequenzen der Dreieckstheorie und der Direktbegünstigungstheorie für die betroffenen Unternehmen darlegen und mögliche Lösungen sowie ihre Konsequenzen aufzeigen.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Umsetzung weiterer Vorhaben im Rahmen der Initiative

Digitalisierungsvorhaben werden zentral gesteuert und nach festgelegten Kriterien objektiv priorisiert. Dadurch sollen die Digitalisierungsziele der Bundesverwaltung im Generellen und jene der ESTV im Speziellen umfassend erreicht werden.

Die Vorhaben VSTKR I (Digitalisierung von prioritären Formularen) und ESTV Cockpit sind abgeschlossen, das Vorhaben Selfservice Stammdaten ist gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung Teilrevision des MWSTG und der MWSTV (Teil 1):

Prozesse der ESTV und die Systemlandschaft sind angepasst (UWM)

Die Umsetzung des Gesetzesvorhabens «Weiterentwicklung der MWST» führt in der ESTV u.a. zu Anpassungen in den Bereichen IT-Applikationen, Formulare, MWST- Praxis und interne Prozesse sowie der Organisation.

Alle Anpassungen bei den Prozessen, den Publikationen, der MWST-Praxis sowie in der Applikationslandschaft der ESTV sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Mindestbesteuerung / GLOBE: Abwicklung Mindestbesteuerung umgesetzt

Die Umsetzung der Verfassungsänderung zur Mindestbesteuerung erfolgt u.a. mit einer IT-Lösung.

Die "verfassungsrelevanten" IT-technischen Anforderungen an die Mindestbesteuerung sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Grenzgängerabkommen Frankreich (GGA FR): Abwicklung des Datenaustauschs zum GGA FR umgesetzt

Abwicklung des Datenaustauschs Grenzgänger CH / Frankreich.

Die gesetzlichen IT-technischen Anforderungen an einen Datenaustausch bezüglich Grenzgänger CH / Frankreich sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterer Funktionsausbau von Passar mit Release 2.0:

Entwicklung und Test der Funktionalität von Passar 2.0

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst. Der Warenverkehrsprozess wird dabei für alle Verfahren und Verkehrsarten vereinfacht und standardisiert. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübergang ohne Halt und damit verbunden eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft. Die Entwicklung für Passar 2.0 (Einfuhr) wird plangemäss abgeschlossen, die Tests durchgeführt und das Personal für die operativen Prozesse geschult.

Soll-Termin: 31.12.2024

Einführung des neuen Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystems:

Entwicklung, Test und Einführung der neuen Rapportierungslösung

Die Mitarbeitenden des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit führen künftig sogenannte 360-Grad-Zollkontrollen in den Bereichen Personen, Waren und Transportmittel durch. Im Rahmen des Programms DaziT wird dafür ein neues, einheitliches Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem geschaffen. Dieses löst die bestehenden Lösungen ab, welche nach Themenbereich getrennt sind.

Die Entwicklung der neuen Rapportierungslösung (Anpassungen der Standardsoftware) mit Fokus auf Passar 2.0 wird zusammen mit dem in der WTO-Ausschreibung evaluierten Partner abgeschlossen, getestet und die Schulung des operativen Personals durchgeführt. Die Einführung erfolgt per Ende 2024.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Migration Rechenzentrum CAMPUS BIT 2020: Abgeschlossener Rückbau des RZ-Titanic

Aufbau des neuen Rechenzentrums (RZ) CAMPUS in Frauenfeld und Auflösung des RZ Titanic, da der Betrieb dieser Anwendungen künftig aus dem RZ-PRIMUS (Fellerstrasse 15a, Bern) und/oder RZ-CAMPUS (Frauenfeld) erfolgt.

Rückbau der RZ-Infrastrukturen und Instandsetzung der RZ-Räumlichkeiten. Rückgabe der RZ-Räumlichkeiten an das BBL erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Entflechtung Büroautomation Gruppe Verteidigung:

Abschluss Migration 12'000 PC-Arbeitsplätze Gruppe V

Im Rahmen der "Entflechtung der IKT-Basisleistung" übernimmt das BIT die Leistungen für die Büroautomation von der Gruppe V.

Es sind alle 12'000 PC-Arbeitsplätze migriert und werden durch das BIT betrieben.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung Entflechtungsstrategie Fachanwendungen Basis:

Überführung von 12 Fachanwendungen ins BIT

Überführung von 64 VBS-Fachanwendungen im zivilen Gebrauch in den Betrieb des BIT, im Rahmen der "Entflechtung der IKT-Basisleistungen".

Bis Ende 2024 werden 12 weitere Fachanwendungen vollständig in das BIT überführt. Abschluss des Vorhabens ist Ende 2026.

Soll-Termin: 31.12.2024

E-ID Pilotphase: Abschluss "Public SandBox", Umsetzung erster Proof of Concept der Pilotprojekte

Aufbau der Vertrauens- und Supportinfrastrukturen für PoCs der Pilotprojekte "eLernfahrausweis", "ePerso" und Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV). Aufbau des Ökosystems eID-Vertrauensinfrastruktur mit Kantonen, Wirtschaft und Bürgern.

Die "Public Sandbox" der SSI-basierten Vertrauensinfrastruktur steht zur Verfügung und kann öffentlich zur Kenntniserlangung genutzt werden. Die geplanten PoC's sind umgesetzt und können produktiv zum Erkenntnisgewinn eingesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

PROJEKTE UND VORHABEN

SUPERB im HR-Bereich der Bundesverwaltung:

HR-Anwendungen eingeführt und hybrides Modell umgesetzt

Das EPA soll in der HR Informatik (HR IT) Anwendungen einführen, die digitalisierte und bundesweit harmonisierte Prozesse unterstützen. Im Bundesprogramm SUPERB werden HR IT Anwendungen eingeführt. Damit werden harmonisierte und digitalisierte Anwendungen für die Mitarbeitenden, Führungskräfte und die Personalbereiche zur Verfügung gestellt.

Die Einführung von HR Anwendungen und die Umsetzung des hybriden Modells mit SAP Human Capital Management for S/4HANA (H4S4) sind erfolgt. Im hybriden Modell werden mit der neuen SAP-Technologie H4S4 HR-Anwendungen lokal in den Netzwerken der Bundesverwaltung (On-Premise) betrieben und mit modernen Cloud-Anwendungen verbunden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neue Führungsausbildung: Neugestaltung der Führungsausbildung abgeschlossen

Umsetzung der neuen Führungsausbildung für alle Führungskräfte in der Bundesverwaltung mit dem Ansatz Blended Learning. "Blended Learning" bedeutet "integriertes Lernen" und bezeichnet eine Lernform, bei der die Vorteile von Präsenzveranstaltungen und E-Learning kombiniert werden.

Die Führungsausbildung für die rund 6'500 Führungskräfte der Bundesverwaltung wurde neu gestaltet. Weniger Präsenzunterricht, modularer Aufbau und neu mit Wiederholungskursen für bestehende Führungskräfte.

Soll-Termin: 30.06.2024

Fellowship Programm: Start des Innovation Fellowship der Bundesverwaltung

Innovation und Wissensaustausch sind unabdingbar, wenn die Bundesverwaltung bestmögliche Dienstleistungen erbringen will. Das Innovation Fellowship der Bundesverwaltung integriert Fachleute aus der Wirtschaft oder Wissenschaft für ein Jahr in Projekte der Bundesverwaltung. Es soll den Austausch zwischen den Talenten der Verwaltung und Wirtschaft sowie die Innovation in der Bundesverwaltung fördern.

Erste Fellows aus Wirtschaft oder Wissenschaft sind im Innovation Fellowship der Bundesverwaltung in Projekte der Bundesverwaltung integriert und bringen ihre Innovation ein. Im Vorfeld konnte bereits ein Pilot mit zwei Fellows in der Bundesverwaltung erfolgreich durchgeführt werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden» (in Erfüllung des Po. Romano 22.3658):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden» in Erfüllung des Postulats Romano 22.3658 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, ob das italienische Anti-Mafia-Zertifikat auch bei öffentlichen Beschaffungen in der Schweiz Pflicht werden kann und soll.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Unterbringungskonzept 2024: Verwaltungsneubau Guisanplatz 2. Etappe, die Gebäudehülle ist dicht

Die Gebäudehülle des Verwaltungsneubaus Guisanplatz 2. Etappe ist dicht.

Soll-Termin: 31.12.2024

WBF

GENERALSEKRETARIAT WBF (GS-WBF)

PROJEKTE UND VORHABEN

Stärkung der finanziellen Steuerung des Departementes WBF:

Ausbau und Einführung von Instrumenten und Prozessen

Mit der Umsetzung des BRB vom 16.11.2022 über die Stärkung der strategischen Steuerung des Bundesrates werden die Departemente ab 2025 aufgefordert, die interne finanzielle Steuerung zu verstärken. Neu wird pro Legislaturperiode ein Entwicklungsrahmen festgelegt. Die Möglichkeit, plafonderhöhende Mittel zu beantragen, entfällt. Die Departemente müssen die Veränderungen des Mittelbedarfs selber auffangen. Dazu braucht es ein neues internes Steuerungsmodell. Das GS-WBF wird unter Einbezug der VE des WBF Prozesse definieren, Instrumente entwickeln, das neue Steuerungsmodell in einer Weisung beschreiben und die notwendigen Anpassungen im Rahmen der Budgetierung 2025 umsetzen.

Soll-Termin: 30.04.2024

SUPERB – Nutzen und Synergiepotenziale im WBF:

Umsetzung der standardisierten Beschaffungsprozesse im WBF

Das Bundesprogramm SUPERB schafft die technischen Voraussetzungen für die Harmonisierung und Standardisierung der Supportprozesse der Bundesverwaltung (Finanzen, Personal, Beschaffung, Immobilien). In der anschliessenden Innovationsphase sollen Nutzen und Synergiepotenziale durch schlanke Prozesse und gemeinsame Datennutzung realisiert werden. Erste Ergebnisse sollen in den Bereichen Beschaffung und Stammdatenmanagement erzielt werden. Die Beschaffungsprozesse aller Einheiten des WBF werden nach dem Bundesstandard durchgeführt.

Soll-Termin: 23.09.2024

SUPERB – Nutzen und Synergiepotenziale im WBF:

Anbindung der Fachanwendungen an die Master Data Governance (MDG)

Ein Grossteil der Fachanwendungen des WBF ist direkt an das Modul MDG von S/4 HANA angebunden.

Soll-Termin: 31.10.2024

STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft:

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft eröffnen. Damit will er die Investitionsförderung in der Beherbergungswirtschaft optimieren. Die Förderung der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) soll noch stärker auf die Verbesserung der Strukturen und den Strukturwandel sowie die nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Neben dieser Schwerpunktsetzung durch Anreize sollen die Förderung flexibilisiert, die Funktion der SGH als Kompetenzzentrum für die Beherbergungsförderung verankert und das Gesetz formal modernisiert werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft zur Kenntnis nehmen. Darin wird er die Entwicklung der Schweizer Volkswirtschaft über die letzten Jahre beleuchten und eine Beurteilung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im internationalen Vergleich vornehmen. Vertieft wird er auf die Frage der gegenseitigen Abhängigkeiten im Kontext der globalen Wertschöpfungsketten sowie auf die Auswirkungen der industriepolitischen Initiativen im Ausland auf die Schweizer Volkswirtschaft eingehen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Reform der Wettbewerbsbehörden: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 einen Grundsatzentscheid hinsichtlich einer Reform der Wettbewerbsbehörden treffen. Er wird sich dabei auf eine umfassende Prüfung verschiedener Reformmöglichkeiten stützen, die insbesondere die Wettbewerbskommission (WEKO) und ihres Sekretariats sowie die Organisation der WEKO als Milizbehörde betreffen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Eindämmung von Wettbewerbsverzerrungen (in Umsetzung der Mo. Caroni 20.3531 und der Mo. Rieder 20.3532): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung mit Vorschlägen zur Eindämmung von Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen eröffnen. Die Vorlage dient als Grundlage zur Umsetzung der Motionen Caroni 20.3531 und Rieder 20.3532 «Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen».

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren» (in Erfüllung des Po. Pasquier-Eichenberger 20.3265):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Pasquier-Eichenberger 20.3265 gutheissen. Der Bericht untersucht die Auswirkungen neuer Arbeitsformen (z.B. Homeoffice). Er befasst sich mit den Rahmenbedingungen, Perspektiven und Auswirkungen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise» (in Erfüllung des Po. WAK-S 20.3132):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats der WAK-S 20.3132 gutheissen. Der Bericht untersucht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Schweizer Volkswirtschaft im internationalen Vergleich.

Soll-Termin: 30.06.2024

Neue Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam, Malaysia, Thailand und Kosovo: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die jeweiligen Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Vietnam, Malaysia, Thailand und Kosovo abschliessen und unterzeichnen. Ziel ist es, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu sichern sowie Rechtssicherheit zu schaffen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten verabschieden. Damit möchte er den Marktzugang zu den MERCOSUR-Staaten verbessern. Mercosur ist mit seinen 260 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern bereits heute ein wichtiger Zielmarkt mit grossem Wachstumspotential für die Schweizer Exportwirtschaft.

Soll-Termin: 31.12.2024

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Moldawien: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Genehmigung des Freihandelsabkommens (FHA) zwischen den EFTA-Staaten und Moldawien verabschieden. Der Abschluss eines FHA mit den EFTA-Staaten würde es Moldawien ermöglichen, ihren wirtschaftlichen Integrationsprozess weiterzuentwickeln und Schweizer Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Produktionsketten in Moldawien zu erweitern.

Soll-Termin: 30.06.2024

Digitalabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Singapur: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Digitalabkommen mit Singapur verabschieden. Mit dem Digitalabkommen wird die Rechtssicherheit im digitalen Handel mit Singapur verbessert, mögliche Diskriminierungen gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern vermieden, der freie und sichere Datenfluss unter Einhaltung spezifischer Massnahmen zum Schutz von Personendaten sichergestellt und die Zusammenarbeit der Schweiz mit Singapur im Bereich des digitalen Handels gefördert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung verabschieden. Aufgrund der ausserordentlichen Finanzierungsbedürfnisse für die Ukraine wird der Bundesrat eine Beteiligung an einer Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) beantragen. Diese gehört zu den multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen, die für die Schweiz prioritär sind.

Soll-Termin: 31.12.2024

Kapitalerhöhung der Weltbank: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Kapitalerhöhung der Weltbank verabschieden. Aufgrund zusätzlicher Finanzierungsbedürfnisse im Zusammenhang mit globalen Krisen, namentlich der Auswirkungen des Ukrainekrieges, der Klimakrise, zunehmender Fragilität, und Pandemien steht bei der Weltbank eine mögliche Kapitalerhöhung im Raum. Konkretisiert sich das Unterfangen, wird der Bundesrat eine Beteiligung der Schweiz an einer Kapitalerhöhung der Weltbank beantragen.

Kapitalbeteiligungen sind Investitionen, welche aus spezifisch dafür vorgesehenen Verpflichtungskrediten finanziert werden. Diese gehört zu den prioritären multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag an die Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) 2025–2028: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Beitrag an die Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds der Asian Development Bank (ADB) beschliessen. Mit dem Beitrag wird sich der Bundesrat für einen wohlhabenden, widerstandsfähigen und nachhaltigen Asien- und Pazifikraum einsetzen und die Bemühungen zur Beseitigung der extremen Armut fortsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen verabschieden. Die Botschaft setzt die Motion Ettlín 20.4738 und die Motion WAK-N 21.3599 um. Gemäss der Motion Ettlín 20.4738 sollen zukünftig Mindestlöhne in allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen gesetzlichen kantonalen Mindestlöhnen vorgehen. Gemäss der Motion WAK-N 21.3599 sollen die paritätischen Kommissionen von Gesamtarbeitsverträgen verpflichtet werden, zukünftig ihre Jahresrechnungen zu publizieren.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Spekulation mit Nahrungsmitteln» (in Erfüllung des Po. APK-N 22.3870):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Spekulation mit Nahrungsmitteln» zum Einfluss der Spekulation auf den Preis von Nahrungsmitteln gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft über das Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS) verabschieden. Die Initiative zu den Verhandlungen über das Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit mit Costa Rica, Fidschi, Island, Neuseeland und Norwegen (Agreement on climate change, trade and sustainability, ACCTS) wurden im Kontext der WTO gestartet, sie erfolgen aber formal ausserhalb der WTO. Ziel ist es, Fortschritte beim Thema Handel und Umwelt in einer Gruppe von Ländern zu erarbeiten, die ähnliche Positionen vertreten. Nach Abschluss der Verhandlungen soll das Abkommen durch den Beitritt weiterer Länder an Bedeutung gewinnen und die Bestimmungen des ACCTS sollen auch als Referenz für weitere Verhandlungen im Rahmen der WTO dienen. Der Inhalt der Verhandlungen ist neuartig und umfasst vier Themen: Liberalisierung von Umweltgütern, Verpflichtungen bei Umweltdienstleistungen, Leitlinien für freiwillige Umweltzeichen und Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2025–2028: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 verabschieden. Darin wird er voraussichtlich fünf Verpflichtungskredite beantragen, um die bewährten Instrumente der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz zu Gunsten der Entwicklungsländer fortzusetzen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Wiederauffüllung Grüner Klimafonds (GCF): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zu der Beteiligung der Schweiz an der Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds (GCF) verabschieden. Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 wird der Bundesrat einen Beitrag an der Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds beantragen. Dieser gehört zu den multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen, die für die Schweiz prioritär sind.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Zugang zum EU-Binnenmarkt: Aktualisierung des Abkommens über technische Handelshemmnisse

Für die Schweiz sind der weitgehend unbeschränkte Zugang zum EU-Binnenmarkt sowie Kooperationen mit der EU in ausgewählten Interessenbereichen von zentraler Bedeutung. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des bilateralen Weges bleiben das prioritäre Ziel.

Das Medizinproduktekapitel ist komplett aktualisiert, d.h. einschliesslich Aktualisierung betreffend in vitro Diagnostika.

Soll-Termin: 31.12.2024

Zugang zum EU-Binnenmarkt: Unterstützung der Sondierungen und allfälligen Verhandlungen Schweiz-EU

Die Sondierungsgespräche mit der EU sind unterstützt, die gemeinsamen «Landezonen» insbesondere in den Bereichen Personenfreizügigkeit und staatliche Beihilfen konkretisiert und die definierten Eckwerte in allfällige Verhandlungen eingebracht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Informatikprojekt ASALfutur: Einführung ASAL 2.0

Mit ASALfutur wird die Modernisierung und weitere Digitalisierung der Abwicklung und Auszahlung der Arbeitslosenversicherungsleistungen umgesetzt. Ziel ist die Ablösung der alten ASAL Lösung durch die moderne Lösung ASAL 2.0.

Erfolgreiche Einführung ASAL 2.0.

Soll-Termin: 31.12.2024

RUMBA-Umweltziel 2024: Vollständige Kompensation der CO₂-Emissionen des SECO

Am 15.3.1999 hat der Bundesrat die Schaffung des systematischen Ressourcen- und Umweltmanagements der Bundesverwaltung RUMBA beschlossen. Für dessen Umsetzung hat er die Fachstelle RUMBA im Bundesamt für Energie geschaffen. RUMBA umfasste im Jahr 2020 im Durchschnitt 17'175 Vollzeitäquivalente, die in 46 RUMBA-Einheiten organisiert sind. Das System deckt vor allem den Gebäudebereich (Strom, Wärme, Wasser und Abfall) sowie den Papierverbrauch und die Dienstreisen ab. Die Treibhausgasemissionen werden vollständig kompensiert.

Soll-Termin: 31.12.2024

Unternehmensentlastungsgesetzes (UEG) und Portal EasyGov: Umsetzung UEG und Ausbau Easygov

Abschluss der Arbeiten zur Umsetzung des UEG und Ausbau des Portals EasyGov. Damit ein Abbau von Regulierungskosten möglich wird, muss das UEG wirkungsvoll umgesetzt werden. Abhängig von den Entscheidungen des Parlaments wird der Bundesrat 2024 über das Inkrafttreten des Gesetzes bestimmen. Daneben umfasst die Umsetzung im Jahr 2024 neue Verordnungen resp. -anpassungen, die Bereitstellung neuer Hilfsmittel sowie die Weiterentwicklung von EasyGov.

Soll-Termin: 31.12.2024

Grosse Infrastrukturprojekte: Verbesserung des Zugangs zu grossen Infrastrukturprojekten

Verbesserung des Zugangs zu grossen Infrastrukturprojekten. Die operative Umsetzung zur Verbesserung des Zugangs von Schweizer Exporteuren zu wichtigen Infrastrukturvorhaben ist in allen Bereichen gestartet und planmässig vorangekommen. Dies unter spezieller Berücksichtigung von Änderungen, welche sich im Markt ggf. durch die Pandemie ergeben haben.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verstetigung der Schweizer Beiträge an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten:

Schaffung einer juristischen Grundlage

Der Bundesrat will als Nachfolge für das bis Ende 2024 befristete BG Ost eine neue gesetzliche Grundlage für die Ausrichtung von künftigen Schweizer Kohäsionsbeiträgen an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten schaffen. Über die Anwendung des Gesetzes – im Rahmen eines Verhandlungspakets mit der EU oder auch autonom – kann später entschieden werden.

Eine juristische Grundlage zur Verstetigung der Schweizer Beiträge an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten wird geschaffen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wiederaufbau Ukraine: Teilnahme in der Arbeitsgruppe und Umsetzung der Massnahmen zum Wiederaufbau

Der Wiederaufbau der Ukraine wird ein Jahrzehnteprojekt sein, in dem sich die Schweiz engagieren wird. 2023 haben EDA/WBF alle bilateralen und multilateralen Instrumente, die der Schweiz zur Verfügung stehen, evaluiert und in einem/einer BRB/Botschaft Massnahmen zum Wiederaufbau der Ukraine definiert. Die Massnahmen zum Wiederaufbau der Ukraine werden im Rahmen des/der BRB/Botschaft «Wiederaufbau Ukraine» umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (BLW)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (in Umsetzung der Mo. WAK-S 22.4253): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht eröffnen. Im Vordergrund steht die Stärkung des Selbstbewirtschaftungsprinzips, der Stellung der Ehegattinnen und Ehegatten und des Unternehmertums. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine gute überbetriebliche Zusammenarbeit und für wirtschaftliche Betriebsstrukturen verbessert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Landwirtschaftliche Zahlungsrahmen 2026–2029: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zu den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026–2029 verabschieden. In Abstimmung mit den Beschlüssen des Parlaments zur Agrarpolitik ab 2022 und dem Legislaturfinanzplan werden die Höchstbeträge der landwirtschaftlichen Zahlungskredite und der Verpflichtungskredit für die Strukturverbesserungen für die Jahre 2026–2029 festgelegt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision des Landwirtschaftsgesetzes (in Umsetzung der Mo. Fraktion BD 19.3445): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes und allfälliger weiterer Gesetze verabschieden. Mit den Gesetzesanpassungen soll sichergestellt werden, dass die Partnerinnen und Partner von Bäuerinnen und Bauern im Scheidungsfall für ihre Arbeit finanziell angemessen entschädigt werden.

Soll-Termin: 30.09.2024

Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik ab 2022: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die aufgrund der Revision des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) notwendigen Verordnungsanpassungen verabschieden und zusammen mit dem Gesetz in Kraft setzen. Damit werden die Neuerungen der LwG-Revision wie die bessere soziale Absicherung von mitarbeitenden Ehegattinnen und Ehegatten oder die Verbilligung der Ernteversicherungsprämien auf Verordnungsstufe konkretisiert.

Soll-Termin: 31.10.2024

Bericht «Einkommen der Bauernfamilien» (in Erfüllung des Po. Bulliard 21.4585):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Bulliard 21.4585 über die Einkommenssituation der Bauernfamilien verabschieden. Der Bericht wird unter anderem die Einkommenssituation der Bauernfamilien mit den Löhnen in der Wertschöpfungskette vergleichen, die Rolle des Nebenerwerbs aufzeigen und Massnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation in der Landwirtschaft thematisieren.

Soll-Termin: 30.04.2024

Bericht «Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt» (in Erfüllung des Po. WAK-S 22.4252):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats WAK-S 22.4252 betreffend Wettbewerbssituation im Lebensmittelbereich verabschieden. Der Bericht wird die Wettbewerbssituation im Schweizer Agrar- und Lebensmittelmarkt vor dem Hintergrund der hohen Konzentration analysieren und beurteilen. Er wird aufzeigen, ob zusätzliche Instrumente notwendig sind, um allfällige negative Auswirkungen dieser Konzentration abzufedern.

Soll-Termin: 31.12.2024

Reformvorschläge zu den Auswirkungen verschiedener Bundessubventionen auf die Biodiversität:

Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Wirkung von acht Instrumenten in der Landwirtschaft, der Waldbewirtschaftung und der Regionalpolitik auf die Biodiversität vertieft untersuchen und darauf basierend über allfällige Reformvorschläge entscheiden. Der Bund finanziert zahlreiche Massnahmen, um den Biodiversitätsschwund aufzuhalten. Gewisse Subventionen haben jedoch einen gegenteiligen Effekt und schädigen die Umwelt direkt oder indirekt. Mit dem Beitritt zur Biodiversitätskonvention hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, biodiversitätsschädigende Subventionen abzuschaffen oder umzugestalten.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement «digiFlux»: Inbetriebnahme

Am 19.3.2021 hat das Parlament im Rahmen der Pa. Iv. 19.475 Gesetzesänderungen zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln und Düngern beschlossen. Der Bund wird verpflichtet, ein zentrales Informationssystem zu deren Erfassung zu betreiben.

Ende 2024 soll die Realisierungseinheit 1 des Projektes produktiv gehen, damit die ab 1.1.2025 geltende Meldepflicht zur Erfassung von Pflanzenschutzmittellieferungen und -anwendungen umgesetzt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Vereinheitlichung Webauftritt BLW (www.blw.admin.ch): Inbetriebnahme

Ziel des Projektes «www.blw.admin.ch» ist es, alle Informationen des BLW unter dem Dach der Website blw.admin.ch zu publizieren. Text- und datenbasierte Informationen sollen integriert und möglichst einfach zugänglich gemacht werden. Der bisherige Internetauftritt des BLW, die Publikation der Marktanalysedaten und der Agrarbericht sollen zusammengeführt werden.

Die neue Website soll in der zweiten Jahreshälfte 2024 aufgeschaltet werden. Damit wird der Auftritt des BLW vereinheitlicht, die Informationen benutzerfreundlicher und die Kommunikation für das BLW vereinfacht.

Soll-Termin: 31.12.2024

AGROSCOPE (AGROSCOPE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Stoffflüsse und Absenkpfade: Factsheets zu den Massnahmen zur Schliessung der Ziellücken der Umweltziele Landwirtschaft

Die Verbesserung der Nährstoffeffizienz ist eine prioritäre Herausforderung der Landwirtschaft. Agroscope erarbeitet und entwickelt Massnahmen zur Reduktion von Stickstoff- und Phosphoremissionen. Wirksame und praxistaugliche Massnahmen werden durch Agroscope definiert als Beiträge zur Schliessung der Ziellücken bei den Umweltzielen Landwirtschaft und zur Erreichung des Absenkpfadestickstoff (N) und Phosphor (P). Die Massnahmen mit dem grössten Potenzial für den Absenkpfadestoffflüsse P und N sind definiert und entsprechende Factsheets sind erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Reduktion von Risiken aus Pflanzenschutzmittel: Berechnung der Risikoindikatoren (Gesamtrisikopotenziale der in der Schweiz verkauften Pflanzenschutzmittel im Zeitablauf)

Mit dem im September 2017 durch den Bundesrat verabschiedeten nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel (ausgelegt für 10 Jahre) werden Ziele und Massnahmen für die weitergehende Risikoreduktion und nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln definiert. In Anlehnung an die Ziele des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutzmittel (NAP-PSM) werden Verfahren, Technologien und ganzheitliche Pflanzenschutzstrategien weiterentwickelt, welche den Bedarf für den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel senken. Die Risikoindikatoren sind bezüglich neuer Aktivsubstanzen und produktspezifischer Auflagen aktualisiert. Die jährliche Berechnung der drei Risikoindikatoren (Grundwasser, Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume) zeigen den zeitlichen Verlauf der Gesamtrisikopotenziale der in der Schweiz verkauften Pflanzenschutzmittel.

Soll-Termin: 31.12.2024

Systemansatz Agrar- und Ernährungsforschung:
Neuprogrammierung des Produktionsmodells green DSS-ESSA

Zur Unterstützung des Zukunftsbildes 2050 gemäss Bericht zum Postulat 20.3931 "Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik vom 22. Juni 2022" braucht es in der Agrar- und Ernährungsforschung eine Stärkung der Systembetrachtung.

Agroscope baut seine Modelle und Expertise im Bereich Ernährung als Ergänzung zur Agrarwirtschaft aus und stärkt damit die Forschungskompetenzen zur Unterstützung des Zukunftsbildes 2050. Ein wichtiger Schritt ist 2024 die Neuprogrammierung des "Decision Support System: Ernährungssicherungsstrategie Angebotslenkung" (green DSS-ESSA).

Soll-Termin: 31.03.2024

Umsetzung der Standortstrategie: Realisierung geplanter Umzüge und Vorarbeiten für den Bezug des Laborgebäudes in Posieux

Nach dem Entscheid des Bundesrats vom Mai 2020 zur Standortstrategie Agroscope startete das Umsetzungsprojekt. Als Grundlage für die ab 2022 bevorstehende Verschiebung von Forschungsaktivitäten fokussiert die Detailplanung auf die bedarfsorientierte Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und deren Optimierung.

Die für das Jahr 2024 geplanten Umzüge von Forschungsgruppen vom Standort Wädenswil ans Reckenholz sind in Umsetzung. Im Hinblick auf den Bezug des neuen Laborgebäudes in Posieux im Jahr 2026 sind die notwendigen Vorarbeiten für die Zuzüge von den Standorten Wädenswil, Reckenholz und Liebefeld nach Posieux erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verwendung der Effizienzgewinne für Versuchsstationen:

Analyse des Umsetzungsstands der dezentralen Versuchsstationen

Bestandteil der Standortstrategie Agroscope ist der Aufbau von Versuchsstationen zusammen mit Kantonen und Branchen.

Die Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den Kantonen und Branchen zu den dezentralen Versuchsstationen wurden 2021 und 2022 abgeschlossen. In der Folge wurden die ersten Projekte nach dem "Ko-Kreation-Ansatz" entwickelt und gestartet. 2024 wird der Umsetzungsstand analysiert und eine erste Bilanz der erreichten Ergebnisse gezogen.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG (BWL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision Landesversorgungsgesetz (LVG): Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Durch eine Teilrevision der gesetzlichen Grundlage für die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) soll deren Organisation und Funktionsweise optimiert werden. Dazu werden auch neue Erkenntnisse insbesondere aus der Energiekrise einbezogen. Zudem sollen die möglichen Interventionsmassnahmen und das dazugehörige Instrumentarium flexibler und differenzierter ausgestaltet werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Energieversorgung Strom- und Gasmangellage: Einführung Gas-Monitoring

Bei der Strom- und Gasversorgung die Handlungsfähigkeit im Bewirtschaftungsfall erhöhen. Beim Einsatz von Bewirtschaftungsmassnahmen muss deren Wirksamkeit innert angemessener Frist und gestützt auf aussagekräftige Datengrundlagen überprüft werden können. Dazu ist ein permanentes Gas-Monitoring notwendig. Diese mittel- und langfristige Lösung soll über eine WTO-Ausschreibung beschafft werden. Die erforderlichen Schulungen müssen durchgeführt und die Schnittstellen zu den Umsystemen (ELD NAZ, Energiedashboard) implementiert werden.

Soll-Termin: 30.09.2024

Pflichtlagerüberprüfung Grundnahrungsmittel:

Analyse Zusammensetzung Pflichtlager Grundnahrungsmittel

Darlegen wie sich der Fachbereich das Vorgehen für die Grundnahrungsmittel im nächsten Vierjahreszyklus vorstellt. Aktualisierung der Pflichtlagerhaltung im Ernährungsbereich. Aktualisierung der Pflichtlagerhaltung im Ernährungsbereich. Nach dem Entscheid zu SR 531.215.111, dem strategischen Prüfbericht und der Implementierung der WL-Reform findet der Fachbereich signifikant geänderte Rahmenbedingungen vor, die auf die Auswirkungen 2025–2029 geprüft werden müssen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Monitoring Heilmittel und Medizinprodukte: Applikation Monitoring bei Medizinprodukten

Digitalisierung und Automatisierung der Meldeplattform Humanarzneimittel. Aufbau einer Meldeplattform für Medizinprodukte.

Die Applikation zum punktuellen Monitoring bei Medizinprodukten wird eingesetzt, um Abfragen zu aktuellen Marktdaten (Lagerbestände, Absatzzahlen, erwartete Liefermengen für die kommenden Monate usw.) bei den Lieferanten von Medizinprodukten zu generieren und die Daten anschliessend auszuwerten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Monitoring Heilmittel und Medizinprodukte:

Monitoring und Analyse von Versorgungsstörungen bei Humanarzneimitteln

Studie zur Umsetzung Digitalisierung und Automatisierung der Meldeplattform Humanarzneimittel z.H. Bundesrat. Entscheid BR im ersten Quartal 2024 über das gewünschte Ausbauziel. Die Umsetzung und der geforderte Ausbau der Plattform wird ab 2024 je nach Ausbauziel noch mehr Ressourcen erfordern.

Soll-Termin: 31.03.2024

Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten im Krisenfall:

Optimierung der Sicherstellung von Transportkapazität bei Versorgungskrisen

In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Verkehrsträgern die Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten im Krisenfall sicherstellen.

Bestehende Vorbereitungsmaßnahmen (u.a. hinsichtlich Prozesseffektivität und effizienten Nutzung Digitalisierungspotential, Schnittstelle zum ASTRA, resp. BAV und Kantonen) zur Aufrechterhaltung von Transportkapazitäten auf der Strasse und Schiene in Versorgungskrisen analysieren und optimieren.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN (BWO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Unterstützung der Rechtskommission von National- und Ständerat bei der Umsetzung von parlamentarischen Initiativen im Mietrecht. Vernehmlassung und Stellungnahme des Bundesrates

Das BWO ist zuständig für das Mietrecht. Es unterstützt Bundesrat und Parlament bei der Ausarbeitung und Revision der gesetzlichen Grundlagen.

Im Parlament ist die Behandlung mehrerer parlamentarischer Initiativen im Mietrecht hängig. Das BWO unterstützt die Rechtskommissionen beider Räte bei der Ausarbeitung von Vernehmlassungsgrundlagen und bereitet gestützt auf die Ergebnisse eine Gesetzesrevision vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wohnungspolitik: Erarbeitung von Massnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Zusammenarbeit mit Kantonen, Städten und Gemeinden und der Immobilienwirtschaft

Behandlung wohnungspolitischer Themen zur Unterstützung der Arbeit und Entscheidungsfindung von Bundesrat und Parlament.

Im Hinblick auf die sich abzeichnende Wohnungsknappheit führt das BWO einen runden Tisch durch. Die dort diskutierten Massnahmen sollen namentlich zur Steigerung der Wohnungsproduktion beitragen und in Zusammenarbeit mit Kantonen, Städten, Gemeinden und der Bau- und Immobilienwirtschaft entwickelt werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wohnungspolitik: Erarbeitung des Postulatberichts 22.4289 «Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung in der Schweiz seit 2002»

Der Ständerat hat am 6. März 2023 das Postulat 22.4289 überwiesen. Das BWO wird den entsprechenden Postulatbericht innerhalb von zwei Jahren erarbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wohnungspolitik: Erarbeitung des Postulatberichts 22.4290 «Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung»

Der Ständerat hat am 6. März 2023 das Postulat 22.4290 überwiesen. Das BWO wird den entsprechenden Postulatbericht innerhalb von zwei Jahren erarbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung im Themenbereich «Wohnungswesen»:

Ausschreibung und Auswahl von Projekten zum Themenschwerpunkt «Wohnungswesen»

Das Programm «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung» soll lokale, regionale und kantonale Akteure dazu anregen, innovative Ansätze zu entwickeln und auszuprobieren. Für den Zeitraum 2025–2029 werden Projekte im Rahmen des Themenschwerpunkts «Wohnen» unter der Leitung des BWO unterstützt. Für die neue Serie der Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung 2025 - 2029 werden Projekte gesucht und ausgewählt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wohnungs-Bewertungs-System (WBS):

Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten zur Umsetzung der Automatisierung

Das Wohnungs-Bewertungs-System (WBS) ist ein Instrument zum Planen, Beurteilen und Vergleichen von Wohnbauten. Mit 25 Kriterien wird in den drei Bereichen Wohnstandort, Wohnanlage und Wohnung der Gebrauchswert ermittelt. Dabei stehen der konkrete Nutzen sowie der Mehrwert für die Bewohnerschaft im Vordergrund.

Zur Steigerung der Anwenderfreundlichkeit soll die Bewertung beim Wohnungs-Bewertungs-System WBS weitgehend automatisiert durchgeführt werden können. Damit soll der Bewertungsprozess neu und effizienter gestaltet werden, so dass auch Dritte das WBS vermehrt einsetzen können. Aufgrund der im 2023 durchgeführten Vorstudie und des Umsetzungskonzepts wird ein Auftragnehmer für die Realisierung gesucht.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENTST (ZIVI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (ZDG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung eröffnen zu einer Gesetzesänderung, mit dem Ziel einer substanziellen Senkung der Anzahl Zulassungen zum Zivildienst. Mit dieser Revision setzt der Bundesrat den Auftrag aus der Motion SVP 22.3055 «Armeebestand mittels Massnahmen beim Zivildienst stärken» um. Zur Durchsetzung der Verfassungsvorgabe, wonach keine freie Wahl zwischen Militärdienstpflicht und Leisten eines zivilen Ersatzdienstes besteht, sowie als Beitrag zur Sicherung der Armeebestände soll insbesondere die Zahl der Abgänge von Armeeangehörigen nach bestandener Rekrutenschule sowie von Fachspezialisten und Kadern der Armee in den Zivildienst gesenkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Mittelfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems:

Änderung BZG, MG und ZDG: Fahrplan gemäss VBS

Antragsstellung an den Bundesrat zur Änderung ZDG.

Mitarbeit zur Antragstellung VBS an den Bundesrat zur Änderung des BZG, des MG und des ZDG (Umsetzung Alimentierungsbericht erster Teil).

Soll-Termin: 28.02.2024

Langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems: Mitarbeit zur Antragstellung VBS an den Bundesrat zur Initiierung einer Verfassungsänderung zu Änderungen im Dienstpflichtsystem

Zusammenarbeit mit dem VBS zur Konkretisierung der Modelle «Bedarfsorientierte Dienstpflicht» und «Sicherheitsdienstpflicht» (Federführung VBS).

Die Federführung liegt beim VBS.

Soll-Termin: 31.12.2024

Erhöhung der Wirksamkeit der Zivildienstesätze: Antragstellung an den Bundesrat zu Änderung von ZDG oder ZDV für erweiterte Einsatzformen für Zivildienstpflichtige zur Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen

Vorbehältlich BRB 2023 für eine Erweiterung der Einsatzformen.

Der Evaluationsbericht zu den versuchsweisen Einsätzen zwischen 2022 und Juni 2023 liegt erst im zweiten Semester 2023 vor. Erst dann wird geklärt, ob Normänderungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe oder nur auf Verordnungsstufe erforderlich sind, vorausgesetzt der Bundesrat spricht sich 2023 für eine Erweiterung der Einsatzformen aus.

Soll-Termin: 30.06.2024

Digitale Transformation ZIVI: Änderung der Verordnung über das Informationssystem des Zivildienstes

Steuerung und Führung des agil geführten Projekts Neue Fachanwendung ZIVI in der Phase Umsetzung im Rahmen der amtspezifischen Strategie Digitale Transformation.

Antragstellung an den Bundesrat zur Änderung der Verordnung über das Informationssystem des Zivildienstes.

Soll-Termin: 31.08.2024

Digitale Transformation ZIVI: Betriebsaufnahme (Minimum Viable Product) Neue Fachanwendung

Falls und soweit für den Betrieb der Neuen Fachanwendung erforderlich wird die Aufbau- und Ablauforganisation des ZIVI entsprechend angepasst.

Soll-Termin: 30.09.2024

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE (SAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Kundenzufriedenheit: Beschluss über Massnahmen

Jährlich wird auf Grundlage einer strukturierten Befragung die Zufriedenheit der Konformitätsbewertungsstellen (KBS) mit den Dienstleistungen der SAS durchgeführt.

Auf Grundlage der entsprechenden Ergebnisse werden Massnahmen zur laufenden Verbesserung der Dienstleistungen bis Ende März geprüft und beschlossen.

Soll-Termin: 31.03.2024

Peer Evaluation durch die EA (European co-operation for Accreditation): Resultat

Die SAS wird periodisch mittels Peer Evaluation geprüft. Die Vorgaben sind in der Norm ISO/IEC 17011: 2017 «Konformitätsbewertung – Anforderungen an Akkreditierungsstellen, die Konformitätsbewertungsstellen akkreditieren» sowie in Direktiven der EA festgehalten.

Die Peer Evaluation durch die EA ist bestanden und die EA MLA (Multilateral Agreements) der SAS bleiben gültig.

Soll-Termin: 31.12.2024

STAATSSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION (SBFI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnung zur Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität (Movetiaverordnung): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Verordnung zur Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität (Movetia) gutheissen. Darauf gestützt sollen die weiteren Prozesse, die sich aus der Umwandlung der nationalen Agentur in eine öffentlich rechtliche Anstalt ergeben umgesetzt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass die Steuerungs- und Organisationsstruktur der Movetia den Corporate Governance Grundsätzen des Bundes entspricht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Anerkennung von Berufsqualifikationen verabschieden. Das Abkommen soll die endgültige Regelung der Anerkennung von Berufsqualifikationen nach dem BREXIT festlegen. Derzeit gilt das Citizens' Rights Agreement bis zum 31. Dezember 2024.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) verabschieden. Die Teilrevision bezweckt die Verankerung eines ergänzenden Titels, eines Bezeichnungsrechts für höhere Fachschulen sowie allfällige weitere Massnahmen. Sie ist Teil des Massnahmenpaketes höhere Berufsbildung.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich» (in Erfüllung des Po. Masshardt 20.4202): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich» in Erfüllung des Postulats Masshardt 20.4202 gutheissen. Darin wird er beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu prüfen, wie die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Grundbildung auf Sekundarstufe II und den Hochschulen (Universitäten/ETH) in Ergänzung zur bereits bestehenden Passerelle sinnvoll verbessert werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung» (in Erfüllung des Po. WBK-N 22.4267): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung» in Erfüllung des Postulats WBK N 22.4267 gutheissen. Darin wird er beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EDK die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern einer Berufsmaturität an die Pädagogischen Hochschulen, die Voraussetzungen für die Studierfähigkeit sowie mögliche Verbesserungen zu prüfen. Dabei soll auch die Einführung einer neuen Berufsmaturitäts-Ausrichtung «Pädagogik» geprüft werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. WBK-N 22.3877): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats WBK-N 22.3877 gutheissen. Darin wird er beauftragt, eine Bestandsaufnahme der Umsetzung des Sexualunterrichts in der Schweiz zu machen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen» (in Erfüllung des Po. WBK-N 22.3878): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen» in Erfüllung des Postulats WBK-N gutheissen. Darin wird er beauftragt, eine Bestandesaufnahme der bisherigen Massnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in den MINT-Berufen vorzulegen. Das Postulat fordert zudem, die Wirksamkeit der umgesetzten Massnahmen aufzuzeigen sowie auf der Grundlage dieser Analyse eine Strategie auf nationaler Ebene zu entwickeln, um den Frauenanteil in den MINT-Berufen zu erhöhen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bundesgesetz über die Raumfahrt: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einem Raumfahrtgesetz eröffnen. Das Bundesgesetz schafft eine nationale Rechtsgrundlage für die Raumfahrt. Es setzt vier von der Schweiz ratifizierten Weltraumverträge der UNO um und regelt die Bewilligung und Aufsicht von Weltraumaktivitäten, Haftungsfragen sowie ein Register für Weltraumgegenstände.

Soll-Termin: 31.12.2024

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) 2025–2028 verabschieden. Damit legt der Bundesrat seine Förderpolitik sowie die für die Umsetzung benötigten Mittel für die nächste Förderperiode im BFI-Bereich fest. Zentrale Herausforderungen sind dabei das Adressieren des Fachkräftemangels im Inland mit zielgerichteten Bildungsangeboten sowie Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Wirtschaft angesichts des kompetitiven internationalen Umfelds.

Soll-Termin: 31.03.2024

Assoziierungsabkommen der Schweiz am EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport «Erasmus+» 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 das Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Programm «Erasmus+» 2021–2027, dem EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa abschliessen, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Ziel des Assoziierungsabkommens ist die Anbindung der Schweiz an das EU-Programm, das lebenslanges Lernen fördern, nachhaltiges Wachstum ermöglichen, sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität stärken sowie Innovationen vorantreiben soll.

Soll-Termin: 31.12.2024

Assoziierungsabkommen der Schweiz am Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation (Horizon Europe) und weiteren Elementen des Horizon-Pakets 2021–2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 das Abkommen zum Horizon-Paket 2021–2027 abschliessen, um eine integrale Beteiligung der Schweizer Forschenden und Innovatoren zu ermöglichen, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Sollte sich eine Assoziierung langfristig nicht abzeichnen, wird der Bundesrat Übergangsmassnahmen beschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens (Anerkennung von Berufsqualifikationen): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Bundesbeschluss betreffend Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens verabschieden, falls Verhandlungen mit der EU aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Darin ist die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen geregelt. Dadurch gilt das europäische System der Anerkennung von Berufsqualifikationen auch im Verhältnis zwischen der Schweiz und den EU-Staaten. Dabei sollen einige wichtige Neuerungen integriert werden, wie der «Europäische Berufsausweis» (digitales Anerkennungsverfahren) oder der Warnmechanismus für die Gesundheits- und Bildungsberufe.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beteiligung der Schweiz am Programm «Erasmus+» der Europäischen Union:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz am Programm «Erasmus+» verabschieden, falls Verhandlungen mit der EU zur Assoziierung der Schweiz am Programm aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden können. Das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa soll lebenslanges Lernen fördern, nachhaltiges Wachstum ermöglichen, sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität stärken sowie Innovationen vorantreiben.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen» (in Erfüllung des Po. WBK-N 22.3393):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen» in Erfüllung des Postulats WBK-N 22.3393 gutheissen. Darin wird er beauftragt, eine Bestandaufnahme der vorhandenen Daten über das Bildungspotenzial von Flüchtlingen in der Schweiz und die Art der Kompetenzen, über die sie verfügen, zu erstellen.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Übergangsmassnahmen: Direktfinanzierung von F&I Akteuren in Teilen des Horizon-Pakets, welche zwar für nicht-assoziierte Drittstaaten zugänglich sind jedoch keine Finanzierung seitens EU bieten:

Umsetzung

Das WBF (SBFI) finanziert Schweizer F&I-Akteure direkt, wo diese sich EU-Projekten anschliessen können, aber aufgrund des Status der Schweiz im Horizon-Paket keine Mittel seitens EU erhalten. Die nötigen Mittel werden vom Bundesrat aus dem Pflichtbeitrags- in den Begleitmassnahmenkredit verschoben.

Das WBF (SBFI) finanziert Forschende über das ganze Jahr hinweg.

Soll-Termin: 31.12.2024

INFORMATION SERVICE CENTER WBF (ISCECO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umzug von SD GEVER in den Rechenzentren-Verbund: Abschluss des technischen Konzepts für die Ziellösung und Festlegung Vorgehensplan in Abstimmung mit BK (DTI) und BIT

Die Infrastruktur für GEVER Bund wird in den Rechenzentren-Verbund migriert. Überprüfung des technischen Konzepts für die "Ziellösung". Hinsichtlich der Realisierung der "Ziellösung" erfolgt die Abstimmung zusammen mit dem DTI und dem BIT. Offene Fragen bezüglich zukünftiger RZ-Standorte, Netzwerkzone und Infrastrukturplattformen sind geklärt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Betriebsaufnahme von Anwendungen im Rechenzentren-Verbund:

Betrieb erster WBF-Fachanwendungen auf der neu erstellten Basisinfrastruktur

Die WBF-Fachanwendungen werden mit dem Projekt in den Rechenzentren-Verbund migriert. Für den Aufbau und Betrieb der ersten WBF-Fachanwendungen steht die Basisinfrastruktur in den neuen Netzwerkzonen bereit.

Soll-Termin: 31.12.2024

UVEK

GENERALSEKRETARIAT UVEK (GS-UVEK)

PROJEKTE UND VORHABEN

E-Government UVEK: Releases Plattformen Amtsservices und Weiterentwicklung

Bereitstellen von Grundlagen und Services für die Digitalisierung von Fachprozessen der UVEK-Ämter. Wesentliche Komponenten sind ein gemeinsames Portal (für Bürger, Unternehmen), eine Geschäftspartnerverwaltung, ein Case-Management und diverse Schnittstellen zu Bundesservices oder weiteren Applikationen. Das Erschliessen von Synergien unter den Fachapplikationen/Ämtern spielt dabei eine wichtige Komponente.

Weiterentwicklung und Wartung der Plattform und des gemeinsamen Portals werden im Rahmen von zwei bis drei Releases pro Jahr gewährleistet. Dabei werden neue Funktionalitäten und neue Services entwickelt, aber auch bestehende technische Komponenten und Infrastruktur up to date gehalten sowie die Security-Anforderungen überprüft und getestet.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR VERKEHR (BAV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der Bahninfrastruktur, der Systemaufgaben in diesem Bereich und Investitionsbeiträge an private Güterverkehrsanlagen 2025–2028:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs, Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur und der Investitionsbeiträge an private Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2025–2028 verabschieden. Der Bundesrat wird aufzeigen, mit welchem Betrag die Betreiberinnen von Eisenbahninfrastrukturen in den Jahren 2025–2028 unterstützt werden sollen und welche Ziele sie im Gegenzug zu erreichen haben. Er beabsichtigt auch weiterhin, private Güterverkehrsanlagen finanziell zu unterstützen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) 2026–2028:

Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung über die geplante Botschaft zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026 bis 2028 eröffnen. Beim RPV handelt es sich um den Verkehr innerhalb einer Region sowie zwischen benachbarten Regionen. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung des RPV, sofern dieser eine sogenannte Erschliessungsfunktion hat. Mit dieser Vorlage sollen die notwendigen Bundesmittel für die Finanzierung des RPV in den Jahren 2026–2028 beantragt werden.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) zur Weiterentwicklung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) zur Weiterentwicklung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) verabschieden. Ziel der Vorlage ist unter anderem, die Verlagerungswirkung der LSVA im Güterverkehr zu erhalten.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Sicherstellung der Zuverlässigkeit und Redundanz der Fernverkehrsbahnlinien mit spezifischer Berücksichtigung der Bahnverbindung Lausanne-Genf» (in Erfüllung der Po. Nordmann 21.4366 und Français 21.4518): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Sicherstellung der Zuverlässigkeit und Redundanz der Fernverkehrsbahnlinien mit spezifischer Berücksichtigung der Bahnverbindung Lausanne-Genf» in Erfüllung der Postulate Nordmann 21.4366 und Français 21.4518 gutheissen. Der Bericht wird aufzeigen, an welchen Stellen im Schweizer Bahnnetz redundante Infrastrukturen, die für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Fernverkehrs erforderlich sind, fehlen. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf der Linie Lausanne-Genf.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Anreize des Bundes zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr» (in Erfüllung des Po. Brenzikofer 21.3329): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulates Brenzikofer 21.3329 «Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr» gutheissen. Der Bericht wird darlegen, wie die Auswirkungen der Vereinfachung des Tarifsystems auf die Einnahmen der einzelnen Transportunternehmen aufgefangen werden. Dabei stützt sich der Bericht auf die Diskussionsergebnisse der Begleitgruppe der Besteller des regionalen Personenverkehrs, welche das Tarifsysteem-Projekt der öV-Branche begleitet.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Verordnungsänderungen zur Revision des Personenbeförderungsgesetzes / Totalrevision der Verordnung über die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs (ARPV): Beschluss des Bundesrates über die Verordnungsanpassungen zur Revision des Personenbeförderungsgesetzes

Im Nachgang zu Revision des Personenbeförderungsgesetz sind die entsprechenden Vorgaben auf Verordnungsstufe zu präzisieren. Mit der Reform des Personenbeförderungsgesetzes und den nachgelagerten Verordnungsanpassungen werden unter anderem klarere Verantwortlichkeiten und effizientere Verfahren im regionalen Personenverkehr (RPV) geschaffen.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr die Verordnungsanpassungen zur Revision des Personenbeförderungsgesetzes beschliessen. Im Nachgang zu Revision des Personenbeförderungsgesetz sind die entsprechenden Vorgaben auf Verordnungsstufe zu präzisieren. Mit der Reform des Personenbeförderungsgesetzes und den nachgelagerten Verordnungsanpassungen werden unter anderem klarere Verantwortlichkeiten und effizientere Verfahren im regionalen Personenverkehr (RPV) geschaffen.

Soll-Termin: 30.06.2024

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT (BAZL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG) verabschieden. In der Vorlage sollen unter anderem die Anliegen von verschiedenen hängigen Motionen berücksichtigt werden. Diese betreffen die Strafkompetenzen des Bundes (Mo. Candinas 18.3700), die Finanzierung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen (Mo. Würth 20.4412), das Pilotenalter (Mo. KVF-N 21.3020 und Mo. Ettlín 21.3095) und die Befreiung der Konzessionserteilung an Flughäfen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht (Mo. KVF-N 21.3458). In die Vorlage sollen zudem weitere Themen aufgenommen werden, bei denen primär aus aufsichtsrechtlichen Gründen Anpassungsbedarf im LFG besteht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Serie 19 des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) verabschieden. Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL) ist das Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes für die zivile Luftfahrt. Er legt die Ziele und Vorgaben für die Infrastruktur der Zivilluftfahrt für die Behörden verbindlich fest. Die Serie 19 betrifft unter anderem die Flugplätze Gsteigwiler, Trogen und allenfalls weitere.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «CO₂-neutrales Fliegen bis 2050» (in Erfüllung des Po. UREK-N 21.3973):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht «CO₂-neutrales Fliegen bis 2050» in Erfüllung des Postulats UREK-N 21.3973 gutheissen. Darin wird aufgezeigt, wie ein Netto-Null CO₂ Ziel in der Luftfahrt bis 2050 erreicht werden kann. Dies entspricht der Ambition der langfristigen Klimastrategie der Schweiz, der Aviatikindustrie und der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation «ICAO». Als Basis des Berichts dienen bestehende Studien.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm AVISTRAT-CH: Lancierung Umsetzungsphase mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Luftraum

Mit Blick auf den heute sehr komplex strukturierten Luftraum sowie die Zunahme an sicherheitsrelevanten Luftraumverletzungen und unerlaubte Annäherungen von Luftfahrzeugen, erteilte 2016 das UVEK dem BAZL den Auftrag, die Schweizer Luftraumstruktur grundlegend zu überarbeiten. Das Programm AVISTRAT-CH umfasst die Neugestaltung über rund zehn Jahre. Die Vision zum zukünftigen Luftraum wurde vom Generalsekretariat des UVEK 2019 verabschiedet. Darauf gestützt folgte im Sommer 2022 der Strategiebericht. Im Jahr 2023 erfolgte die Umsetzungsplanungsphase.

Im ersten Schwerpunkt «Ausgestaltung des Flugplatzsystems Schweiz» setzen sich die schweizerischen Flugplatzbetreiber mit der Flugplatzlandschaft Schweiz und allfälligen Verbesserungsmöglichkeiten auseinander. Das BAZL begleitet den ersten konzeptionellen Schritt, die Analyse des Ist-Zustandes durch die Flugplatzbetreiber, vorgesehen bis Ende 2024. Im zweiten Schwerpunkt «Optimierung von Luftraumstruktur und -bewirtschaftung» soll ein Luftraum geschaffen werden, der unter Einsatz erforderlicher Technologien sicher, schnell und flexibel für wandelnde Nutzerbedürfnisse anpassbar ist. Bis Ende 2024 soll die Auslegung zu den Anforderungen an die erforderlichen Technologien abgeschlossen sein.

Soll-Termin: 31.12.2024

Defossilisierung Luftfahrt: Umsetzung Massnahmenkorb

Im Netto-Null Klimaziel des BR ist auch der Schweizer Luftverkehr eingebunden. Bis 2050 gilt es so weit und rasch wie möglich den Ausstoss von fossilem CO₂ auf netto-null zu reduzieren. 2022 verabschiedete auch der ICAO Rat ein Netto-Null Ziel für den internationalen Luftverkehr bis 2050.

Der Massnahmenkorb zur Reduktion der Klimawirkung des Luftverkehrs gemäss ICAO Aktionsplan zur CO₂ Reduktion der Schweizer Luftfahrt einschliesslich der Massnahmen der SAF Strategie ist umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Umsetzung von U-Spaces: Integration von Drohnen in den Luftraum

Die sichere Integration einer wachsenden Anzahl von Drohnen in das bestehende Luftfahrtsystem wird durch die Umsetzung von U-Space-Lufträumen vorangetrieben. Beim U-Space handelt es sich um vom BAZL festgelegte Gebiete im Schweizer Luftraum, in denen eine Sammlung von digitalen Diensten und automatisierten Prozessen bereitstehen. Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten nutzen diese Dienste und werden dadurch bei der Planung und dem sicheren Betrieb ihrer Drohne unterstützt.

Der erste U-Space-Luftraum soll bis Q2 2024 in Zürich bereitstehen. Das BAZL koordiniert in Zusammenarbeit mit anderen Bundesämtern, dem Kanton, Skyguide sowie relevanten Anspruchsgruppen die dafür notwendigen Arbeiten. Gleichzeitig wird die Einführung von U-Space-Diensten in weiteren Gebieten im Schweizer Luftraum geprüft.

Soll-Termin: 31.12.2024

Flugsicherung: Verabschiedung des Leistungsplanes der vierten Referenzperiode (RP4; 2025–2029)

Die EU-Kommission gibt für die Flugsicherungen der EU-Staaten und der Schweiz – in den Bereichen Flugsicherheit, Umwelt, Verkehrskapazität sowie Kosteneffizienz verbindliche Leistungsziele vor, dies jeweils für eine Referenzperiode von fünf Jahren. Die nächste, vierte Referenzperiode beginnt 2025. Aufgabe des BAZL ist es, den von der Schweiz im 2024 einzureichenden Leistungsplan auf die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben und der EU-weiten Leistungsziele zu prüfen und bei der EU-Kommission einzugeben.

Soll-Termin: 31.12.2024

Digitales Lizenzinformationssystem (dLIS): Einführung des digitalen Lizenzinformationssystems (dLIS)

Mit Hilfe von dLIS werden die am häufigsten benutzten Lizenz- und Ausweiserneuerungen sowie Anträge für Piloten, Instandhaltungspersonal, Flugverkehrsleiter und Drohen automatisiert. Die WTO Ausschreibung wurde im April 2023 mit der Wahl der zwei Teilproduktanbieter abgeschlossen. Momentan werden die Verträge ausgehandelt. Die Konzept- und Entwicklungsphase findet gestaffelt bis Ende 2024 statt.

Der Entwicklungsplan sieht vor, dass der Teil Pilotenanträge bis Ende 2023 ausgerollt wird; die übrigen Bereiche werden bis Ende 2024 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2024

SIL-Objektblatt Flughafen Zürich (SIL ZRH2024): Anpassung

Für laufende Anpassungen des Betriebsreglements des Flughafens Zürich werden gemäss einem Entscheid des BVGer vom Sept. 2021 ergänzende Grundlagen im SIL-Objektblatt Zürich benötigt. Dazu und als Basis für die anstehenden Betriebsreglementsanpassungen wird ein Grundlagenbericht gemäss Art. 17 Abs. 1 der Raumplanungsverordnung und gestützt darauf eine Vorlage zur Anpassung des SIL-Objektblattes für den Flughafen Zürich durch den Bundesrat erstellt.

Der Entwurf der Anpassung Objektblatt Flughafen Zürich ist mit dem GS-UVEK abgestimmt und bereit für die finale Ämterkonsultation.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR ENERGIE (BFE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Gasversorgungsgesetz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschieden. Ziel der Vorlage ist es, erstmals gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gasversorgung und den Gasmarkt in der Schweiz zu setzen und damit Rechtssicherheit herzustellen. Der Gasmarkt in der Schweiz ist mit Artikel 13 des Rohrleitungsgesetzes vom 4. Oktober 1963 bislang nur rudimentär geregelt, indem der Netzzugang in Form einer Transportpflicht gewährleistet wird. Eine spezialgesetzliche Regelung des Netzzugangs ist daher notwendig. Heute gibt es im schweizerischen Gasmarkt zudem weder eine nationale Netzgesellschaft wie Swissgrid im Strombereich, noch eine Regulierungsbehörde wie die Eidgenössische Elektrizitätskommission (EiCom). Das erschwert die Umsetzung von Massnahmen zur Vorbeugung und Sicherstellung der Versorgungssicherheit.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neues Bundesgesetz über die Integrität und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über die Integrität und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten verabschieden. Das geplante Gesetz soll die Marktteilnehmer verpflichten, der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (EiCom) Angaben über ihre Transaktionen und Handelsaufträge zu übermitteln. Zudem enthält es ein Verbot von Insiderhandel und Marktmanipulation. Die Vorlage beabsichtigt, die Transparenz in den Strom- und Gasgrosshandelsmärkten, auf denen schweizerische Energieprodukte gehandelt werden, zu erhöhen; die Aufsicht über diese Märkte überträgt es der EiCom.

Soll-Termin: 31.12.2024

Wasserstoffstrategie: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 eine Wasserstoffstrategie verabschieden. Zur Erreichung der Energie- und Klimaziele werden neben einer verstärkten Elektrifizierung auch strombasierte Energieträger, wie beispielsweise Wasserstoff, von Bedeutung sein. In der Wasserstoffstrategie werden mögliche Lieferländer für den Import sowie die Anbindung der Schweiz an den europäischen Markt geprüft. Weiter werden der Bedarf an Wasserstoffleitungen in der Schweiz, die mögliche Umrüstung von bestehenden Gasleitungen sowie die Notwendigkeit einer Netzregulierung untersucht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Register für erneuerbare gasförmige und flüssige Brenn- und Treibstoffe: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die rechtliche Grundlage zur Errichtung eines Registers für erneuerbare gasförmige und flüssige Brenn- und Treibstoffe beschliessen. Das zukünftige nationale Herkunftsnachweisregister für erneuerbare gasförmige und flüssige Brenn- und Treibstoffe soll den Vollzug der Vielzahl an klima- und energiepolitischen Instrumenten vereinfachen und Doppelanrechnungen der Energiemengen und dadurch mögliche nachfolgende Doppelzählungen von Emissionsverminderungen ausschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Massnahmen zu finanziellen Anreizen für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlage (in Umsetzung der Mo. Stark 21.4144): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Massnahmen zur Gewährleistung der Unterstützungen für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Verpflichtungskredit für das Forschungsförderinstrument SWEETER: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft für einen Verpflichtungskredit für SWEETER für die Jahre 2025–2036 verabschieden. Das Forschungsförderinstrument SWEETER (Swiss research for the Energy Transition and Emissions Reduction) baut auf dem bewährten Instrument SWEET auf. Mit SWEETER werden von 2025 bis 2036 Ausschreibungen zu Fragestellungen durchgeführt, die nicht durch SWEET abgedeckt werden können und wesentlich zum Erreichen der Ziele der Energiestrategie 2050 und langfristigen Klimastrategie beitragen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Verpflichtungskredit für das Forschungsförderinstrument SWEET: Beantragung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Freigabe der zweiten Tranche des Verpflichtungskredits vom Energieforschungsprogramm «Swiss Energy Research for the Energy Transition (SWEET)» beantragen. Mit der zweiten Tranche des Verpflichtungskredits sollen die nötigen Fördermittel beantragt werden, um die wissenschaftlichen Grundlagen für die Energiestrategie 2050 in der Breite weiterhin sicherstellen zu können.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen» (in Erfüllung des Po. Egger 21.4561):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen» in Erfüllung des Postulats Egger 21.4561 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, mit welchen Massnahmen Energie im Betrieb ohne Nutzen eingespart werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze»
(in Erfüllung des Po. Bourgeois 21.3974): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht «Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze» in Erfüllung des Postulats Bourgeois 21.3974 gutheissen. Der Bericht soll das Potenzial des durch die Gletscherschmelze generierten Wasserkraftpotenzial aufzeigen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «V2X- ('vehicle to grid') und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen» (in Erfüllung des Po. Goumaz 22.3569): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht «V2X- ('vehicle to grid') und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen» in Erfüllung des Postulats Goumaz 22.3569 gutheissen. Der Bericht soll aufzeigen, wie Batterien von Elektrofahrzeugen als Lösung für die Energiespeicherung und den Ausgleich des Stromnetzes genutzt werden können.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Schluss mit Blackbox - Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Untergrund-Erforschung» (in Erfüllung der Mo. 20.4063 FDP-Liberale Fraktion):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht zum Erstellen eines Programms zur Erkundung des Untergrunds verabschieden. Der Bericht soll erläutern, unter welchen Rahmenbedingungen Erkundungsarbeiten stattfinden können.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision der Verordnung des UVEK über die Festlegungen zur Angabe des Energieverbrauchs und weiterer Eigenschaften von Personenwagen, Lieferwagen und leichten Sattelschleppern: Inkraftsetzung

Mit der Revision der Verordnung des UVEK über die Festlegungen zur Angabe des Energieverbrauchs und weiterer Eigenschaften von Personenwagen, Lieferwagen und leichten Sattelschleppern (VEE-PLS) wird die jährliche Neuberechnung der Energieeffizienzkategorie von Personenwagen festgelegt und weitere Daten aktualisiert.

Die revidierte Verordnung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Soll-Termin: 30.06.2024

Massnahmen zur Ausschöpfung des Effizienzpotenzials (in Umsetzung der Mo. Christ 22.3336): Kenntnisnahme

Mit dem Geschäft soll das Programm EnergieSchweiz des Bundesamtes für Energie so angepasst und optimiert werden, dass bis 2050 das identifizierte Energieeffizienz-Potenzial in hohem Masse ausgeschöpft wird.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Massnahmen zur Ausschöpfung des Effizienzpotenzials zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (in Erfüllung der Mo. Eymann 19.4202): Genehmigung / Gutheissung

Mit dem Geschäft soll die Wirkung der bestehenden Massnahmen im Gebäudebereich untersucht werden. Wenn die bestehenden Massnahmen nicht ausreichen, sollen diese verstärkt oder mit neuen Massnahmen ergänzt werden. Dabei wird sowohl die Energieeffizienz als auch die Nutzung von Dach- und Fassadenflächen für die solare Energieproduktion berücksichtigt (Plus-Energie-Bauten).

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 das Umsetzungskonzept zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR STRASSEN (ASTRA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Regelung des automatisierten Fahrens: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 verschiedene Verordnungen zur Regelung des automatisierten Fahrens anpassen. Er wird dabei festlegen, inwieweit Fahrzeuglenkerinnen und -lenker von ihren Pflichten entlastet werden und in welchem Rahmen führerlose Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem zugelassen werden können, wenn sie auf definierten Einzelstrecken verkehren und überwacht werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Revision der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften für Lieferwagenfahrer in der Chauffeurverordnung (ARV 1): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Revision der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen (Chauffeurverordnung, ARV 1) verabschieden. Damit wird er Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften für Lieferwagenfahrer einführen. Chauffeurinnen und Chauffeure, die Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen zum Sachentransport von über 2,5 t bis 3,5 t führen, sollen wie Lastwagen- oder Carchauffeure den Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften unterstellt werden. Ab dem 1. Juli 2026 gelten in der EU im grenzüberschreitenden Verkehr die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften auch für Lenkerinnen und Lenker solcher Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen. Die entsprechende EU-Regelung ist Teil des Landverkehrsabkommens. Mit dieser Revision wird die angenommene Motion 20.4478 Dittli «Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen» umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Massnahmenpaket zur Umsetzung der Standesinitiative 17.304 («Sichere Strassen jetzt!»): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Verordnung über die Inkraftsetzung der Änderung vom 1. Oktober 2021 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) sowie die Revision der Signalisationsverordnung (SSV) und der Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (SKV) verabschieden. Mit dem am 1. Oktober 2021 von der Bundesversammlung beschlossenen Artikel 45a des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) wurde die Standesinitiative des Kantons Tessin 17.304 («Sicherere Strassen jetzt!») auf Gesetzesstufe umgesetzt.

Die Bestimmung ist noch nicht in Kraft. Mit der Revisionsvorlage werden die Bestimmungen zur Umsetzung der Standesinitiative auf Verordnungsebene eingeführt und die Inkraftsetzung bestimmt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Massnahmenpaket zu den Verkehrsflächen für den Langsamverkehr: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 ein Massnahmenpaket im Bereich Langsamverkehr verabschieden, um eine kongruente und sichere Nutzung der vorhandenen Verkehrsflächen zu fördern. Mit dem Paket werden diverse Verordnungen revidiert und verschiedene Vorschriften geändert, unter anderem die Kategorisierung von verschiedenen Fahrzeugen, Verhaltens- und Signalisationsvorschriften sowie die Führerausbildung der zum Verkehr auf Radverkehrsflächen berechtigten Fahrzeuge. Weiter werden rechtliche Grundlagen geschaffen, um Radstreifen mit baulichen Elementen schützen und spezifische Parkierungsflächen für Cargobikes und Bikes mit Anhänger errichten zu können. Mit dem Paket wird auch die Motion Nantermod 20.3080 «Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen» umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Bundesgesetz über eine Abgabe für Elektrofahrzeuge und Bundesbeschluss über die Verwendung der Abgabe: Auswertung der Vernehmlassung

Mit zunehmender Elektromobilität nehmen die Einnahmen aus den Mineralölsteuern kontinuierlich ab. Damit ist die Finanzierung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds sowie der Spezialfinanzierung Strassenverkehr langfristig nicht mehr gesichert. Und auch der zweckungebundene Teil der Mineralölsteuern, der in den allgemeinen Bundeshaushalt fliesst, wird immer geringer. Mit dem neuen Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge soll die nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur gesichert werden. Die Stellungnahmen zur Vernehmlassung über ein neues Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge werden ausgewertet und ein Ergebnisbericht erstellt. Je nach Ergebnis der Vernehmlassung wird dem Bundesrat als Zwischenschritt ein Aussprachepapier über das weitere Vorgehen unterbreitet. Dies für den Fall, wenn grundlegende Anpassungen an der Vorlage notwendig werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Schnellladestationen entlang der Nationalstrassen: Ausrüstung von 50 Rastplätzen

Das ASTRA setzt sich für die Schaffung eines Schnellladenetzes für Elektroautos entlang der Nationalstrassen ein. Bis 2030 sollen Schnellladestationen auf insgesamt 100 Autobahntastplätzen gebaut und in Betrieb gesetzt werden.

Bis Ende 2024 sollen 50 der dafür vorgesehenen Rastplätze mit einer Schnellladestation ausgerüstet sein.

Soll-Termin: 31.12.2024

Produktion von Solarenergie entlang der Nationalstrassen durch Dritte:

Begleitung der Projektplanung von Dritten

Das ASTRA stellt Flächen auf Rastplätzen, Lärmschutzwänden und weitere Anlagen für Dritte zur Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung.

Die Reservierungsvereinbarungen für 80 % der Objektlose sind gemäss Projektauftrag vom 19.09.2022 unterschrieben. Das ASTRA begleitet die Planungsarbeiten von Dritten. Verfügbare angefragte Pläne und Archivunterlagen wurden Dritten ermittelt. Eine Zwischenbilanz wird per Ende 2024 erstellt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Beitrag der Nationalstrasse zum Klimapakets Bundesverwaltung:

Produktion von 3,8 GWh Solarstrom und Optimierungen in der Tunnelbeleuchtung

Im Rahmen des Klimapakets der Bundesverwaltung ist das ASTRA bestrebt, den Energieverbrauch der Nationalstrasseninfrastruktur weiter zu optimieren, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dieser besteht aus dem Strombedarf der Nationalstrassen-Infrastruktur und dem Wärmebedarf für den Betrieb der Werkhöfe.

Im Rahmen der Umsetzung des Klimapakets treibt das ASTRA den Ausbau der Photovoltaikanlagen für die Erhöhung der Eigenproduktion voran, rüstet alle Tunnel auf LED-Leuchten um, saniert die Werkhöfe und die Stützpunkte, und ersetzt Öl- und Gasheizungen. Dabei setzt sich das ASTRA für das Jahr 2024 zum Ziel, eine Produktion von 3,8 GWh Solarstrom für den Eigenverbrauch zu erreichen (2022 wurden 1,6 GWh produziert) und mit der Betriebsoptimierung der Nationalstrassentunnel bis zu 10 % Stromverbrauch einzusparen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Strukturelle Optimierungen im Aufgabengebiet Nationalstrassen: Umsetzung der Massnahmen

Das ASTRA prüft gewisse Massnahmen, die zur Verbesserung der Effizienz im Nationalstrassenwesen führen sollen. Dazu zählen die Eingliederung von Aufgaben im Bereich der Bauherrenunterstützung und des Verkehrsmanagements in das ASTRA sowie eine engere Zusammenarbeit mit und zwischen den Gebietseinheiten. Dies sind die von den Kantonen getragenen Organisationen, die im Auftrag des ASTRA zahlreiche Dienstleistungen für Nationalstrassen erbringen: Winterdienst, Reinigung, Grünpflege, Pflege der Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen sowie kleiner baulicher Unterhalt.

Das ASTRA wird im Jahr 2024 mit der Umsetzung der Massnahmen anfangen, deren Rentabilität und Wirksamkeit in der vertieften Prüfung bestätigt wurde.

Soll-Termin: 31.12.2024

Neue Fahrzeugzulassungsbestimmungen ab 2026 (Anpassung an EU-Verordnung 2018/858):

Verabschiedung der Revision der relevanten Verordnungen

Gemäss Verordnung (EU) 2018/858 muss für neue Fahrzeuge bestimmter Klassen ab 2026 eine elektronische EU-Übereinstimmungsbescheinigung (eCoC) ausgestellt werden. Das wirkt sich auch auf die Fahrzeugzulassung in der Schweiz. Die notwendigen Anpassungen erfordern die Revision der massgebenden Verordnungen. Gleichzeitig wird dabei die Vereinfachung der Abläufe und der Zusammenarbeit zwischen Hersteller, Importeur sowie Behörden angestrebt.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Revision der Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV), der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) und der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Typengenehmigungsverordnung, TGV) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) in die Signalisationsverordnung (SSV):

Verabschiedung der Verordnungsanpassung

Das UVEK hat seine «Verordnung über die auf die Signalisation von Strassen, Fuss- und Wanderwegen anwendbaren Normen» (SR 741.211.5) auf den 1. Januar 2021 aufgehoben. Diese Verordnung erklärte bestimmte VSS-Normen für verbindlich. Gleichzeitig hat der Bundesrat in der SSV die wichtigsten dieser VSS-Normen bis zum 31.12.2024 für weiterhin anwendbar erklärt. Die relevantesten Inhalte dieser VSS-Normen soll der Bundesrat nun dauerhaft in die SSV integrieren.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Revision der Signalisationsverordnung (SSV) verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION (BAKOM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz zur Regulierung von Kommunikationsplattformen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einem neuen Bundesgesetz zur Regulierung von Kommunikationsplattformen eröffnen. Die Vernehmlassungsvorlage bezweckt die Verbesserung des Schutzes der Nutzenden vor Hassrede und der Grundrechte der Bevölkerung im Kontext von in der Schweiz tätigen grossen Kommunikationsplattformen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Evaluation der Fernmeldegesetzgebung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den ersten Evaluationsbericht zum Fernmeldegesetz (FMG) genehmigen. Ziel des Evaluationsberichts ist es aufzuzeigen, wie sich der Telekommunikationsmarkt in den letzten drei Jahren entwickelt hat, ob Marktversagen festzustellen ist und ob gegebenenfalls Massnahmen dagegen zu ergreifen sind. Der Evaluationsbericht wird gestützt auf Art. 3a FMG zukünftig alle 3 Jahre erscheinen.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Funkfrequenzen: Nationale Umsetzung der Beschlüsse der ITU World Radio Conference 2023: Genehmigung

An der World Radio Conference 2023 der Internationale Fernmeldeunion (ITU) in Dubai wurde das internationale Radioreglement den veränderten Frequenzbedürfnissen angepasst. Die Beschlüsse gilt es national umzusetzen.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Schlussakte der World Radio Conference 2023 ratifizieren und die nationale Umsetzung der Beschlüsse im Rahmen des Nationalen Frequenzzuweisungsplans (NaFZ) genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Erteilung des Zuschlags an die Schweizerische Erhebungsstelle für die Radio- und Fernsehgebühr (Haushaltsabgabe): Entscheid

Der Bund überträgt die Erhebung der Haushaltsabgabe und die damit verbundenen Aufgaben gemäss dem Bundesgesetz über Radio und Fernsehen einer Erhebungsstelle ausserhalb der Bundesverwaltung. Das Inkassomandat für die Zeit ab 2026 wurde öffentlich ausgeschrieben.

Das UVEK erteilt gestützt auf das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung der Schweizerischen Erhebungsstelle für Radio und Fernsehen den Zuschlag.

Soll-Termin: 31.12.2024

Konzession SRG: Verabschiedung

Die SRG erfüllt den verfassungsrechtlichen Auftrag im Bereich von Radio und Fernsehen. Der Bundesrat erteilt der SRG dafür eine Konzession.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die aktuelle Konzession der SRG SSR, welche per Ende 2024 abläuft, befristet verlängern.

Soll-Termin: 30.06.2024

Evaluation der Abgabetarife: Genehmigung

Alle Schweizer Haushalte sowie Unternehmen und Kollektivhaushalte zahlen grundsätzlich eine Abgabe für Radio und Fernsehen. Der Bundesrat überprüft die Höhe der Abgabetarife alle zwei Jahre.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr die Höhe der Abgabetarife für die Jahre 2025 und 2026 festlegen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung bezüglich Härtung der Mobilfunknetze gegen Stromausfälle: Verabschiedung

Damit Bevölkerung und Wirtschaft auch bei einer Stromversorgungskrise mobile Fernmeldedienste von besonderer Bedeutung nutzen können, bedarf es zusätzlicher Vorkehrungen durch die Netzbetreiber.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung verabschieden. Die Teilrevision bezweckt die Härtung der Mobilfunknetze gegen Stromausfälle.

Soll-Termin: 30.06.2024

Teilrevision der Verordnungen zum Fernmeldegesetz bezüglich Notrufe: Verabschiedung

Für den Zugang zu den Notrufdiensten vom Festnetz- oder Mobilfunktelefon besteht ein grundlegender Anspruch aus dem Fernmelderecht. Die Strukturen und Prozesse des Notrufsystems sind angesichts der aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen anzupassen und der barrierefreie Zugang dazu zu verbessern. Betroffen sind sowohl Fernmeldedienste als auch Endgeräte.

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Teilrevision der Verordnung über Fernmeldedienste sowie der Verordnung über Fernmeldeanlagen verabschieden. Damit werden die Sicherheit und Stabilität des Notrufsystems in der Schweiz erhöht und eine Grundlage für dessen Weiterentwicklung geschaffen.

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Vierter Staatsvertrag mit Österreich über die Regulierung des Rheines für umfangreiche Verbesserungen des Hochwasserschutzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zum vierten Staatsvertrag mit Österreich über die Regulierung des Rheines verabschieden. Die Botschaft wird einen Kreditantrag und die gesetzliche Grundlage für den Vollzug beinhalten. Für umfangreiche Verbesserungen des Hochwasserschutzes bei der internationalen Strecke am Alpenrhein ist ein neuer Staatsvertrag erforderlich.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Was heisst Netto Null für den Hochbau und wie kann dieses Ziel erreicht werden?» (in Erfüllung des Po. Schaffner 20.4135): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht, wie das Postulat 20.4135 Schaffner «Was heisst Netto Null für den Hochbau und wie kann dieses Ziel erreicht werden?» erfüllt wurde, gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Aktionsplan zur Strategie Biodiversität Schweiz, Umsetzungsphase II (2025–2030): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 über die Weiterführung und Finanzierung der Massnahmen und Pilotprojekte des Aktionsplans Strategie Biodiversität Schweiz zwischen 2025–2030 entscheiden. Die Massnahmen des Aktionsplans sollen die Biodiversität direkt fördern und eine Brücke zwischen der Biodiversitätspolitik des Bundes und anderen Politikbereichen schlagen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4095): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats UREK-S 18.4095 zu den Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Sömmerungsbetriebe gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat den notwendigen Handlungsbedarf bezeichnen und allfällige Massnahmen vorschlagen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz (KIG) für die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 eine Revision der CO₂-Verordnung zur Umsetzung des Klima- und Innovationsgesetzes gutheissen. Die Verordnung regelt die Umsetzung der Fördermassnahmen für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, Industrie und Gewerbe und präzisiert die Verpflichtungen von Bund und Kantonen zur Ergreifung von Massnahmen gegen die Folgen der Klimaerwärmung.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision der Jagdverordnung: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 eine Revision der Jagdverordnung in Umsetzung der Revision des Jagdgesetzes (JSG) verabschieden. Damit wird insbesondere der Vollzug für die im JSG neu eingeführte, proaktive Regulierung von Wolfsbeständen geregelt.

Soll-Termin: 30.06.2024

Revision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) (in Umsetzung der Mo. Zanetti 20.3625 und der Mo. WAK-N 20.4261 und 20.4262): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Vernehmlassung zu einer Revision des Gewässerschutzgesetzes eröffnen. Die Revision verbessert den Schutz bei Trinkwasserfassungen und setzt die Motionen WAK-N 20.4261 «Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen» und 20.4262 «Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen» um.

Soll-Termin: 31.12.2024

Revision der CO₂-Verordnung (Festlegung weitergehender Reduktionsziel und -massnahmen): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 eine Revision der CO₂-Verordnung zur Umsetzung der Revision des CO₂-Gesetzes zur Festlegung weitergehender Reduktionsziele und Massnahmen mit Inkrafttretung per 1. Januar 2025 gutheissen. Die Verordnung regelt die im CO₂-Gesetz vorgesehenen Massnahmen zur Reduktion des Treibhausgasausstosses bis 2030 in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Flugsektor, Unternehmen und Finanzmarkt.

Soll-Termin: 31.12.2024

Vorschläge für die Rahmenbedingungen und den Ausbau von CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) sowie Negativemissionstechnologien (NET) bis ins Jahr 2050: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 Vorschläge betreffend die inhaltlichen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den bis ins Jahr 2050 nötigen Ausbau von CCS (CO₂-Abscheidung und Speicherung) und NET (Negativemissionstechnologien) gutheissen. Da nicht alle Treibhausgasemissionen komplett vermeidbar sind, braucht es zusätzlich Technologien, die CO₂ entnehmen und dauerhaft speichern, damit die Schweiz ihr Netto-Null-Ziel bis 2050 erreicht.

Soll-Termin: 31.12.2024

Integrale Wald- und Holzstrategie 2050: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 die Integrale Wald- und Holzstrategie 2050 verabschieden. Die neue Strategie verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz (Gleichgewicht von Schutz- und Nutzungsaspekten) und berücksichtigt die relevanten Sektoralpolitiken wie Klima, Energie, Biodiversität, Raumplanung, regionale Wirtschaft, Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Sicherheit und Bioökonomie.

Soll-Termin: 31.12.2024

Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» verabschieden. Die Initiative verlangt, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen dürfen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um aktuelle und ehemalige Kehrrichtverbrennungsanlagen» (in Erfüllung des Po. Suter 21.4225): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Suter 21.4225 zur Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um aktuelle und ehemalige Kehrrichtverbrennungsanlagen gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2024

**Bericht «Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern»
(in Erfüllung der Mo. 21.4333 UREK-N):** Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht, wie die Motion UREK-N 21.4333 «Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern» erfüllt wurde, gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Bericht «Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Nordmann 22.3915):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Nordmann 22.3915 zur Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

**Bericht «Food Waste und Lebensmittelspenden» (in Erfüllung der Po. WBK-N 22.3880, 22.3881
und 22.3882):** Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung der Postulate der WBK-N 22.3880, 22.3881 und 22.3882 zu Foodwaste und Lebensmittelspenden gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2024

**Bericht «Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Produktlebensdauer»
(in Erfüllung des Po. Brenzikofer 21.4224):** Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Bericht in Erfüllung des Postulats Brenzikofer 21.4224 zu rechtlichen Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Produktlebensdauer gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2024

Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) 2024–2027: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Beitrag zur zweiten Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF), einem der grössten globalen Klimafonds, beschliessen. Damit wird der Bundesrat im Sinne des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 zu einem emissionsarmen und klimaresilienten Wandel beitragen. Die besonders verletzlichen Entwicklungsländer werden vom GCF speziell berücksichtigt.

Soll-Termin: 30.06.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Mobilfunk und Strahlung: Umsetzung der begleitenden Massnahmen

Umsetzung der begleitenden Massnahmen betreffend Mobilfunk und Strahlung (Monitoring Strahlenbelastung, umweltmedizinische NIS-Beratungsstelle, Forschung Mobilfunk und Strahlung).

Soll-Termin: 31.12.2024

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG (ARE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Aktionsplan 2024–2027 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den neuen Aktionsplan 2024–2027 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030) verabschieden. Der Aktionsplan konkretisiert die Strategie durch ausgewählte neue Massnahmen auf Bundesebene. Diese tragen dazu bei, die im Rahmen der Zwischenevaluation zur Umsetzung der SNE 2030 identifizierten Lücken zu schliessen.

Soll-Termin: 31.01.2024

Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2024 den Zwischenbericht zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030) zur Kenntnis nehmen. Im Bericht wird aufgezeigt, in welchen Bereichen die Umsetzung der Strategie gut vorankommt und wo die Umsetzung noch lückenhaft ist oder auf Hindernisse stösst. Der Bericht ist zudem eine der Grundlagen für den neuen Aktionsplan 2024–2027 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030.

Soll-Termin: 31.01.2024

Bericht «Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren» (in Erfüllung des Po. Maret 22.4053): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zur Erfüllung des Postulats Maret 22.4053 im zweiten Halbjahr 2024 gutheissen. Darin wird er die Gründe für die Verzögerungen aufzeigen und allfällige Massnahmen, inklusive allfälliger rechtlicher Anpassungen, vorschlagen, mit denen die Umsetzung der Projekte gefördert und beschleunigt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken» (in Erfüllung des Po. Michel 22.3638): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zur Erfüllung des Postulats im zweiten Halbjahr 2024 gutheissen. Darin wird er aufzeigen, ob und wie der Bund Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur in den ländlichen Räumen fördern kann. Im Vordergrund stehen eine allfällige finanzielle Unterstützung sowie die Bereitstellung fachlicher Grundlagen.

Soll-Termin: 31.12.2024

Bericht «Touristischen Verkehr definieren» (in Erfüllung des Po. Dittli 21.4452):

Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zur Erfüllung des Postulats im zweiten Halbjahr 2024 gutheissen. Die Begriffsklärung wird in enger Zusammenarbeit mit Fachspezialisten und Interessenvertretern erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2024

PROJEKTE UND VORHABEN

Teilrevision der Raumplanungsverordnung (RPV): Eröffnung der Vernehmlassung

Das Parlament wird die zweite Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) voraussichtlich im 4. Quartal 2023 verabschieden. Das revidierte Gesetz wird auf Verordnungsstufe näher auszuführen sein.

Diese Verordnungsanpassung wird Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens bilden.

Der Bundesrat wird die Vernehmlassung im ersten Halbjahr 2024 eröffnen. Mit der Revision der Raumplanungsverordnung sollen bestmögliche Voraussetzungen für den Vollzug des neuen Rechts geschaffen werden. Der Bundesrat wird die Einzelheiten insbesondere dort regeln, wo der Gesetzgeber dies ausdrücklich verlangt sowie dort, wo dies für die Auslegung und Anwendung des revidierten Gesetzes erforderlich ist.

Soll-Termin: 30.06.2024

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE (SUST)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ersatz Datenbank zur Erfassung und Auswertung von Untersuchungsdaten:

Evaluation nutzerspezifische Anforderungen Datenbank

Für das Management des Untersuchungsprozesses auf den Stufen Untersuchungsleiter, Bereichsleiter und Leiter Untersuchungsdienst müssen entlang des Prozesses Daten erfasst und ausgewertet werden können. Die SUST verfügt zu diesem Zweck über eine Datenbank. Diese muss aus technischen, insbesondere Security-Anforderungen, aber auch beschaffungsrechtlichen Gründen ersetzt werden. In einem ersten Schritt soll, gestützt auf das Vorgehen gemäss HERMES, eine Evaluation möglicher Optionen durchgeführt werden.

Die nutzerspezifischen Anforderungen bilden die Basis für eine Analyse (Identifizierung und Beurteilung) möglicher Optionen.

Soll-Termin: 28.02.2024

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR (REGINFRA)

PROJEKTE UND VORHABEN

ComCom: Vorarbeiten zur Vergabe von Mobilfunkfrequenzen, Aufsicht über die Grundversorgung und Mobilfunkkonzessionen

Die neue Grundversorgungskonzession tritt am 01.01.2024 in Kraft und, nachdem die Konzessionärin neu überall einen Internetanschluss mit 80/8 Mbit/s anbieten muss, wird die ComCom die Einhaltung der Konzession zusammen mit dem BAKOM genau beaufsichtigen. Die Aufsicht bei den Mobilfunkkonzessionen erfolgt laufend. Im Hinblick auf die Neuvergabe von Frequenzen starten Vorarbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2024

EICom: Tarifaufsicht über Netzbetreiber mittels neuer EICom Datenbank inkl. e GOV, Vorbereitung und Umsetzung regulatorischer Massnahmen Versorgungssicherheit, Klärung Regeln im europäischen Verbundbetrieb

Die Tarifaufsicht inkl. Datenerhebung und Auswertung erfolgt mittels neuer EICom Datenbank inkl. e GOV. Die Vorbereitung präventiver Massnahmen zur Sicherstellung der Netz- und Versorgungssicherheit läuft weiter und ist in der Umsetzung. Sachverhalt und Handlungsbedarf betreffend Versorgungssicherheit und internationale Fragen sind zuhanden der Politik aufbereitet. Internationale Verträge zur Regelung des Verbundbetriebs sind angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2024

PostCom: Analyse der Veränderungen im Postmarkt und des Regulierungsbedarfs mit der Zielsetzung der Definition der wichtigsten Herausforderungen für die Postregulierung

Auf der Grundlage der Diskussionen während der von der PostCom im 2023 organisierten Konferenz, des Workshops mit den anderen europäischen Postregulierungsbehörden und anderer Informationsquellen wird eine Lagebeurteilung des Postmarktes vorgenommen. Diese Situationsanalyse wird von der neu besetzten Kommission durchgeführt. Die Kommission wird im 2024 ihre Strategie 2024–2027 vorbereiten, die dann dem Bundesrat zur Information übermittelt wird. Auf dieser Grundlage werden dann die Jahresziele festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2024

RailCom: Überprüfung eines für den diskriminierungsfreien Netzzugang relevanten Themas (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) im Rahmen der begleitenden Aufsicht. Festlegen des Handlungsbedarfs, um allfällige Diskriminierungspotenziale zu reduzieren

Analyse, Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen betreffend die relevanten Aspekte (z.B. ausgewählte Systemführerschaft) liegen vor.

Soll-Termin: 31.12.2024

UBI: Analyse einer Standortbestimmung im Rahmen des 40-Jahr-Jubiläums

Im Verlauf des Voranschlagsjahres soll mit verschiedenen Aktionen (Anlässe, Publikationen) auf das Jubiläum aufmerksam gemacht und dabei die Tätigkeit der UBI analysiert bzw. reflektiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2024

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch